

Kirchliches Amtsblatt

der Evangelischen Kirche im Rheinland

Nr. 4

Ausgegeben Düsseldorf, den 15. April

2005

Inhalt

| | Seite | | Seite |
|--|-------|--|-------|
| Kirchengesetz zur Änderung von Artikel 2, 17, 20, 21, 57, 61, 63, 74, 78, 98, 99, 99a, 121, 130 und 162 und Ergänzung um Artikel 61a der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland. | 102 | Arbeitsrechtsregelung zur Änderung der Ordnung zur Förderung eines gleitenden Überganges in den Ruhestand vom 29. April 1999 (Altersteilzeitordnung – ATZO). | 115 |
| Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Ordnung des Lebens in der Kirchengemeinde (Lebensordnungsgesetz – LOG). | 103 | Vereinbarung über die Evangelische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten zwischen dem Saarland vertreten durch den Ministerpräsidenten und der Evangelischen Kirche im Rheinland vertreten durch die Kirchenleitung sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) vertreten durch den Landeskirchenrat | 115 |
| Kirchengesetz über die Änderung des Kirchengesetzes über Verfahrensvorschriften für die Sitzungen und Tagungen des Presbyteriums, der Kreissynode und ihrer Fachausschüsse, des Kreissynodalvorstandes, der Landessynode sowie der Kirchenleitung (Verfahrensgesetz – VfG) | 103 | Statistischer Bericht; Ergebnisse der Statistik über die Presbyteriumswahlen 2004 | 117 |
| Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Zusammenarbeit von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen in gemeinsamen Angelegenheiten und die Errichtung von Verbänden (Verbandsgesetz) | 104 | Urkunde über die Herstellung der pfarramtlichen Verbindung zwischen den Evangelischen Kirchengemeinden Neuerkirch-Biebern und Altkülz. | 125 |
| Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes zur Ausführung und Ergänzung des Kirchengesetzes über die Rechtsverhältnisse der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten in der Evangelischen Kirche der Union (Ausführungsgesetz zum Kirchenbeamten-gesetz – AGKBBG) | 104 | Urkunde über die Namensänderung der Evangelischen Kirchengemeinde Thalfang | 125 |
| Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die ausnahmsweise Einstellung von Mitarbeitenden, die nicht der evangelischen Kirche angehören (Mitarbeiter-Ausnahme-Gesetz – MitarbAusnG) | 105 | 10. Änderung der Satzung der Gemeinsamen Versorgungskasse | 125 |
| Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Bildung von Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen der Evangelischen Kirche im Rheinland (MVG-EKiR) | 105 | Satzung zur Aufhebung der Satzung für das Gemeinsame Evangelische Verwaltungsamt in Elberfeld | 126 |
| Kirchengesetz über den Dienst der Prädikantinnen und Prädikanten in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Prädikantinnen- und Prädikantengesetz – PrG) | 106 | Satzung für die „Stiftung Florinskirche“ | 126 |
| Kirchengesetz über das Gemeinsame Pastorale Amt. | 107 | Satzung des Trägerverbundes der Evangelischen Kirchenkreise Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen zum Zweck der Leitung der gemeinsamen Einrichtungen und Dienste. | 128 |
| Kirchengesetz über die Einführung der Bestattungs-agende der Union Evangelischer Kirchen in der EKD in der Evangelischen Kirche im Rheinland | 108 | Satzung zur Änderung der Satzung der Evangelischen Kirchengemeinde Widdert für den Gemeindlichen Jugendausschuss (GJA). | 130 |
| Notverordnung zur Erprobung des Entwurfs der Trauagende der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche im Rheinland. | 108 | Satzung der unselbstständigen Stiftung anak-anak maybrat – Jugend-Bildungs-Stiftung des Evangelischen Kirchenkreises Wied | 130 |
| Verordnung zur Durchführung der §§ 7a und 11a Kirchenmitgliedschaftsgesetz (KMG – Durch-führungs-VO) | 108 | Lehrgang für Schriftgutverwaltung vom 23.–25. Mai 2005 im FFFZ Düsseldorf. | 132 |
| Verordnung zur Änderung der Auslandsreisekosten-verordnung – kirchliche Fassung – ARVO-KF – | 109 | Bestandene Theologische Prüfung im Frühjahr 2005 | 132 |
| Änderung des Dienstrechts der kirchlichen Mitarbei-terinnen und Mitarbeiter. | 115 | Berufungen in den Kirchlichen Vorbereitungsdienst | 133 |
| | | Berufungen in den Probendienst. | 133 |
| | | Bekanntgabe eines neuen Kirchensiegels. | 133 |
| | | Bekanntgabe über das Außergebrauch- oder Außergeltungsetzen von Kirchensiegeln | 133 |
| | | Personal- und sonstige Nachrichten | 134 |
| | | Literaturhinweise | 137 |

**Kirchengesetz
zur Änderung von Artikel 2, 17, 20, 21, 57, 61,
63, 74, 78, 98, 99, 99a, 121, 130 und 162
und Ergänzung um Artikel 61a
der Kirchenordnung
der Evangelischen Kirche im Rheinland**

Vom 14. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat mit der vorgeschriebenen Mehrheit das folgende Kirchengesetz beschlossen

§ 1

Die Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 10. Januar 2003 (KABl. 2004 S. 86), geändert durch Kirchengesetze vom 15. Januar 2004, wird wie folgt geändert:

1. Im Inhaltsverzeichnis wird die Teilabschnittsbezeichnung der Artikel 49–63 wie folgt gefasst:

„B. Der Dienst der Pfarrerinnen und Pfarrer und der anderen Ordinierten“
2. Artikel 2 Absatz 4 wird wie folgt geändert:
 - a) in Satz 1 werden die Wörter „und die Beauftragten“ gestrichen.
 - b) in Satz 2 werden die Wörter „oder Beauftragung“ gestrichen.
3. In Artikel 17 Satz 1 werden hinter den Wörtern „die Gemeindemissionarinnen und Gemeindemissionare“ die Wörter „die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3“ eingefügt.
4. Artikel 20 Absatz 1 wird wie folgt geändert:

Hinter Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: „Entsprechendes gilt für die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3.“
5. Artikel 21 Absatz 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Satz 3 erhält folgenden Wortlaut:

„Wird der Vorsitz einer Presbyterin oder einem Presbyter übertragen, soll für die Stellvertretung eine Pfarrerin, ein Pfarrer oder eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3 gewählt werden.“
 - b) Satz 4 erhält folgenden Wortlaut:

„Wird der Vorsitz einer Pfarrerin, einem Pfarrer oder einer Mitarbeiterin oder einem Mitarbeiter im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3 übertragen, soll für die Stellvertretung eine Presbyterin oder ein Presbyter gewählt werden.“
6. Die Teilabschnittsbezeichnung vor Artikel 49 erhält folgende Fassung:

„B. Der Dienst der Pfarrerinnen und Pfarrer und der anderen Ordinierten“
7. In Artikel 57 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „oder Beauftragten“ gestrichen.
8. Artikel 61 erhält folgenden Wortlaut:

„Der pfarramtliche Dienst kann gemeinsam von Mitarbeitenden in Verkündigung, Seelsorge, Bildungsarbeit und Diakonie in der Kirchengemeinde wahrgenommen werden (Gemeinsames Pastorales Amt). Sie sind als Mitglieder des Presbyteriums an der Leitung der Kirchengemeinde beteiligt. Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt können Pfarrerinnen und Pfarrer, Diakoninnen und Diakone, Gemeindehelferinnen und Gemeindehelfer, Gemeindepädagoginnen und Gemeindepädagogen sein. Das Nähere regelt ein Kirchengesetz.“
9. Der bisherige Artikel 61 wird zu Artikel 61a.
10. Artikel 63 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„(1) Mitglieder einer Kirchengemeinde, welche die Gabe der Wortverkündigung haben, können zum Dienst der öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes, der Verwaltung der Sakramente und der Seelsorge ordiniert und damit zu Prädikantinnen und Prädikanten bestellt werden.“
 - b) Absatz 2 wird aufgehoben.
 - c) Absatz 3 wird zu Absatz 2.
11. In Artikel 74 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „oder Beauftragten“ gestrichen.
12. In Artikel 78 Absatz 2 werden die Wörter „oder Beauftragte“ gestrichen.
13. In Artikel 98 Buchstabe g) werden hinter dem Wort „fest“ die Wörter „die Feststellung der Wirtschaftspläne betriebswirtschaftlich geführter Einrichtungen kann durch Satzung auf den Kreissynodalvorstand delegiert werden“ eingefügt.
14. Artikel 99 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 Buchstabe c) erhält folgenden Wortlaut:

„c) aus Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3, sofern sie anstelle einer Inhaberin oder eines Inhabers einer Pfarrstelle vom Presbyterium in die Kreissynode entsandt worden sind;“

Die Buchstaben c) bis e) werden zu d) bis f).
 - b) In Absatz 10 werden hinter den Wörtern „Gemeindemissionarinnen und Gemeindemissionare,“ die Wörter „Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3“ eingefügt.
 - c) In Absatz 11 werden die Wörter „die Beauftragten gemäß Artikel 63 Absatz 2 und“ gestrichen.
15. Artikel 99 a) wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 3 Satz 3 erhält folgenden Wortlaut:

„Von je zwei Abgeordneten muss eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter Pfarrerin, Pfarrer oder Mitarbeiterin oder Mitarbeiter im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3 sein.“
 - b) Absatz 3 Satz 4 erhält folgenden Wortlaut:

„Die Zahl der Pfarrerinnen, Pfarrer und Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3 darf die Zahl der übrigen Abgeordneten nicht übersteigen.“
 - c) Absatz 4 Buchstabe a) Satz 1 erhält folgenden Wortlaut:

„Wählbar sind für das Presbyteramt befähigte Mitglieder, die Inhaberinnen und Inhaber der Pfarrstellen und die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß Artikel 61 Satz 3 der entsendenden Kirchengemeinde.“
16. In Artikel 121 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „und Beauftragten sowie“ durch die Wörter „sowie der“ ersetzt.

17. In Artikel 130 Buchstabe a) und b) werden jeweils die Wörter „und der Beauftragten“ gestrichen.

18. In Artikel 162 Absatz 1 werden in Satz 2 die Wörter „und Vollmachten“ gestrichen.

§ 2

In-Kraft-Treten

Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 14. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Ordnung des Lebens in der Kirchengemeinde (Lebensordnungsgesetz – LOG)

Vom 13. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Das Lebensordnungsgesetz vom 11. Januar 1996 (KABl. S. 27), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 16. Januar 2004 (KABl. S. 111), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Worte „und Beauftragte“ gestrichen.
2. In § 3 Abs. 1 werden die Worte „und Beauftragten“ gestrichen.

§ 2

Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

Kirchengesetz über die Änderung des Kirchengesetzes über Verfahrensvorschriften für die Sitzungen und Tagungen des Presbyteriums, der Kreissynode und ihrer Fachausschüsse, des Kreissynodalvorstandes, der Landessynode sowie der Kirchenleitung (Verfahrensgesetz – VfG)

Vom 14. Januar 2005

Auf Grund von Artikel 41 und 125 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland hat die Landessynode das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Das Kirchengesetz über Verfahrensvorschriften für die Sitzungen und Tagungen des Presbyteriums, der Kreissynode und ihrer Fachausschüsse, des Kreissynodalvorstandes, der Landessynode sowie der Kirchenleitung (Verfahrensgesetz – VfG) vom 16. Januar 2004 (KABl. S. 109) wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:

- a) es wird folgender neuer Absatz 7 eingefügt:
„(7) Die Tagesordnung kann im Rahmen der Sitzung ergänzt werden. Die Beschlussfassung über die Ergänzung der Tagesordnung bedarf der Mehrheit des ordentlichen Mitgliederbestandes des Presbyteriums.“
- b) die bisherigen Absätze 7 bis 10 werden zu den Absätzen 8 bis 11.
- c) der neue Absatz 10 erhält folgende Fassung:
„(10) Der Nachweis über einen Beschluss des Presbyteriums wird durch einen beglaubigten Auszug aus dem Protokollbuch des Presbyteriums geführt. Die Beglaubigung wird in der Regel von der oder dem Vorsitzenden vorgenommen. Der Protokollbuchauszug ist zu siegeln.“

2. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) es wird folgender neuer Absatz 9 eingefügt:
„(9) Die Tagesordnung kann im Rahmen der Sitzung ergänzt werden. Die Beschlussfassung über die Ergänzung der Tagesordnung bedarf der Mehrheit des ordentlichen Mitgliederbestandes der Kreissynode.“
- b) die bisherigen Absätze 9 bis 13 werden zu den Absätzen 10 bis 14.
- c) der neue Absatz 12 erhält folgende Fassung:
„(12) Der Nachweis über einen Beschluss der Kreissynode wird durch einen beglaubigten Auszug aus dem Protokollbuch der Kreissynode geführt. Die Beglaubigung wird in der Regel von der Superintendentin oder dem Superintendenten vorgenommen. Der Protokollbuchauszug ist zu siegeln.“

3. § 3 wird wie folgt geändert:

- a) es wird folgender neuer Absatz 7 eingefügt:
„(7) Die Tagesordnung kann im Rahmen der Sitzung ergänzt werden. Die Beschlussfassung über die Ergänzung der Tagesordnung bedarf der Mehrheit des ordentlichen Mitgliederbestandes des Kreissynodalvorstandes.“
- b) die bisherigen Absätze 7 bis 10 werden zu den Absätzen 8 bis 11.
- c) der neue Absatz 11 erhält folgende Fassung:
„(11) Der Nachweis über einen Beschluss des Kreissynodalvorstandes wird durch einen beglaubigten Auszug aus dem Protokollbuch der Kreissynodalvorstandes geführt. Die Beglaubigung wird in der Regel von der Superintendentin oder dem Superintendenten vorgenommen. Der Protokollbuchauszug ist zu siegeln.“

4. § 5 wird wie folgt geändert:

- a) es wird folgender neuer Absatz 7 eingefügt:
„(7) Die Tagesordnung kann im Rahmen der Sitzung ergänzt werden. Die Beschlussfassung über die Ergänzung der Tagesordnung bedarf der Mehrheit des ordentlichen Mitgliederbestandes der Kirchenleitung.“
- b) die bisherigen Absätze 7 und 8 werden zu den Absätzen 8 und 9.

§ 2

In-Kraft-Treten

Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 14. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

**Kirchengesetz
zur Änderung des Kirchengesetzes
über die Zusammenarbeit von
Kirchengemeinden und Kirchenkreisen
in gemeinsamen Angelegenheiten
und die Errichtung von Verbänden
(Verbandsgesetz)**

Vom 14. Januar 2005

Auf Grund von Artikel 8 Absatz 4 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland hat die Landessynode das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Das Verbandsgesetz vom 11. Januar 2002 (KABl. S. 91), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 15. Januar 2004 (KABl. S. 112), wird wie folgt geändert:

1. § 2 wird wie folgt geändert:

- a) Es wird folgende Textüberschrift eingefügt: „Verfahrensvorschriften für die Gremien“.
- b) Der bisherige Text wird zu Absatz 1 und erhält folgende Fassung:

„(1) Für die Einladung zu den Sitzungen der Organe sowie ihre Beschlussfassung gelten für die Gemeinsame Versammlung, die Gemeindeverbände und die Gemeinde- und Kirchenkreisverbände die für das Presbyterium maßgeblichen Vorschriften der Kirchenordnung und des Verfahrensgesetzes sinngemäß; für die Kirchenkreisverbände gelten die für den Kreissynodalvorstand maßgeblichen Vorschriften der Kirchenordnung und des Verfahrensgesetzes sinngemäß.“

c) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

„(2) In Satzungen können erhöhte Mehrheiten für die Beschlussfassung zu einzelnen Angelegenheiten festgelegt werden.“

2. In § 7 Absatz 1 werden die folgenden Sätze 3 und 4 angefügt:

„Die Schlichtung wegen eines strittigen Beschlusses kann innerhalb von drei Monaten, nachdem dieser den Beteiligten schriftlich bekannt gegeben worden ist, beantragt werden. Die Frist beginnt nur zu laufen, wenn die Bekanntgabe mit einer Belehrung über den Rechtsbehelf, die zuständige Schlichtungsstelle und die einzuhaltende Frist versehen ist. Ist die Belehrung unterblieben oder unrichtig erteilt, so ist die Einlegung des Rechtsbehelfs innerhalb eines Jahres nach Bekanntgabe zulässig.“

3. In § 8 werden folgende Absätze 4 und 5 angefügt:

„(4) Die Presbyterien, Kreissynoden und Verbandsvertretungen können die von ihnen in die Gemeinsame Versammlung oder in die Verbandsvertretung entsandten Mitglieder jederzeit abberufen.

(5) Die Mitglieder des Vorstandes und der Fachausschüsse können durch die Gemeinsame Versammlung oder die Verbandsvertretung jederzeit abberufen werden.“

4. § 39 erhält folgende Fassung:

„§ 39

Organe des Verbandes und ihre Aufgaben

Für die Zusammensetzung und die Aufgaben der Organe gelten die §§ 18 bis 25 entsprechend mit der Maßgabe, dass in der Verbandsvertretung das Leitungsorgan eines jeden Trägers durch mindestens ein Mitglied vertreten ist und dem Vorstand mindestens ein Mitglied eines jeden Kreissynodalvorstands angehört.“

§ 2

Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 14. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

**Kirchengesetz
zur Änderung des Kirchengesetzes
zur Ausführung und Ergänzung
des Kirchengesetzes über die
Rechtsverhältnisse der
Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten
in der Evangelischen Kirche der Union
(Ausführungsgesetz zum Kirchenbeamten-
gesetz – AGKBG)**

Vom 14. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Das Ausführungsgesetz zum Kirchenbeamtengesetz vom 11. Januar 1999, zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 11. Januar 2003 (KABl. S. 98), wird wie folgt geändert:

§ 5 erhält folgende Fassung:

„§ 5

(zu § 40 KGB)

Mutterschutz, Elternzeit

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, gilt für den Mutterschutz der Kirchenbeamtinnen die Verordnung über den Mutterschutz für Beamtinnen im Lande Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.

(2) Für die Elternzeit der Kirchenbeamtinnen und Kirchenbeamten gilt die Verordnung über die Elternzeit für Beamtinnen und Beamte im Lande Nordrhein-Westfalen in der jeweils geltenden Fassung.“

§ 2

Das Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 14. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

**Kirchengesetz
zur Änderung des Kirchengesetzes über
die ausnahmsweise Einstellung von
Mitarbeitenden,
die nicht der evangelischen Kirche angehören
(Mitarbeiter-Ausnahme-Gesetz –
MitarbAusnG)**

Vom 13. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

Das Kirchengesetz über die ausnahmsweise Einstellung von Mitarbeitenden, die nicht der evangelischen Kirche angehören (Mitarbeiter-Ausnahme-Gesetz – MitarbAusnG) vom 13. Januar 1999 (KABl. S. 66), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 15. Januar 2004 (KABl. S.114), wird wie folgt geändert:

1. § 1 wird wie folgt geändert:
 - a) Abs. 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Bewerberinnen und Bewerber, die nicht der evangelischen Kirche angehören, können nur nach Maßgabe dieses Gesetzes eingestellt werden.“
 - b) Es wird folgender Absatz 2 eingefügt:

„(2) Beschlüsse über die Einstellung bedürfen der Genehmigung des Kreissynodalvorstandes, bei Kirchenkreisen sowie bei Zusammenschlüssen und Verbänden nach dem Verbandsgesetz, an denen mindestens ein Kirchenkreis beteiligt ist, der Genehmigung der Kirchenleitung. Die Genehmigung kann mit Auflagen und Einschränkungen versehen werden.“
 - c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden Absätze 3 und 4.
2. § 2 wird wie folgt geändert:
 - a) In Absatz 1 werden die Worte „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ durch die Worte „Bewerberinnen und Bewerbern“ ersetzt.
 - b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:
 - aa) Die Worte „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ werden durch die Worte „Bewerberinnen und Bewerbern“ ersetzt.
 - bb) Nach dem Wort „Lohnempfänger“ werden folgende Worte eingefügt: „oder für Tätigkeiten der Berufsgruppe 1 des Vergütungsgruppenplanes zum BAT-KF für Angestellte in besonderen Arbeitsbereichen“.
 - cc) Buchstabe c erhält folgende Fassung:

„in Einrichtungen, die gemeinsam mit anderen christlichen Kirchen betrieben werden, wenn die Bewerberin oder der Bewerber einer der beteiligten Kirchen angehört.“
 - c) In Absatz 3 werden die Worte „Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern“ durch die Worte „Bewerberinnen und Bewerbern“ ersetzt.
3. In § 3 Abs. 1 Satz 1 werden nach dem Wort „angehört“ die Worte „oder deren Gastmitglied ist“ angefügt.
4. Der Kurztitel des Gesetzes wird in „Mitarbeitenden-Ausnahme-Gesetz – MitarbAusnG“ geändert.

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Dieses Kirchengesetz tritt am Tage nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel Schneider Dräger

**Kirchengesetz
zur Änderung des Kirchengesetzes
über die Bildung von Mitarbeitervertretungen
in kirchlichen Dienststellen
der Evangelischen Kirche im Rheinland
(MVG-EKiR)**

Vom 13. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Mitarbeitervertretungsgesetzes

Das Kirchengesetz über die Bildung von Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Dienststellen in der Evangelischen Kirche im Rheinland (MVG-EKiR) vom 12. Januar 1994 (KABl. S. 4), zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 15. Januar 2004 (KABl. S. 116), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden die Wörter „in der Fassung des Dritten Änderungsgesetzes vom 7. November 2002 (Amtsblatt EKD S. 392)“ durch die Wörter „in der Fassung des Änderungsgesetzes vom 6. November 2003 (Amtsblatt EKD S. 414)“ ersetzt.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 3
(Zu § 3 Abs. 1)“
 - b) Die Wörter „§ 3 Abs. 4 erhält folgende Fassung“ und der nachfolgende Text werden gestrichen.
3. § 13 wird wie folgt geändert:
 - a) Die Überschrift erhält folgende Fassung:

„§ 13
(Zu § 56 und § 58 Abs. 5)“
 - b) Absatz 1 Unterabsatz 1 erhält folgende Fassung:

„(1) Zu gerichtlichen Entscheidungen in erster Instanz wird für den Bereich der Evangelischen Kirche im Rheinland und ihres Diakonischen Werkes eine Gemeinsame Schlichtungsstelle gebildet, die aus zwei Kammern mit je drei Mitgliedern besteht, von denen je eines den Vorsitz führt.

Soweit in dem Kirchengesetz über Mitarbeitervertretungen in der Evangelischen Kirche in Deutschland Regelungen über das Kirchengesetz in erster Instanz getroffen sind, gelten diese für die Gemeinsame Schlichtungsstelle.“

4. § 14 erhält folgende Fassung:

„§ 14
(Zu § 60 Abs. 2)

§ 60 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

„In den Fällen, in denen die Schlichtungsstelle wegen der Frage der Geltung von Dienststellenteilen und Einrichtungen der Diakonie als Dienststelle angerufen wird, wird von ihr ein Vermittlungsvorschlag unterbreitet.“

Artikel 2

In-Kraft-Treten

Dieses Kirchengesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel

Schneider Dräger

Kirchengesetz über den Dienst der Prädikantinnen und Prädikanten in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Prädikantinnen- und Prädikantengesetz – PrG)

Vom 13. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat aufgrund von Artikel 63 Absatz 3 der Kirchenordnung vom 10. Januar 2003, zuletzt geändert durch das Kirchengesetz zur Änderung der Kirchenordnung vom 15. Januar 2004, das folgende Kirchengesetz beschlossen:

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Mitglieder einer Kirchengemeinde, welche die Gabe der Wortverkündigung haben, können zum Dienst der öffentlichen Verkündigung des Wortes Gottes, der Verwaltung der Sakramente und Seelsorge ordiniert und damit zu Prädikantinnen und Prädikanten bestellt werden (Artikel 63 Abs. 1 der Kirchenordnung).

§ 2

- (1) Prädikantinnen oder Prädikanten können werden
- ehrenamtlich Mitarbeitende,
 - beruflich Mitarbeitende, die die Anstellungsfähigkeit als Diakonin oder Diakon, Gemeindehelferin oder Gemeindehelfer, Gemeindepädagogin oder Gemeindepädagoge haben,
 - andere beruflich Mitarbeitende gemäß Artikel 66 der Kirchenordnung, und
 - Predigerinnen und Prediger eines dem Gnadauer Verband angehörenden landeskirchlichen Gemeinschaftsverbandes.
- (2) Prädikantin oder Prädikant kann nicht werden, wer für den Dienst als Pfarrerin oder Pfarrer ausgebildet wird.

II. Zurüstung

§ 3

Die Zurüstung und die Feststellung der Befähigung werden durch die Kirchenleitung geregelt. Beruflich Mitarbeitende gemäß § 2 Abs. 1 Buchstabe b) sollen besonders zugerüstet werden.

III. Ordination

§ 4

Für die Ordination gilt das Kirchengesetz über die Ordnung des Dienstes der öffentlichen Wortverkündigung, Sakramentsverwaltung und Seelsorge in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Ordinationsgesetz – OrdG) vom 13. Januar 2005.

IV. Dienst

§ 5

(1) Prädikantinnen und Prädikanten üben den Dienst der öffentlichen Wortverkündigung und der Sakramentsverwaltung in Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Leitungsorgan aus.

(2) Den Auftrag zum Dienst können Presbyterien oder andere Leitungsorgane oder Vorstände kirchlicher Werke erteilen. Im Einzelfall ist hierzu auch die Superintendentin oder der Superintendent befugt.

(3) Wenn Prädikantinnen oder Prädikanten an einer bestimmten Predigtstätte regelmäßig Dienst tun sollen, ist hierzu die Genehmigung des Kreissynodalvorstandes einzuholen.

§ 6

(1) Prädikantinnen und Prädikanten gemäß § 2 Abs. 1 Buchstabe a) und c) versehen ihren Dienst ehrenamtlich. Für einen von der Superintendentin oder dem Superintendenten festzustellenden Vertretungsfall kann eine Vergütung gewährt werden.

(2) Beruflich Mitarbeitende gemäß § 2 Abs. 1 Buchstabe b) versehen den Dienst als Prädikantinnen und Prädikanten in der Regel als Teil ihres Beschäftigungsverhältnisses.

(3) Auslagen sind zu erstatten.

§ 7

Prädikantinnen und Prädikanten sollen an Fortbildungsveranstaltungen teilnehmen.

V. Schlussbestimmungen

§ 8

Die Kirchenleitung erlässt die zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen.

§ 9

Das Gesetz tritt am Tage nach der Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft. An diesem Tage treten das Kirchengesetz über den Dienst der Predigthelferin und des Predigthelfers in der Evangelischen Kirche im Rheinland in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 2001 (KABl. S. 102) und das Kirchengesetz über die Beauftragung zum Dienst an Wort und Sakrament für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Verkündigung, Seelsorge, Diakonie und Bildungsarbeit vom 12. Januar 1995 (KABl. S. 3) außer Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel

Schneider Dräger

Kirchengesetz über das Gemeinsame Pastorale Amt

Vom 13. Januar 2005

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat das folgende Kirchengesetz beschlossen:

Präambel

Die verschiedenen Ämter in der Kirche begründen keine Herrschaft der einen über die anderen, sondern die Ausübung des der ganzen Gemeinde anvertrauten und befohlenen Dienstes.

(aus der 4. These der Barmer Theologischen Erklärung von 1934)

Auch das Gemeinsame Pastorale Amt gründet in der Gaben- und Dienstgemeinschaft, die in der Kirche von Anfang an angelegt ist. Alle getauften Gemeindeglieder sind beauftragt und bevollmächtigt, zu bezeugen und weiterzugeben, wodurch sie ihr Leben im Glauben empfangen. Diesem grundlegenden Priestertum aller Gläubigen ist der ordinierte Dienst, in dem der allen aufgetragene Dienst in öffentlicher Verantwortung geschieht, zugeordnet. Das Gemeinsame Pastorale Amt ist eine Gestalt des ordinierten Dienstes, in dem sich verschiedene Berufe mit ihren je eigenen Kompetenzen den gemeinsam aufgetragenen Zeugnisdienst teilen.

§ 1 Definition

(1) Das Gemeinsame Pastorale Amt wird durch Mitarbeitende verschiedener Berufe gemeinsam ausgeübt. Die Mitarbeitenden sind mit Verkündigung, Seelsorge, Bildungsarbeit und Diakonie in der Kirchengemeinde beauftragt. In Gemeinschaft mit den anderen Mitgliedern des Presbyteriums leiten sie die Kirchengemeinde.

(2) Als Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt kommen in Betracht:

- a) Pfarrerrinnen und Pfarrer,
- b) Diakoninnen und Diakone, Gemeindehelferinnen und Gemeindehelfer, Gemeindepädagoginnen und Gemeindepädagogen.

§ 2 Voraussetzungen

(1) Voraussetzung für das Gemeinsame Pastorale Amt in einer Kirchengemeinde ist die Vorlage einer Gesamtkonzeption gemeindlicher Aufgaben, in der die Einrichtung und die Gestalt des Gemeinsamen Pastoralen Amtes begründet und die Ziele, die damit erreicht werden sollen, sowie die absehbaren Folgen beschrieben werden. In der Gesamtkonzeption gemeindlicher Aufgaben werden die Anzahl der Stellen im Gemeinsamen Pastoralen Amt und die beruflichen Qualifikationen der Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt festgelegt.

(2) Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt müssen ordiniert und Mitglieder der Kirchengemeinde sein. Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) können eine Pfarrstelle nicht innehaben.

(3) Das Gemeinsame Pastorale Amt kann nur in Kirchengemeinden eingerichtet werden, in denen mindestens eine Pfarrstelle in uneingeschränktem Umfang im Gemeinsamen Pastoralen Amt erhalten bleibt. Mindestens die Hälfte der Stellen im Gemeinsamen Pastoralen Amt ist mit Pfarrerrinnen oder Pfarrern zu besetzen.

§ 3 Einrichtung

(1) Über die Einrichtung des Gemeinsamen Pastoralen Amtes fasst das Presbyterium einen Beschluss. Dem Beschluss müssen zwei Drittel des ordentlichen Mitgliederbestandes des Presbyteriums zustimmen. Zuvor wird die Gemeinde in einer Gemeindeversammlung gehört. Der Beschluss bedarf der Genehmigung des Kreissynodalvorstandes.

(2) Der Kreissynodalvorstand gibt die Gesamtkonzeption gemeindlicher Aufgaben und den Beschluss des Presbyteriums mit seinem Genehmigungsvermerk dem Landeskirchenamt zur Kenntnis.

§ 4 Besetzung

(1) Die Besetzung der Pfarrstellen im Gemeinsamen Pastoralen Amt richtet sich nach den Vorschriften des Pfarrstellengesetzes in der jeweils gültigen Fassung.

(2) Stellen für die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) sollen vom Presbyterium ausgeschrieben werden. Die Bewerberinnen und Bewerber stellen sich der Gemeinde durch Gestaltung eines Gottesdienstes und eines berufsbezogenen Projektes vor. Nach Einstellung und Probezeit werden die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) im Gottesdienst der Gemeinde analog Artikel 122 Buchstabe a) der Kirchenordnung durch die Superintendentin oder den Superintendenten des Kirchenkreises unter Beteiligung der weiteren Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt eingeführt.

§ 5 Berufsbezeichnung

Die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt tragen ihre Berufsbezeichnung mit dem Zusatz „im Gemeinsamen Pastoralen Amt“.

§ 6 Rechte und Pflichten

(1) Die Rechte und Pflichten der Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe a) richten sich nach den sie betreffenden Vorschriften.

(2) Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) haben Sitz und Stimmrecht im Presbyterium. Ebenso kann ihnen der Vorsitz im Presbyterium gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Kirchenordnung übertragen werden. Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) haben Stimmrecht auf der Kreissynode, wenn sie vom Presbyterium anstelle von Mitarbeitenden gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe a) entsandt werden. Im Übrigen nehmen Mitarbeitende gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) beratend an der Kreissynode teil.

(3) Über die Mitarbeitenden im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) führt das Presbyterium die Fachaufsicht, die Superintendentin oder der Superintendent die Dienstaufsicht.

(4) Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) sollen in der Kirchengemeinde wohnen, bei der sie angestellt sind.

(5) Mitarbeitende im Gemeinsamen Pastoralen Amt gemäß § 1 Absatz 2 Buchstabe b) nehmen an den Pfarrkonventen des Kirchenkreises teil.

§ 7

Beendigung

Die Beendigung des Gemeinsamen Pastoralen Amtes bedarf eines Beschlusses des Presbyteriums. Dem Beschluss müssen zwei Drittel des ordentlichen Mitgliederbestandes des Presbyteriums zustimmen. Zuvor ist die Gemeinde in einer Gemeindeversammlung zu hören. Das Landeskirchenamt ist hierüber in Kenntnis zu setzen.

§ 8

Ausführungsbestimmungen

Die Kirchenleitung wird ermächtigt, zu diesem Kirchengesetz Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

§ 9

In-Kraft-Treten

Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft. Gleichzeitig tritt das Kirchengesetz zum Geteilten Amt vom 15. Januar 1998 (KABl. S. 57) außer Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel

Schneider Dräger

**Kirchengesetz
über die Einführung der Bestattungsagende
der Union Evangelischer Kirchen in der EKD
in der Evangelischen Kirche im Rheinland**

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat aufgrund von Artikel 72 Absatz 2 und Artikel 130 Buchstabe c) der Kirchenordnung das folgende Kirchengesetz beschlossen:

§ 1

Die von der Vollkonferenz der Union Evangelischer Kirchen in der EKD durch das Kirchengesetz zur Bestattungsagende vom 14. Mai 2004 (ABl. EKD S. 352) beschlossene Bestattungsagende wird in der Evangelischen Kirche im Rheinland nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen eingeführt.

§ 2

Die in der Bestattungsagende im Abschnitt „Gottesdienstliche Ordnungen“ enthaltenen Liturgien werden für den Gebrauch in den Gemeinden genehmigt.

§ 3

(1) Die in dem Abschnitt „Texte“ der Bestattungsagende enthaltenen Stücke werden zum Gebrauch empfohlen.

(2) Ein Austausch von einzelnen Texten, die für den evangelischen Bestattungsgottesdienst geeignet sind, ist möglich.

§ 4

Die Kirchenleitung wird ermächtigt Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz zu erlassen.

§ 5

(1) Dieses Kirchengesetz tritt am Tag nach der Verkündung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten die sich auf den Abschnitt „Die Bestattung“ im Ersten Teil der von der Synode der EKD am 27. Juni 1963 beschlossenen Agende der Evangelischen Kirche der Union, II. Teil, beziehenden Regelungen nach dem

a) Kirchengesetz über die Einführung der Agende der Evangelischen Kirche der Union, II. Teil, in der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 16. Januar 1964 (KABl. S. 38); und dem

b) Kirchengesetz zur Übernahme von Änderungen der Agende der Evangelischen Kirche der Union vom 16. Januar 1989 (KABl. S. 42)

sowie das

c) Kirchengesetz zur Erprobung des Entwurfes einer Bestattungsagende der Evangelischen Kirche der Union in der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 11. Januar 2002 (KABl. S. 82)

außer Kraft.

Bad Neuenahr, den 13. Januar 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Siegel

Schneider Dräger

**Notverordnung zur Erprobung des Entwurfes
der Trauagende der Union Evangelischer
Kirchen in der Evangelischen Kirche
im Rheinland**

580177 Az.: 21-0:0001

Düsseldorf, 11. März 2005

Zur Veröffentlichung der Notverordnung zur Erprobung des Entwurfes der Trauagende der Union Evangelischer Kirchen in der Evangelischen Kirche im Rheinland vom 19. März 2004 (KABl. S. 454) geben wir folgenden Hinweis:

Der in § 2 der o.a. Notverordnung angeführte Artikel der Kirchenordnung ist nach deren Neufassung Artikel 88 Abs. 1.

Das Landeskirchenamt

**Verordnung zur Durchführung der §§ 7a
und 11a Kirchenmitgliedschaftsgesetz
(KMG – Durchführungs-VO)**

Zur Durchführung der §§ 7a und 11a Kirchenmitgliedschaftsgesetz hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland eine Verordnung beschlossen. Die Verordnung wird nachstehend bekannt gemacht.

Als Datenstelle nach § 1 der Verordnung wurde:

EKD Koordinierungsstelle IT/Meldewesen
Strahlenberger Straße 112
63067 Offenbach/Main
Tel. (069) 60 92-21 41
Fax (069) 60 92-125

benannt.

Das Landeskirchenamt

**Verordnung zur Durchführung der
§§ 7a und 11a
Kirchenmitgliedschaftsgesetz
(KMG-Durchführungs-VO)**

Vom 10. Dezember 2004

Aufgrund der Zustimmung aller Gliedkirchen der EKD zum Ersten Kirchengesetz zur Änderung des Kirchengesetzes über die Kirchenmitgliedschaft und der damit verbundenen Anerkennung der durch die Gliedkirchen getroffenen Regelungen erlässt der Rat der EKD zur Durchführung der §§ 7a und 11a des Kirchengesetzes über die Kirchenmitgliedschaft, das kirchliche Meldewesen und den Schutz der Daten der Kirchenmitglieder (Kirchenmitgliedschaftsgesetz – KMG) vom 10. November 1976 (ABI. EKD S. 398), geändert durch Kirchengesetz vom 8. November 2001 (ABI. EKD S. 486), gemäß § 20 Abs. 1 Satz 2 des KMG folgende Verordnung:

**§ 1
Datenweiterleitung**

(1) Erfolgt die Aufnahme/Wiederaufnahme eines Kirchenmitgliedes in einer nach § 7a Abs. 2 KMG errichteten Stelle zur Kirchengemeinde des Wohnsitzes einer anderen Gliedkirche, sind die erhobenen Daten an die vom Kirchenamt der EKD benannte zentrale Datenstelle weiterzuleiten. Von dort werden sie an die Wohnsitzkirchengemeinde der das Kirchenmitglied aufnehmenden Gliedkirche weitergeleitet.

(2) Die in einer nach § 11a Abs. 2 KMG errichteten Stelle erhobenen Daten sind entsprechend an die vom Kirchenamt der EKD benannte zentrale Datenstelle weiterzuleiten. Abs. 1 Satz 2 gilt entsprechend.

**§ 2
Kirchenbucheintrag**

(1) Jede Aufnahme/Wiederaufnahme ist nach gliedkirchlichem Recht mit Nummer in ein Kirchenbuch/Verzeichnis einzutragen. Sieht das gliedkirchliche Recht der Wiedereintrittsstelle einen Eintrag mit Nummer nicht vor, so ist dies bei der Datenweiterleitung an die zentrale Datenstelle nach § 1 mitzuteilen und bei der Datenweitergabe an die Wohnsitzkirchengemeinde zu vermerken. In diesem Fall wird die Aufnahme/Wiederaufnahme mit Nummer in das bei der Wohnsitz-

kirchengemeinde geführte Kirchenbuch/Verzeichnis eingetragen, anderenfalls ohne Nummer.

(2) Wird von der die Aufnahme/Wiederaufnahme vollziehenden Stelle kein eigenes Kirchenbuch/Verzeichnis geführt, ist ein anderer Nachweis über die bei ihr erfolgte Aufnahme/Wiederaufnahme zu führen.

(3) Weitergehende Regelungen nach dem Recht der Gliedkirchen bleiben unberührt.

**§ 3
Bestätigung**

Dem aufgenommenen/wiederaufgenommenen Kirchenmitglied ist von der die Aufnahme/Wiederaufnahme vollziehenden Stelle eine schriftliche Bestätigung über die erfolgte Aufnahme/Wiederaufnahme auszuhändigen. Soweit keine Aushängung erfolgt, ist die Bestätigung unverzüglich zuzustellen.

**§ 4
In-Kraft-Treten**

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung im Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland in Kraft.

**Verordnung zur Änderung
der Auslandsreisekostenverordnung
– kirchliche Fassung - ARVO-KF –**

Vom 4. März 2005

Auf Grund des § 15 Abs. 2 des Reisekostenrechts – kirchliche Fassung vom 7. Mai 1999 (KABl. S. 173), zuletzt geändert durch die Notverordnung vom 26. Oktober 2001 (KABl. S. 341), erlässt die Kirchenleitung folgende Verordnung:

Artikel I

Die Anlage zu § 3 Abs. 1 der Auslandsreisekostenverordnung – kirchliche Fassung vom 7. Mai 1999 geändert durch die Verordnung vom 24. August 2001 (KABl. S. 298) erhält folgende Fassung:

**Anlage
zu § 3 Abs. 1 ARVO-KF**

Auslandstage- und Auslandsübernachtungsgeld

| Land/Ort | Auslandstagegeld Euro mindestens 24 Stunden abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 24 Std., aber mind. 14 Std. abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 14 Std., aber mind. 8 Std. abwesend | Auslands- übernachtungsgeld bis zuEuro (mit Nachweis) | Auslands- übernachtungsgeld Euro (ohne Nachweis) |
|---|--|---|--|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Europa | | | | | |
| Albanien | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| Andorra | 26 | 21 | 10 | 82 | 30 |
| Belgien | 35 | 28 | 14 | 100 | 30 |
| Bosnien und Herzegowina | 20 | 16 | 8 | 70 | 30 |
| Bulgarien | 18 | 14 | 7 | 72 | 30 |
| Dänemark | | | | | |
| – Kopenhagen | 35 | 28 | 14 | 140 | 30 |
| – im Übrigen | 35 | 28 | 14 | 70 | 30 |
| Estland | 22 | 18 | 9 | 85 | 30 |
| Finnland | 35 | 28 | 14 | 120 | 30 |
| Frankreich | | | | | |
| – Paris sowie die Departements 92, 93 und 94 | 40 | 32 | 16 | 100 | 30 |
| – Straßburg | 32 | 26 | 13 | 75 | 30 |
| – im Übrigen | 32 | 26 | 13 | 100 | 30 |
| Griechenland | | | | | |
| – Athen | 30 | 24 | 12 | 135 | 30 |
| – im Übrigen | 25 | 20 | 10 | 85 | 30 |
| Irland | 35 | 28 | 14 | 130 | 30 |
| Island | 60 | 48 | 24 | 190 | 30 |
| Italien | | | | | |
| – Mailand | 30 | 24 | 12 | 140 | 30 |
| – Rom (gilt auch f. Vatikanstadt) | 30 | 24 | 12 | 108 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| Kroatien | 24 | 19 | 10 | 57 | 30 |
| Lettland | 15 | 12 | 6 | 80 | 30 |
| Liechtenstein | 39 | 31 | 16 | 82 | 30 |
| Litauen | 22 | 18 | 9 | 100 | 30 |
| Luxemburg | 32 | 26 | 13 | 87 | 30 |
| Malta | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| Mazedonien | 20 | 16 | 8 | 100 | 30 |
| Moldau, Republik | 15 | 12 | 6 | 90 | 30 |
| Monaco | 34 | 27 | 14 | 52 | 30 |
| Niederlande | 32 | 26 | 13 | 100 | 30 |
| Norwegen | 55 | 44 | 22 | 155 | 30 |
| Österreich | | | | | |
| – Wien | 30 | 24 | 12 | 93 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 70 | 30 |
| Polen | | | | | |
| – Warschau, Krakau | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| – im Übrigen | 20 | 16 | 8 | 70 | 30 |
| Portugal | | | | | |
| – Lissabon | 30 | 24 | 12 | 95 | 30 |
| – im Übrigen | 27 | 22 | 11 | 95 | 30 |
| Rumänien | | | | | |
| – Bukarest | 22 | 18 | 9 | 120 | 30 |
| – im Übrigen | 15 | 12 | 6 | 55 | 30 |
| Russische Föderation | | | | | |
| – Moskau | 40 | 32 | 16 | 135 | 30 |
| – St. Petersburg | 30 | 24 | 12 | 110 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 80 | 30 |

| Land/Ort | Auslandstagegeld Euro mindestens 24 Stunden abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 24 Std., aber mind. 14 Std. abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 14 Std., aber mind. 8 Std. abwesend | Auslands- übernachtungsgeld bis zuEuro (mit Nachweis) | Auslands- übernachtungsgeld Euro (ohne Nachweis) |
|---|--|---|--|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| San Marino | 34 | 27 | 14 | 77 | 30 |
| Schweden | 50 | 40 | 20 | 160 | 30 |
| Schweiz | 40 | 32 | 16 | 89 | 30 |
| Serbien | | | | | |
| –Montenegro | 20 | 16 | 8 | 85 | 30 |
| Slowakische Republik | 15 | 12 | 6 | 110 | 30 |
| Slowenien | 25 | 20 | 10 | 95 | 30 |
| Spanien | | | | | |
| – Barcelona, Madrid | 30 | 24 | 12 | 150 | 30 |
| – Kanarische Inseln | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| – Palma de Mallorca | 30 | 16 | 12 | 125 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 105 | 30 |
| Tschechische Republik | 20 | 16 | 8 | 97 | 30 |
| Türkei | | | | | |
| – Ankara und Izmir (geogr. zugehörig zu Asien) | 25 | 20 | 10 | 70 | 30 |
| – im Übrigen | 25 | 20 | 10 | 60 | 30 |
| Ukraine | 25 | 20 | 10 | 120 | 30 |
| Ungarn | 20 | 16 | 8 | 80 | 30 |
| Vatikanstadt (s. auch Italien) | 30 | 24 | 12 | 108 | 30 |
| Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland | | | | | |
| – London | 50 | 40 | 20 | 152 | 30 |
| – Edinburgh | 35 | 28 | 14 | 170 | 30 |
| – im Übrigen | 35 | 28 | 14 | 110 | 30 |
| Weißrussland | 20 | 16 | 8 | 100 | 30 |
| Afrika | | | | | |
| Ägypten | 25 | 20 | 10 | 50 | 30 |
| Äthiopien | 25 | 20 | 10 | 110 | 30 |
| Algerien | 40 | 32 | 16 | 80 | 30 |
| Angola | 35 | 28 | 14 | 110 | 30 |
| Benin | 27 | 22 | 11 | 75 | 30 |
| Botsuana | 27 | 22 | 11 | 105 | 30 |
| Burkina Faso | 25 | 20 | 10 | 70 | 30 |
| Burundi | 34 | 27 | 14 | 93 | 30 |
| Côte d'Ivoire | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| Dschibuti | 32 | 26 | 13 | 120 | 30 |
| Eritrea | 22 | 18 | 9 | 130 | 30 |
| Gabun | 40 | 32 | 16 | 100 | 30 |
| Gambia | 15 | 12 | 6 | 70 | 30 |
| Ghana | 25 | 20 | 10 | 105 | 30 |
| Guinea | 20 | 16 | 8 | 90 | 30 |
| Guinea – Bissau | 25 | 20 | 10 | 60 | 30 |
| Kamerun | | | | | |
| – Duala | 27 | 22 | 11 | 100 | 30 |
| – im Übrigen | 27 | 22 | 11 | 60 | 30 |
| Kap Verde | 25 | 20 | 10 | 55 | 30 |
| Kenia | 32 | 26 | 13 | 110 | 30 |
| Kongo | 47 | 38 | 19 | 113 | 30 |
| Kongo, Demokratische Republik | 50 | 40 | 20 | 180 | 30 |
| Lesotho | 20 | 16 | 8 | 70 | 30 |

| Land/Ort | Auslandstagegeld Euro mindestens 24 Stunden abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 24 Std., aber mind. 14 Std. abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 14 Std., aber mind. 8 Std. abwesend | Auslands- übernachtungsgeld bis zuEuro (mit Nachweis) | Auslands- übernachtungsgeld Euro (ohne Nachweis) |
|------------------------------|--|---|--|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Libyen | 35 | 28 | 14 | 60 | 30 |
| Madagaskar | 25 | 20 | 10 | 65 | 30 |
| Malawi | 22 | 18 | 9 | 80 | 30 |
| Mali | 32 | 26 | 13 | 80 | 30 |
| Marokko | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Mauretanien | 30 | 24 | 12 | 85 | 30 |
| Mauritius | 40 | 32 | 16 | 140 | 30 |
| Mosambik | 20 | 16 | 8 | 80 | 30 |
| Namibia | 25 | 20 | 10 | 80 | 30 |
| Niger | 25 | 20 | 10 | 55 | 30 |
| Nigeria | | | | | |
| – Lagos | 35 | 28 | 14 | 180 | 30 |
| – im Übrigen | 35 | 28 | 14 | 100 | 30 |
| Ruanda | 22 | 18 | 9 | 70 | 30 |
| Sambia | 25 | 20 | 10 | 85 | 30 |
| Sao Tomê – Príncipe | 35 | 28 | 14 | 75 | 30 |
| Senegal | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Sierra Leone | 27 | 22 | 11 | 90 | 30 |
| Simbabwe | 20 | 16 | 8 | 120 | 30 |
| Sudan | 27 | 22 | 11 | 110 | 30 |
| Südafrika | 25 | 20 | 10 | 75 | 30 |
| Tansania | 27 | 22 | 11 | 90 | 30 |
| Togo | 27 | 22 | 11 | 80 | 30 |
| Tschad | 35 | 28 | 14 | 110 | 30 |
| Tunesien | 27 | 22 | 11 | 70 | 30 |
| Uganda | 25 | 20 | 10 | 95 | 30 |
| Zentralafrikanische Republik | 24 | 19 | 10 | 52 | 30 |
| Amerika | | | | | |
| Antigua und Barbuda | 35 | 28 | 14 | 85 | 30 |
| Argentinien | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Barbados | 35 | 28 | 14 | 110 | 30 |
| Bolivien | 20 | 16 | 8 | 65 | 30 |
| Brasilien– Rio de Janeiro | 30 | 24 | 12 | 140 | 30 |
| – Sao Paulo | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| – im Übrigen | 25 | 20 | 10 | 70 | 30 |
| Chile | 29 | 23 | 12 | 67 | 30 |
| Costa Rica | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| Dominica | 30 | 24 | 12 | 80 | 30 |
| Dominikanische Republik | 25 | 20 | 10 | 100 | 30 |
| Ecuador | 32 | 26 | 13 | 70 | 30 |
| El Salvador | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| Grenada | 30 | 24 | 12 | 105 | 30 |
| Guatemala | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| Guyana | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| Haiti | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Honduras | 25 | 20 | 10 | 100 | 30 |
| Jamaika | 40 | 32 | 16 | 110 | 30 |
| Kanada | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| Kolumbien | 20 | 16 | 8 | 55 | 30 |
| Kuba | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Mexiko | 30 | 24 | 12 | 110 | 30 |
| Nicaragua | 25 | 20 | 10 | 100 | 30 |

| Land/Ort | Auslandstagegeld Euro mindestens 24 Stunden abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 24 Std., aber mind. 14 Std. abwesend | Auslandstagegeld Euro weniger als 14 Std., aber mind. 8 Std. abwesend | Auslands- übernachtungsgeld bis zuEuro (mit Nachweis) | Auslands- übernachtungsgeld Euro (ohne Nachweis) |
|---------------------------------------|--|---|--|---|---|
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Panama | 37 | 30 | 15 | 110 | 30 |
| Paraguay | 20 | 16 | 8 | 50 | 30 |
| Peru | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| St. Kitts und Nevis | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| St. Lucia | 37 | 30 | 15 | 105 | 30 |
| St. Vincent und die Grenadinen | 30 | 24 | 12 | 110 | 30 |
| Suriname | 25 | 20 | 10 | 75 | 30 |
| Trinidad und Tobago | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| Uruguay | 20 | 16 | 8 | 50 | 30 |
| Venezuela | 25 | 20 | 10 | 120 | 30 |
| Vereinigte Staaten (USA) | | | | | |
| – San Francisco | 30 | 24 | 12 | 120 | 30 |
| – Boston, Washington | 45 | 36 | 18 | 120 | 30 |
| – Houston, Miami | 40 | 32 | 16 | 110 | 30 |
| – New York Staat, Los Angeles | 40 | 32 | 16 | 150 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 110 | 30 |
| Asien | | | | | |
| Afghanistan | 25 | 20 | 10 | 95 | 30 |
| Armenien | 20 | 16 | 8 | 90 | 30 |
| Aserbaidshjan | 25 | 20 | 10 | 140 | 30 |
| Bahrain | 35 | 28 | 14 | 75 | 30 |
| Bangladesch | 25 | 20 | 10 | 75 | 30 |
| Brunai | 30 | 24 | 12 | 85 | 30 |
| China | | | | | |
| – Hongkong | 60 | 48 | 24 | 150 | 30 |
| – Peking | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| – Shanghai | 35 | 28 | 14 | 100 | 30 |
| – im Übrigen | 30 | 24 | 12 | 80 | 30 |
| Georgien | 25 | 20 | 10 | 140 | 30 |
| Indien | | | | | |
| – Mumbai (Bombay) | 27 | 22 | 11 | 140 | 30 |
| – Kalkutta | 20 | 16 | 8 | 140 | 30 |
| – im Übrigen | 27 | 22 | 11 | 90 | 30 |
| Indonesien | 32 | 26 | 13 | 110 | 30 |
| Iran, Islamische Republik | 20 | 16 | 8 | 100 | 30 |
| Israel | | | | | |
| – Tel Aviv | 37 | 30 | 15 | 110 | 30 |
| – im Übrigen | 27 | 22 | 11 | 75 | 30 |
| Japan | | | | | |
| – Tokio | 60 | 48 | 24 | 140 | 30 |
| – im Übrigen | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Jemen | 15 | 12 | 6 | 105 | 30 |
| Jordanien | 27 | 22 | 11 | 70 | 30 |
| Kambodscha | 27 | 22 | 11 | 70 | 30 |
| Kasachstan | 25 | 20 | 10 | 110 | 30 |
| Katar | 37 | 30 | 15 | 100 | 30 |
| Kirgisistan | 15 | 12 | 6 | 70 | 30 |
| Korea, Demokratische Volksrepublik | 35 | 28 | 14 | 90 | 30 |
| Korea, Republik | 55 | 44 | 22 | 180 | 30 |

| Land/Ort | Auslandstagegeld Euro | Auslandstagegeld Euro | Auslandstagegeld Euro | Auslands- übernachtungsgeld | Auslands- übernachtungsgeld Euro |
|---------------------------------|--------------------------------------|---|--|---------------------------------------|--|
| | mindestens 24 Stunden abwesend | weniger als 24 Std., aber mind. 14 Std. abwesend | weniger als 14 Std., aber mind. 8 Std. abwesend | bis zuEuro (mit Nachweis) | (ohne Nachweis) |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| Kuwait | 32 | 26 | 13 | 130 | 30 |
| Laos, Demokratische Republik | 22 | 18 | 9 | 60 | 30 |
| Libanon | 30 | 24 | 12 | 95 | 30 |
| Malaysia | 22 | 18 | 9 | 55 | 30 |
| Malediven | 31 | 25 | 12 | 93 | 30 |
| Mongolei | 22 | 18 | 9 | 55 | 30 |
| Myanmar (früher Burma) | 32 | 26 | 13 | 75 | 30 |
| Nepal | 26 | 21 | 10 | 72 | 30 |
| Oman | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| Pakistan | | | | | |
| – Islamabad | 20 | 16 | 8 | 150 | 30 |
| – im Übrigen | 20 | 16 | 8 | 70 | 30 |
| Philippinen | 25 | 20 | 10 | 90 | 30 |
| Saud-Arabien | | | | | |
| – Riad | 40 | 32 | 16 | 110 | 30 |
| – im Übrigen | 40 | 32 | 16 | 80 | 30 |
| Singapur | 30 | 24 | 12 | 100 | 30 |
| Sri Lanka | 20 | 16 | 8 | 60 | 30 |
| Syrien, Arabische Republik | 22 | 18 | 9 | 100 | 30 |
| Tadschikistan | 20 | 16 | 8 | 50 | 30 |
| Taiwan | 35 | 28 | 14 | 120 | 30 |
| Thailand | 27 | 22 | 11 | 100 | 30 |
| Turkmenistan | 20 | 16 | 8 | 60 | 30 |
| Usbekistan | 30 | 24 | 12 | 70 | 30 |
| Vereinigte Arabische Emirate | | | | | |
| – Dubai | 40 | 32 | 16 | 120 | 30 |
| – im Übrigen | 40 | 32 | 16 | 70 | 30 |
| Vietnam | 20 | 16 | 8 | 60 | 30 |
| Zypern | 30 | 24 | 12 | 110 | 30 |
| Australien/Ozeanien | | | | | |
| Australien | 32 | 26 | 13 | 90 | 30 |
| Fidschi | 26 | 21 | 10 | 57 | 30 |
| Neuseeland | 35 | 28 | 14 | 100 | 30 |
| Papua-Neuguinea | 30 | 24 | 12 | 90 | 30 |
| Samoa | 24 | 19 | 10 | 57 | 30 |
| Tonga | 26 | 21 | 10 | 36 | 30 |

Artikel II

Artikel I tritt am 1. Januar 2005 in Kraft. Für Auslandsdienst-
reisen, die vor dem 1. Januar 2005 angetreten und an diesem
Tag oder später beendet werden, verbleibt es bei den bishe-
rigen Regelungen.

Düsseldorf, den 4. März 2005

Siegel

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung

Änderung des Dienstrechts der kirchlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Az. 12-42

Düsseldorf, 10. März 2005

Auf Grund der Anrufung gem. § 15 Abs. 5 ARRG vom 6. Dezember 2004 hat die Arbeitsrechtliche Schiedskommission für Rheinland, Westfalen und Lippe nach Anhörung der Beteiligten gem. § 19 Abs. 2 ARRG folgende

Arbeitsrechtsregelung zur Änderung der Ordnung zur Förderung eines gleitenden Überganges in den Ruhestand vom 29. April 1999 (Altersteilzeitordnung – ATZO)

beschlossen:

§ 1

Die Ordnung zur Förderung eines gleitenden Überganges in den Ruhestand (Altersteilzeitordnung – ATZO) vom 29. April 1999, zuletzt geändert durch die Arbeitsrechtsregelung vom 5. Oktober 2001, wird wie folgt geändert:

1. In § 2 wird Abs. 2 gestrichen.
2. Der bisherige Abs. 3 wird Abs. 2.

§ 2

Diese Arbeitsrechtsregelung tritt mit Wirkung von 1. April 2005 in Kraft.

Düsseldorf, den 7. März 2005

Rheinisch-Westfälisch-Lippische
Arbeitsrechtliche Kommission

Der Vorsitzende

Die Arbeitsrechtsregelung ist gemäß § 3 Absatz 1 ARRG verbindlich.

Das Landeskirchenamt

Vereinbarung über die Evangelische Seelsorge an den Saarländischen Justizvollzugsanstalten zwischen dem Saarland vertreten durch den Ministerpräsidenten und der Evangelischen Kirche im Rheinland vertreten durch die Kirchenleitung sowie der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) vertreten durch den Landeskirchenrat

Präambel

Das Saarland, vertreten durch den Ministerpräsidenten, und die Evangelische Kirche im Rheinland, vertreten durch die Kirchenleitung, sowie die Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche), vertreten durch den Landeskirchenrat, treffen über die Sicherstellung der Evangelischen Seelsorge an den Justizvollzugsanstalten des Saarlandes nachstehende Vereinbarung:

Artikel 1

(1) Die Evangelische Seelsorge an den Justizvollzugsanstalten bildet einen Teil der den Kirchen obliegenden allgemeinen Seelsorge.

(2) Seelsorgerinnen und Seelsorger an den Justizvollzugsanstalten, im Folgenden Pfarrerinnen und Pfarrer genannt, nehmen ihren Dienst im Haupt- oder Nebenamt wahr.

(3) Die Freiheit der Verkündigung und des Beicht- und Seelsorgegeheimnisses werden gewährleistet.

Artikel 2

(1) Pfarrerinnen und Pfarrer stehen im Dienst der Kirchenkreise im Saarland der Evangelischen Kirche im Rheinland oder im Dienst der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche). Sie unterstehen der Dienst- und Disziplinaraufsicht der jeweiligen Kirche.

(2) Sie sind verpflichtet, bei der Ausübung ihres Dienstes die Bestimmungen über den Strafvollzug und die Untersuchungshaft zu beachten.

(3) Sie arbeiten in ihrem Dienst mit den Vollzugsbediensteten eigenverantwortlich zusammen. Sie haben das Recht auf Teilnahme an den Dienstbesprechungen und Vollzugskonferenzen. Sie sind bei allen kirchlichen Veranstaltungen berührenden Maßnahmen der Anstaltsleitung vorher zu hören.

Artikel 3

(1) Zu den Rechten der Pfarrerinnen und Pfarrer gehören die Inanspruchnahme aller Einrichtungen und die Veranlassung organisatorischer Maßnahmen, die geeignet und erforderlich sind, ihre Aufgaben gemäß Artikel 4 zu erfüllen.

(2) Sie haben Anspruch auf die Bereitstellung von Räumen, die für die Ausübung des Dienstes notwendig sind (gottesdienstlicher Raum und Dienstzimmer).

(3) Die Planung, Einrichtung und Gestaltung von Gottesdiensträumen in Justizvollzugsanstalten erfolgt durch das Land im Einvernehmen mit den Kirchenkreisen im Saarland der Evangelischen Kirche im Rheinland oder mit der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche).

(4) Pfarrerinnen und Pfarrer können im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung freiwillige Helferinnen und Helfer, unterstützende Gruppen, andere Seelsorgerinnen und Seelsorger sowie Seelsorgehelferinnen und Seelsorgehelfer für den Dienst in der Einrichtung hinzuziehen.

Artikel 4

(1) Pfarrerinnen und Pfarrer haben im Wesentlichen folgende Aufgaben:

- regelmäßige Feier von Gottesdiensten,
- Beichte,
- Feier von Taufe und Abendmahl,
- Durchführung von Amtshandlungen aus besonderem Anlass (z. B. Trauungen),
- Einzelseelsorge einschließlich der Zellenbesuche und der Aussprache mit einzelnen Inhaftierten,
- Angebote von Gruppenarbeit, Kursen und Unterweisungsstunden,
- Durchführung von Besuchen und Begleitung bei Ausführung von Inhaftierten in seelsorglich begründeten Fällen, besondere Krankenseelsorge bei Krankheitsfällen innerhalb der Justizvollzugsanstalt,

- Beratung und seelsorglicher Beistand auch für die Angehörigen der Inhaftierten in Partnerschafts-, Ehe- und Familienangelegenheiten im Zusammenhang mit den sich aus der Inhaftierung ergebenden Problemen,
- Mitwirkung bei der sozialen Hilfe für die Inhaftierten und deren Familien unter Beachtung der Primärzuständigkeit des Sozialdienstes,
- Seelsorge an Mitarbeitenden und Bediensteten des Strafvollzugs, unbeschadet der Zuständigkeit der Gemeindepfarrerin oder des Gemeindepfarrers,
- Mitwirkung bei der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Mitarbeitenden im Strafvollzug,
- Mitwirkung bei der Gewinnung und Betreuung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer sowie von Kontaktgruppen im Vollzug,
- Mitwirkung bei der Öffentlichkeitsarbeit in Gesellschaft und Kirche.

(2) Die Aufgaben und Rechte der Pfarrerinnen und Pfarrer aus dieser Vereinbarung erstrecken sich auch auf Inhaftierte, die keiner Evangelischen Kirche angehören, jedoch Betreuung durch Evangelische Pfarrerinnen und Pfarrer wünschen.

(3) Rechte, Pflichten und Aufgaben der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie die von den Justizbehörden zu schaffenden organisatorischen Voraussetzungen für die Ausführung der Seelsorge an den Justizvollzugsanstalten bestimmen sich im Übrigen nach einer Dienstordnung, die durch das Ministerium der Justiz im Einvernehmen mit den Landeskirchen erlassen wird.

Artikel 5

(1) Pfarrerinnen und Pfarrer werden durch Gestellungsvertrag der Evangelischen Kirche im Rheinland oder der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) mit dem Saarland für die Dauer von jeweils acht Jahren berufen. Im Vorfeld der Berufung wird mit dem zuständigen Ministerium Einvernehmen hergestellt.

(2) Liegen Tatsachen vor, aus denen sich gegen die Person oder die Tätigkeit der Pfarrerinnen und Pfarrer schwerwiegende Bedenken gegen den weiteren Dienst ergeben und können diese nicht einvernehmlich zwischen Land, Kirche und der oder dem Betroffenen geklärt werden, kann das Land den Widerruf des Gestellungsvertrages verlangen.

(3) Betroffene sind vor einer Entscheidung von der Evangelischen Kirche im Rheinland oder der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) und dem zuständigen Ministerium zu hören.

Artikel 6

(1) Urlaub und Dienstbefreiung richten sich für Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche im Rheinland nach dem Pfarrdienstgesetz (Kirchengesetz über die dienstrechtlichen Verhältnisse der Pfarrerinnen und Pfarrer in der Evangelischen Union vom 15. Juni 1996; ABL. EKD S. 470), für Pfarrerinnen und Pfarrer der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) nach deren Pfarrerdienstrecht.

(2) Die Vertretung bei Abwesenheit und die Urlaubsvertretung regeln die Pfarrerinnen und Pfarrer nach Abstimmung mit dem kirchlichen Anstellungsträger im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung. Die Krankheits- und Vakanzvertretung regelt der kirchliche Anstellungsträger im Einvernehmen mit der Anstaltsleitung.

(3) Nach Ausscheiden einer Pfarrerin oder eines Pfarrers soll die Stelle nach Möglichkeit innerhalb von drei Monaten wieder besetzt werden.

Artikel 7

(1) Pfarrerinnen und Pfarrer erhalten ihre Besoldung von den jeweiligen Landeskirchen.

(2) Das Saarland erstattet der Evangelischen Kirche im Rheinland gemäß der Ordnung über die Besoldung und Versorgung der Pfarrerinnen und Pfarrer sowie der Vikarinnen und Vikare (Pfarrbesoldungs- und -versorgungsordnung – PfbVO – in der Fassung der Bekanntmachung vom 5. Dezember 2000; KABl. 2001 S. 1) und dem Kirchengesetz über die Durchführung der Pfarrbesoldung, den Finanzausgleich und die Umlagen in der Evangelischen Kirche im Rheinland (Finanzausgleichsgesetz – FAG – in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. Februar 1997; KABl. S. 82; zuletzt geändert durch Kirchengesetz vom 14. Januar 2000; KABl. S. 72) den zu zahlenden Besoldungsaufwand (Grundgehalt, allgemeine Zulagen, Gefängnisseelsorgezulage, Familienzuschläge), höchstens jedoch in Höhe der Besoldungsgruppe A 14 des Bundesbesoldungsgesetzes und im Rahmen der Bestimmungen des Saarländischen Sonderzahlungsgesetzes.

(3) Das Saarland erstattet der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) den zu zahlenden Besoldungsaufwand nach dem Pfarrbesoldungsgesetz vom 1. November 2001 (ABl. S. 134) in der jeweils geltenden Fassung und den dazu erlassenen Ausführungsbestimmungen, höchstens jedoch in Höhe der Besoldungsgruppe A14 des Bundesbesoldungsgesetzes und im Rahmen der Bestimmungen des Saarländischen Sonderzahlungsgesetzes.

Artikel 8

(1) Das Saarland erstattet zusätzlich zu dem nach Art. 7 Abs. 2 und Abs. 3 entstehenden Besoldungsaufwand einen Beitrag zu den Versorgungslasten. Die Erstattung erfolgt durch eine Pauschalsumme in Höhe von fünfundzwanzig Prozent des Besoldungsaufwandes gemäß Art. 7 Abs. 2 und Abs. 3.

(2) Die Evangelische Kirche im Rheinland und die Evangelische Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) verpflichten sich, den Beitrag zu den Versorgungslasten in voller Höhe zurückzuerstatten, wenn die Pfarrerin oder der Pfarrer vor Ablauf eines Jahres aus der Tätigkeit als Seelsorgerin oder Seelsorger an den Justizvollzugsanstalten des Saarlandes nach dieser Vereinbarung ausscheidet.

Artikel 9

Das Saarland leistet zu den Erstattungen nach Art. 7 für die Nebenleistungen der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) für die Pfarrerinnen und Pfarrer eine Pauschalsumme in Höhe von fünf Prozent des jeweiligen Besoldungsaufwands. Nebenleistungen sind insbesondere Übergangsgelder, Abfindungen, Beihilfen, Unterstützungen, Unfallfürsorge, Trennungsschädigung, Reisekosten, Umzugskosten sowie Kosten der Einstellungs- und Wiederholungsuntersuchungen.

Artikel 10

Wird bei Erkrankungen oder sonstiger Beurlaubung der Pfarrerin oder des Pfarrers keine Vertretung gestellt, so werden die in den Art. 7 bis 9 genannten Beträge bis zum Ende des

Statistischer Bericht

Ergebnisse der Statistik über die Presbyteriumswahlen 2004

579242 Az.: 04-35-4

Düsseldorf, den 7. März 2005

1. Vorbemerkungen

Am 15. Februar 2004 oder einem späteren Termin¹⁾ im Jahre 2004 fand in 807 Kirchengemeinden der Ev. Kirche im Rheinland Wahlen zur Neubildung der Presbyterien nach dem Presbyterwahlgesetz²⁾ und dem Mitarbeiterwahlgesetz³⁾ statt. Das Presbyterium ist das Leitungsgremium der Kirchengemeinde. Die Mitglieder des Presbyteriums setzen sich zusammen aus den Presbyterinnen und Presbytern und den gewählten Mitarbeiterinnen oder Mitarbeitern, die dieses Amt ehrenamtlich ausüben, sowie den Pfarrerinnen und Pfarrern der Gemeinde.

Grundlage dieses Berichtes ist die statistische Erhebung der Daten über den Ablauf der Wahlen, die Wahlbeteiligung und die Zusammensetzung der Presbyterien nach der Wahl.

In 13 Kirchengemeinden fand die Wahl gemäß § 33 Presbyterwahlgesetz durch das bisherige Presbyterium statt.

2. Vorbereitung und Durchführung der Wahl

2.1. Wahlvorschläge

Neu zu besetzen waren bei dieser Wahl 4.590 Presbyterstellen. Zur Besetzung wurden 5.845 Gemeindeglieder vorgeschlagen, das waren erneut 6 % weniger als bei der vorherigen Wahl. Mit Ausnahme vom Wahljahr 1984 wurden bei jeder Wahl weniger Gemeindeglieder vorgeschlagen. Seit der Wahl im Jahre 1992 sind die Frauen unter den Vorgeschlagenen mit jeweils 52 % in der Mehrzahl, was auf eine unterschiedliche Entwicklung bei Männern und Frauen zurückzuführen ist. Bis 1992 war eine weitgehende Zunahme bei den Kandidaturen der Frauen festzustellen, während bei den Männern nur Rückgänge zu verzeichnen waren. Ab 1996 nahm die Anzahl der Kandidaturen von Männern und Frauen ab. Generell fallen die besonders hohen Rückgänge der Männer bei den Wahlen der Jahre 1992 und 2000 auf. Bei der Wahl 2004 waren die Rückgänge bei Frauen erstmalig sogar größer als bei den Männern.

Bei den erstmalig kandidierenden Gemeindegliedern (-10 %) ist die Verminderung sogar noch höher, dieses Mal besonders bei den Frauen (-13 %), während im Jahr 2000 bei den Männern ein entsprechender Rückgang festzustellen war. Bisherige Presbyterinnen wurden dagegen wiederum häufiger

Tab.1 Wahlvorschläge 1972 - 2004

| Jahr | Neu zu Wählende * | Kandidaten und Kandidatinnen * | | |
|-----------------------------|-------------------|--------------------------------|------------------------|------------------------|
| | | gesamt | Männer | Frauen |
| 1972 | 4.655 | 7.673 | 5.681 74 % | 1.992 26 % |
| 1976 | 4.688 + 0,7 % | 7.525 - 1,9 % | 5.155 69 % - 9,3 % | 2.370 31 % + 19,0 % |
| 1980 | 4.530 - 3,4 % | 7.186 - 4,5 % | 4.610 64 % - 10,6 % | 2.576 36 % + 8,7 % |
| 1984 | 4.651 + 2,7 % | 7.293 + 1,5 % | 4.432 61 % - 3,9 % | 2.861 39 % + 11,1 % |
| 1988 | 4.720 + 1,5 % | 7.133 - 2,2 % | 4.106 58 % - 7,4 % | 3.027 42 % + 5,8 % |
| 1992 | 4.634 - 1,8 % | 6.911 - 3,1 % | 3.623 52 % - 11,8 % | 3.288 48 % + 8,6 % |
| 1996 | 4.723 + 1,9 % | 6.616 - 4,3 % | 3.392 51 % - 6,4 % | 3.224 49 % - 1,9 % |
| 2000 | 4.605 - 2,5 % | 6.225 - 5,9 % | 2.999 48 % - 11,6 % | 3.226 52 % + 0,1 % |
| 2004 | 4.590 - 0,3 % | 5.845 - 6,1 % | 2.826 48 % - 5,8 % | 3.019 52 % - 6,4 % |
| davon: neue Kandidaturen | | | | |
| 1992 | | 4.305 | 2.058 48 % | 2.247 52 % |
| 1996 | | 3.930 - 8,7 % | 1.860 47 % - 9,6 % | 2.070 53 % - 7,9 % |
| 2000 | | 3.660 - 6,9 % | 1.605 44 % - 13,7 % | 2.055 56 % - 0,7 % |
| 2004 | | 3.279 - 10,4 % | 1.497 46 % - 6,7 % | 1.782 54 % - 13,3 % |
| davon: bisherige Mitglieder | | | | |
| 1992 | | 2.606 | 1.565 60 % | 1.041 40 % |
| 1996 | | 2.686 + 3,1 % | 1.532 57 % - 2,1 % | 1.154 43 % + 10,9 % |
| 2000 | | 2.565 - 4,5 % | 1.394 54 % - 9,0 % | 1.171 46 % + 1,5 % |
| 2004 | | 2.566 + 0 % | 1.329 52 % - 4,7 % | 1.237 48 % + 5,6 % |

*) für das Presbyteramt

vorgeschlagen als bisher amtierende Männer, die sich in geringerer Anzahl zur Wahl stellten als vier Jahre zuvor. Jedoch konnte die Zunahme der Frauen den Rückgang bei den neuen Kandidaturen nicht ausgleichen.

Außerdem standen 1.070 Kandidatinnen und Kandidaten aus den Reihen der Beschäftigten in der Vorschlagsliste 2 zur Wahl, um Mitglied im Presbyterium zu werden. Auch hier gingen die Vorschläge um 10 % zurück. Von den Vorgeschlagenen waren 69 % Mitarbeiterinnen (2000: 65 %).

1) einschl. verschobener Wahlen, daher ist der neu gegründete Kirchenkreis Duisburg statt Duisburg-Nord und -Süd in den Kirchenkreistabellen enthalten. Gemeinden, die Bevollmächtigtenausschüsse bildeten, sind nicht enthalten.

2) Kirchengesetz betreffend die Übertragung des Presbyteramtes in der Evangelischen Kirche im Rheinland

3) Kirchengesetz über die Wahl haupt- oder nebenamtlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in das Presbyterium

Tab.2 **Wahlvorschläge und Gewählte 1992 - 2004**

| | Wahlvorschläge * insgesamt | davon wurden gewählt | |
|------------------------------------|-------------------------------|----------------------|----------------------------|
| | | insgesamt | in % der Wahlvorschläge |
| | Anzahl | Anzahl | |
| Wahlvorschläge insgesamt | | | |
| 1992 | 6.911 | 4.600 | 66,6 |
| 1996 | 6.616 | 4.674 | 70,6 |
| 2000 | 6.225 | 4.605 | 74,0 |
| 2004 | 5.845 | 4.507 | 77,1 |
| davon: neue Kandidaturen | | | |
| 1992 | 4.305 | 2.343 | 54,4 |
| 1996 | 3.930 | 2.315 | 58,9 |
| 2000 | 3.660 | 2.274 | 62,1 |
| 2004 | 3.279 | 2.143 | 65,4 |
| davon: bisherige Mitglieder | | | |
| 1992 | 2.606 | 2.257 | 86,6 |
| 1996 | 2.686 | 2.359 | 87,8 |
| 2000 | 2.565 | 2.331 | 90,9 |
| 2004 | 2.566 | 2.364 | 92,1 |

*) für das Presbyteramt

Tatsächlich gewählt wurden drei von vier Vorgeschlagenen (77 %). Diese Anteile sind gegenüber den vorherigen Wahlen gestiegen (1992: 66,6 %), eine Folge der weniger gewordenen Zahlen der Kandidaten und Kandidatinnen. Bisherige Mitglieder werden sogar zu mehr als 90 % gewählt.

Die Altersgliederung der für das Presbyteramt vorgeschlagenen Gemeindeglieder, die dieses Mal erstmalig in einer Zusatzhebung ermittelt wurde, weist für die unter 40-jährigen eine gegenüber dem jeweiligen Anteil an den Gemeindegliedern geringe Anzahl an Kandidatinnen und Kandidaten auf. Die unter 30-jährigen sind sogar deutlich unterrepräsentiert. Die Jahrgänge von 40 bis 64 Jahren sind im Verhältnis zur Gesamtstärke ihrer Altersklassen überrepräsentiert, die Altersgruppe über 64 Jahre ist unter den Vorgeschlagenen dagegen wieder weniger häufig vertreten. Überdurchschnittlich hoch sind die Wahlquoten, d.h. die Anteile der Gewählten unter den Vorgeschlagenen, in den Altersgruppen nach dem fünfzigsten Lebensjahr und besonders gering zwischen dem dreißigsten und dem fünfunddreißigsten Lebensjahr.

Tab.3 **Wahlvorschläge und Gewählte nach Alter 2004**

| Altersgruppe | Wahlvorschläge insgesamt *) | zum Vergleich: Gemeindeglieder **) | Gewählte in % der Wahlvorschläge |
|--------------|-----------------------------|------------------------------------|----------------------------------|
| | Anteil in % | Anteil in % | |
| 18 - 24 | 2,8 | 10,8 | 73,4 |
| 25 - 29 | 2,3 | 7,3 | 77,5 |
| 30 - 34 | 5,0 | 8,5 | 67,4 |
| 35 - 39 | 10,9 | 11,1 | 75,8 |
| 40 - 44 | 15,5 | 10,6 | 74,0 |
| 45 - 49 | 14,8 | 9,1 | 75,6 |
| 50 - 54 | 12,1 | 8,2 | 82,7 |
| 55 - 59 | 11,5 | 6,8 | 79,2 |
| 60 - 64 | 13,5 | 9,5 | 78,5 |
| 65 - 74 | 11,6 | 18,3 | 79,0 |
| insgesamt | 100,0 | 100,0 | 77,0 |

*) für das Presbyteramt

**) Gemeindeglieder von 18-74 Jahren

2.2. Wahlverfahren

In fast jedem zweiten Wahlbezirk, d.h. in 763 von 1.384 Wahlbezirken (45 %) fand keine Wahl statt, da die Zahl der Wahlvorschläge (Kandidaten und Kandidatinnen) nicht größer war als die Zahl der neu zu besetzenden Plätze für das Presbyteramt und daher die Vorgeschlagenen lt. Presbyterwahlgesetz als gewählt galten. Dieser Anteil ohne Wahl nahm gegenüber der Wahl im Jahre 2000 weiter zu: damals kam es in 37 % der Wahlbezirke zu keiner Wahl durch die Gemeindeglieder. Bei der Wahl im Jahre 1984 standen dagegen nur in 16 % der 1.523 Wahlbezirke nicht genügend Kandidatinnen oder Kandidaten für eine Wahl zur Verfügung (1980: in 14 %).

2.3. Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung

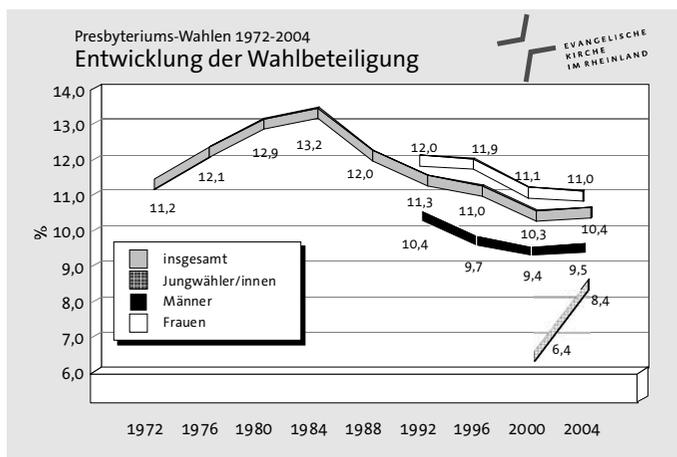
Von den insgesamt 3 Millionen Gemeindegliedern waren etwa 2,5 Millionen gemäß § 1 PWG grundsätzlich wahlberechtigt, da sie mindestens 16 Jahre alt waren. Da aber nicht in allen Wahlbezirken der 807 Kirchengemeinden eine Wahl durchgeführt wurde (vgl. 1 und 2.2), waren nur 1.765.000 Gemeindeglieder tatsächlich wahlberechtigt. Diese Zahl lag durch die gesunkene Zahl der Wahlvorschläge um 12,3 % niedriger als bei der letzten Wahl, nach der Gemeindeglieder-Entwicklung hätte der Rückgang nur 4,6 % betragen dürfen. Bei der Wahl 2000 waren 2,01 Millionen und 1996 fast 2,2 Millionen wahlberechtigt. Von den Wahlberechtigten waren 56 % Frauen (wie bisher).

Am 15. Februar 2004 gingen insgesamt 183.300 Wahlberechtigte zur Wahl, davon waren 109.500 Frauen bzw. 59,8 %. Die Quote der Wählerinnen war damit höher als die der Wahlberechtigten (56 %), lag aber noch unter den entsprechenden Quoten der Beteiligung an kirchlichen Aktivitäten (z.B. bei den Ehrenamtlichen 73 %). Insgesamt gingen fast 25.000 Wahlberechtigte weniger zur Wahl als 2000. Damit lag die Wahlbeteiligung bei 10,4 %. Die Wahlbeteiligung ging seit 1984 ständig zurück und lag 2000 (10,3 %) auf dem bisher niedrigsten Wert seit 1972.

| Jahr | Wahlbeteiligung | Jahr | Wahlbeteiligung |
|------|-----------------|------|-----------------|
| 1972 | 11,2 % | 1992 | 11,3 % |
| 1976 | 12,1 % | 1996 | 11,0 % |
| 1980 | 12,9 % | 2000 | 10,3 % |
| 1984 | 13,2 % | 2004 | 10,4 % |
| 1988 | 12,0 % | | |

| | Wahlbeteiligung | | | |
|---------------------------|-----------------|--------|--------|--------|
| | 2004 | 2000 | 1996 | 1992 |
| mit Wahlbenachrichtigung | 11,1 % | 10,8 % | 11,9 % | 11,3 % |
| ohne Wahlbenachrichtigung | 7,2 % | 7,3 % | 8,0 % | -- |
| Zusammen | 10,4 % | 10,3 % | 11,0 % | 11,3 % |

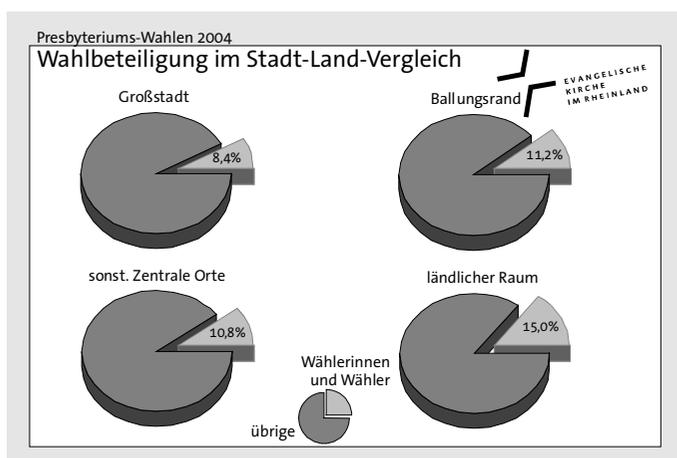
Die Wahlbeteiligung war auch von der Versendung von Wahlbenachrichtigungen an die Wahlberechtigten abhängig: In 641 Wahlbezirken von Gemeinden mit Versendung von Wahlbenachrichtigungen wurde daher mit 11,1 % eine um 4 Prozentpunkte höhere Wahlbeteiligung erreicht als in den 122 Wahlbezirken, in denen keine Benachrichtigungen verteilt wurden:



| Kirchengemeinden mit ... Gemeindegliedern | Wahlbeteiligung |
|---|-----------------|
| weniger als 500 | 27,8 % |
| 500 bis 1.000 | 20,2 % |
| 1.000 bis 1.500 | 19,1 % |
| 1.500 bis 2.000 | 15,7 % |
| 2.000 bis 3.000 | 12,7 % |
| 3.000 bis 4.000 | 11,7 % |
| 4.000 bis 6.000 | 9,7 % |
| 6.000 bis 8.000 | 8,5 % |
| 8.000 bis 10.000 | 8,5 % |
| 10.000 oder mehr | 8,0 % |

2.5. Wahlbeteiligung von Männern und Frauen

Im Vergleich zu den Männern (9,5 %) beteiligten sich die Frauen wie bisher mit 11,0 % häufiger an der Wahl. In ländlichen Gemeinden war die Wahlbeteiligung der Frauen sogar um mehr als 2 Prozentpunkte höher als die der Männer, in den übrigen Gemeinden war der Anstand geringer. Bei den Anstaltskirchengemeinden waren mit 40,7 % bei den Frauen und 25,6 % bei den Männern ohnehin höhere Werte zu verzeichnen.



2.6. Wahlbeteiligung der Jungwählerinnen und Jungwähler

Von den knapp 1,8 Millionen Wahlberechtigten in den Gemeinden mit Wahl waren etwa 108.000 zwischen 16 und 20 Jahre alte Gemeindeglieder erstmals zur Wahl aufgerufen. Davon gaben etwas mehr als 9.000 Jungwählerinnen und -wähler bzw. 8,4 % ihre Stimmzettel ab. Zwar liegen diesen Zahlen ein hoher Anteil geschätzter Angaben der Wahlberechtigten und der abgegebenen Stimmen zugrunde, zeigt aber dennoch, dass die Wahlbeteiligung der Jugendlichen wesentlich geringer lag als bei den übrigen Gemeindegliedern.

2.4. Wahlbeteiligung in Kirchenkreisen

In ländlichen Kirchengemeinden lag die Wahlbeteiligung mit durchschnittlich 15,4 % wie 2000 wieder über dem landeskirchlichen Durchschnitt. Die Gemeinden im Kirchenkreis Simmern-Trarbach erreichten eine Wahlbeteiligung von 24,5 % (2000: 19,6 %). Mit mehr als 16 % war auch die Wahlbeteiligung in den Kirchenkreisen Braunsfeld, An Nahe und Glan sowie in Wesel besonders hoch. Die Großstadtgemeinden kamen dagegen auf nur 8,9 %. Unter den ausschließlich großstädtischen Kirchenkreisen verzeichnen An der Ruhr (13,2 %) und Essen-Süd (11,5 %) die höchsten Wahlbeteiligungen. Bemerkenswert ist generell, dass die Kirchengemeinden in Großstädten sowie auf dem Lande eine leichte Zunahme, die übrigen dagegen geringere Wahlbeteiligungen aufwiesen als im Jahre 2000:

2.7. Wahlbeteiligung durch Briefwahl

Die Möglichkeit der Stimmabgabe durch Briefwahl nutzten 30.584 Wählerinnen und Wähler, das waren 16,7 % sämtlicher Stimmzettel. Bei der Wahl 2000 waren es genau 16 %. Diese Quote lag auch höher als bei den Wahlen 1996 (15 %) bzw. 1992 (14 %). Zwischen Großstadt- und Landgemeinden waren nur geringe Unterschiede festzustellen. Auffällig ist jedoch, dass in den saarländischen Kirchenkreisen sowie in den Kirchenkreisen Koblenz und Köln-Süd die Briefwahl von mehr als 20 % der Wählerinnen und Wähler besonders häufig genutzt wurde.

| Kirchengemeinden ... | Wahlbeteiligung | |
|-------------------------------------|-----------------|--------|
| | 2004 | 2000 |
| in Großstädten (über 100.000 Einw.) | 8,9 % | 8,6 % |
| in Ballungsrandgebieten | 10,4 % | 11,2 % |
| in Kleinstädten | 10,1 % | 10,8 % |
| im Ländlichen Raum | 15,4 % | 15,0 % |
| Anstaltskirchengemeinden | 33,3 % | 31,9 % |

Je nach Größe der Kirchengemeinde fällt die Wahlbeteiligung unterschiedlich hoch, und zwar ist sie um so höher, je niedriger die Gemeindegliederzahl der Gemeinde ist:

3. Presbyterien nach der Wahl

3.1. Zusammensetzung

Bei dieser Wahl war letztmalig nur die Hälfte der Presbyterstellen neu zu besetzen. Bei der nächsten Wahl im Jahre 2008 sind alle Stellen neu zu besetzen. Bei der Wahl 2004 wurden 4.507 Stellen erstmals oder wieder besetzt. Im Amt verblieben 3.907 Presbyterinnen oder Presbyter. Diese Zahl liegt unter 50 % der Gesamtzahl Stellen, da auch zwischenzeitlich frei gewordene Stellen erst bei der Wahl wieder be-

setzt wurden. Außerdem wurden 963 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter in die Presbyterien gewählt.

Nach Abschluss des Wahlverfahrens amtierten als gewählte Mitglieder in den Presbyterien (d.h. ohne Bevollmächtigte)

- 8.414 Presbyterinnen und Presbyter - 4,1 %
- + 963 Gewählte Mitarbeiter/-innen - 4,8 %
- = 9.377 Gewählte Mitglieder zusammen - 4,2 %

Damit nahm die Gesamtzahl der gewählten Mitglieder gegenüber den früheren Wahlterminen infolge der zurückgehenden Gemeindeglieder- und Pfarrstellenzahlen weiter ab (vgl. Tab.4).

3.2. Frauen und Männer

Nach Abschluss des Wahlverfahrens gehörten den Presbyterien insgesamt 4.940 Frauen (52,7 %) und 4.437 Männer (47,3 %) an. Damit hat sich gegenüber früheren Wahlterminen der Anteil der Frauen weiter erhöht:

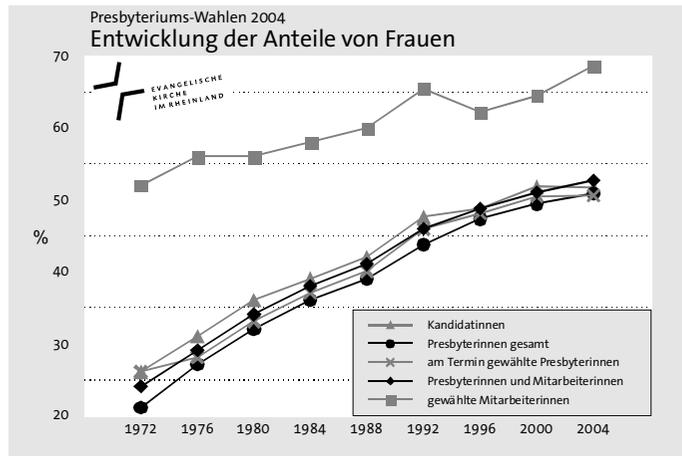
| | | | | | |
|------|--------|------|--------|------|--------|
| 1956 | 4,0 % | 1972 | 23,7 % | 1992 | 46,0 % |
| 1960 | 8,0 % | 1976 | 29,4 % | 1996 | 48,8 % |
| 1964 | 10,7 % | 1980 | 34,2 % | 2000 | 51,0 % |
| 1968 | 14,4 % | 1984 | 37,9 % | 2004 | 52,7 % |
| | | 1988 | 41,3 % | | |

Tab.4 **Männer und Frauen 1972 - 2004**

| Jahr | insgesamt | Männer | Frauen |
|------------------------------------|-----------|--------|--------|
| Presbyter/-innen | | | |
| 1972 | 8.743 | 79 % | 21 % |
| 1976 | 8.758 | 73 % | 27 % |
| 1980 | 8.855 | 68 % | 32 % |
| 1984 | 9.013 | 64 % | 36 % |
| 1988 | 9.055 | 61 % | 39 % |
| 1992 | 9.055 | 56 % | 44 % |
| 1996 | 8.948 | 53 % | 47 % |
| 2000 | 8.774 | 51 % | 49 % |
| 2004 | 8.414 | 49 % | 51 % |
| Gewählte Mitarbeiter/-innen | | | |
| 1972 | 962 | 48 % | 52 % |
| 1976 | 968 | 44 % | 56 % |
| 1980 | 1.017 | 44 % | 56 % |
| 1984 | 1.054 | 42 % | 58 % |
| 1988 | 1.060 | 40 % | 60 % |
| 1992 | 1.058 | 34 % | 66 % |
| 1996 | 1.028 | 38 % | 62 % |
| 2000 | 1.012 | 35 % | 65 % |
| 2004 | 963 | 31 % | 69 % |
| Zusammen | | | |
| 1972 | 9.705 | 76 % | 24 % |
| 1976 | 9.726 | 71 % | 29 % |
| 1980 | 9.872 | 66 % | 34 % |
| 1984 | 10.067 | 62 % | 38 % |
| 1988 | 10.115 | 59 % | 41 % |
| 1992 | 10.113 | 54 % | 46 % |
| 1996 | 9.976 | 51 % | 49 % |
| 2000 | 9.976 | 49 % | 51 % |
| 2004 | 9.786 | 47 % | 53 % |

Die Frauenquote der Gemeindeglieder (55 %) wurde zwar nicht ganz erreicht, sie liegt aber erheblich über den Quoten der Parlamente der kommunalen bzw. staatlichen Ebenen. Am höchsten waren die Frauenquoten bei den jeweils erstmals gewählten Presbyterinnen mit 53,4 % sowie unter den gewählten Mitarbeiterinnen mit 68,6 %.

Insgesamt amtierten jetzt 7,5 Prozent weniger Männer als nach der Wahl 2000, während die Zahl der Frauen absolut fast gleich geblieben ist. Auch dieses Ergebnis ist eine Folge der rückläufigen Kandi-



daturen der Männer in beiden Vorschlagslisten.

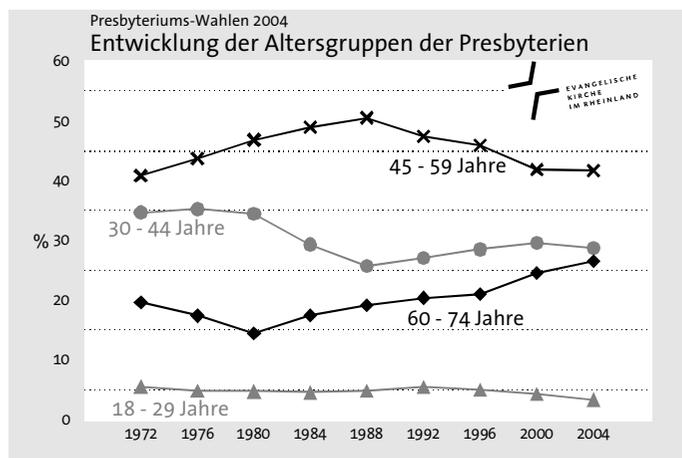
In den Gemeinden der Kirchenkreise Wied (63,7 %) und Jülich (60,9 %) amtierten seit der Wahl anteilig die meisten Frauen. In neun Kirchenkreisen überwiegen sogar die Männer.

Bei Betrachtung der Frauenquoten unter den Wahlvorschlägen (51,7 %) und den Gewählten (50,6 %) für das Presbyteramt fällt auf, dass weniger Frauen gewählt als zuvor in den Gemeinden vorgeschlagen werden. Bei der Wahl richten sich die Wählerinnen und Wähler eher danach, ob es sich bei dem Wahlvorschlag um ein bisheriges Mitglied handelt oder nicht (vgl. Tab. 2). Unter den Wiedergewählten sind die Männer in der Mehrheit (52 %), wie sie es schon als vorgeschlagene Kandidaten waren.

3.3. Altersgliederung

In der Altersgliederung der gewählten Mitglieder nahm die Zahl der Senioren und Seniorinnen um fast 3,5 % zu (Frauen + 7,8 %), im Gegensatz zu den Altersgruppen unter 60 Jahren. Dadurch erreichen die ältesten Presbyterinnen und Presbyter einen Anteil von 26,5 % der Gewählten.

Die höchsten Frauenanteile sind in den beiden mittleren Altersgruppen 30 - 44 Jahre (gestiegen auf 57,1 %) und 45 - 59 Jahre (auf 54,6 % gestiegen) zu finden. Bei den wenigen Junioren und Juniorinnen unter 30 Jahren ist ein leichter Anstieg festzustellen (53,8 % Frauen), dagegen sind die Männer bei den Senioren und Seniorinnen (ab 60 J.) nur noch mit 55,2 % in der Überzahl (bisher fast 59 %).



Tab.5 Altersgruppen 1972 - 2004

| Altersgruppe | Anteil in % aller gewählten Mitglieder | | | | | | | | |
|---------------|--|------|------|------|------|------|------|------|--------|
| | 1972 | 1976 | 1980 | 1984 | 1988 | 1992 | 1996 | 2000 | 2004 * |
| 18 - 24 J. ** | 1,7 | 1,6 | 1,4 | 1,4 | 1,3 | 1,7 | 1,7 | . | 1,4 |
| 25 - 29 J. | 3,4 | 3,2 | 3,3 | 3,1 | 3,5 | 3,7 | 3,2 | . | 2,0 |
| 18 - 29 J. | 5,1 | 4,8 | 4,7 | 4,5 | 4,8 | 5,4 | 4,9 | 4,3 | 3,4 |
| 30 - 34 J. | 8,1 | 6,0 | 4,6 | 5,2 | 5,4 | 6,1 | 6,5 | . | 3,7 |
| 35 - 39 J. | 11,8 | 14,2 | 11,2 | 8,2 | 8,5 | 8,8 | 9,8 | . | 11,2 |
| 40 - 44 J. | 14,7 | 14,9 | 18,5 | 15,8 | 11,7 | 12,1 | 12,1 | . | 16,1 |
| 30 - 44 J. | 34,6 | 35,1 | 34,3 | 29,2 | 25,6 | 27,0 | 28,4 | 29,5 | 31,0 |
| 45 - 49 J. | 16,8 | 17,0 | 16,4 | 19,4 | 18,2 | 13,6 | 14,2 | . | 17,2 |
| 50 - 54 J. | 12,9 | 15,2 | 16,5 | 15,6 | 18,4 | 19,0 | 14,5 | . | 14,3 |
| 55 - 59 J. | 11,2 | 10,4 | 13,8 | 13,9 | 13,8 | 14,7 | 17,1 | . | 11,7 |
| 45 - 59 J. | 40,9 | 42,6 | 46,7 | 48,9 | 50,4 | 47,3 | 45,8 | 41,7 | 43,1 |
| 60 - 64 J. | 9,4 | 9,2 | 6,7 | 10,7 | 10,6 | 10,9 | 11,4 | . | 11,8 |
| 65 - 69 J. | 7,1 | 6,1 | 5,7 | 4,6 | 6,7 | 7,0 | 7,1 | . | 8,6 |
| 70 - 74 J. | 3,0 | 2,0 | 1,9 | 2,1 | 1,8 | 2,4 | 2,4 | . | 2,3 |
| 60 - 74 J. | 19,5 | 17,3 | 14,3 | 17,4 | 19,1 | 20,3 | 20,9 | 24,5 | 22,5 |

*) Untergruppen aus zusätzlicher Stichprobenauswertung **) bis 1988: 21 - 24 J.

Großstadt: Kommunalgemeinden mit über 100.000 Einwohnern

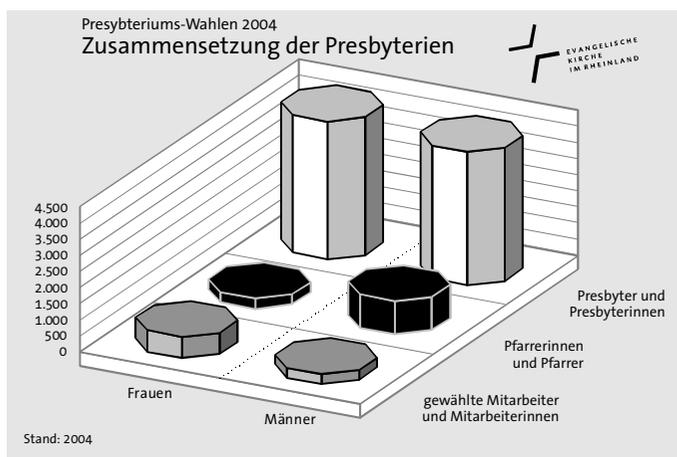
Ballungsrandgebiet: Kommunalgemeinden mit einer mittleren Einwohnerdichte von über 1.000, jedoch unter 2.000 Personen je qkm (=Kerngebiet) in den im Zusammenhang bebauten Gebieten

sonstiger Zentraler Ort bzw. Kleinstadt: Kommunalgemeinden im ländlichen Raum mit weniger als 100.000 Einwohnern, die jedoch zentrale Funktionen für das Umland wahrnehmen

Ländlicher Raum: übrige Kommunalgemeinden im ländlichen Raum

Ballungsgebiet: Großstadt + Ballungsrandgebiet

städtisch: Großstadt + Ballungsrandgebiet + sonst. Zentraler Ort



Aus den Daten der zusätzlichen Erhebung, deren Ergebnisse jedoch nur zu 75 % vorlagen, konnten auch die einzelnen Jahrgänge ausgewertet werden. Darin ist zu sehen, dass die Altersgruppen zwischen 40 und 50 Jahren am häufigsten vertreten sind. Nach der Fünfjahresgliederung wird weiterhin deutlich, dass die geringe Vertretung der jungen Jahrgänge nicht nur bis unter 30 sondern bis unter 35 Jahren gegeben ist.

Das Landeskirchenamt

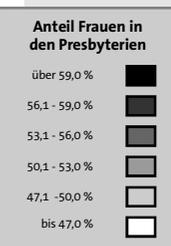
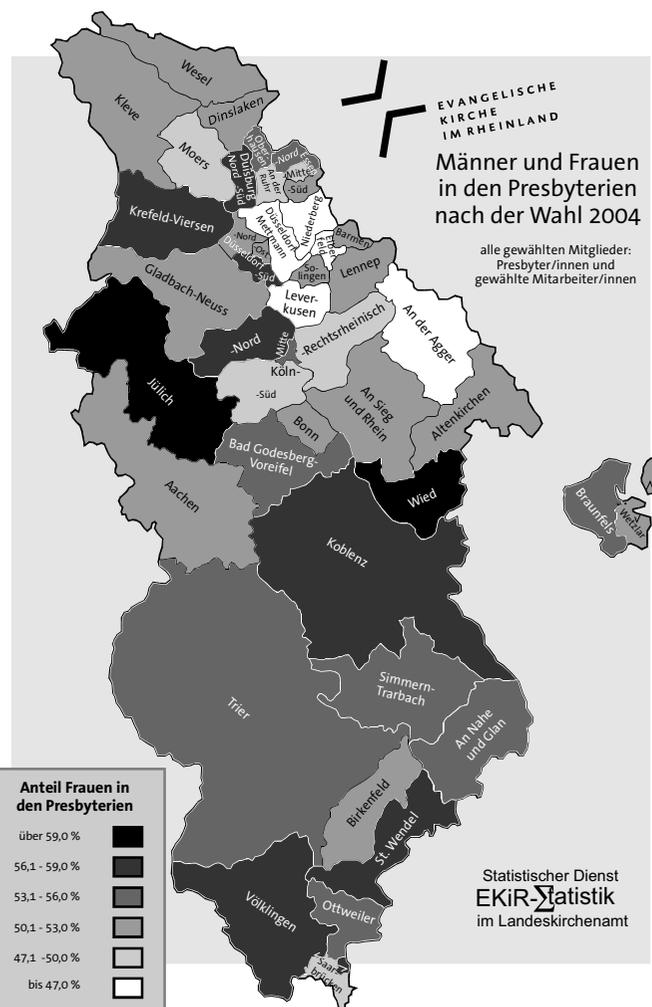
Anhang: Definitionen

Wenn in einzelnen Tabellenfeldern keine Zahlen eingetragen sind, so bedeutet:

- 0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten darstellbaren Einheit
- = Zahlenwert ist genau null
- . = Zahlenwert ist unbekannt
- x = Zahlenwert ist nicht sinnvoll bzw. Fragestellung trifft nicht zu

Die im Bericht verwendeten Raumordnungsbegriffe⁴ sind folgendermaßen definiert:

4) Die Zuordnung der Kirchengemeinden wurde nach den amtlichen Raumordnungsplänen der Bundesländer vorgenommen, wobei jede Kirchengemeinde dem Typ der Kommunalgemeinde zugeordnet wurde, zu der sie



Statistischer Dienst
EKiR-Statistik
im Landeskirchenamt

mehrheitlich gehört. Anstaltskirchengemeinden bilden einen eigenständigen Typ.

| Kirchenkreis | Kirchengemeinden | | | | | Wahlberechtigte und Wahlbeteiligung | | | | | | |
|----------------------------|------------------------------------|------------------------------------|--|-------------|---|-------------------------------------|-------------|------------------------|------------------------|------------------------|-------------|----------------|
| | mit Wahl durch die Gemeindeglieder | | | | mit Wahl durch das Presb. (Koopt.) | Wahlberechtigte | | Abgegebene Stimmzettel | | | | Brief- wahl |
| | gesamt * | Wahl- bezirke ins- gesamt | Wahlbezirke mit ausreichender Vorschlagsliste ** | | | insgesamt | Frauen | ins- gesamt | Wahlbeteiligung | | | |
| | | | Anzahl | in % | insg. in % v. Sp.6 | | | | Männer in % in % | Frauen in % in % | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 | 8 | 9 | 10 | 11 | 12 |
| 1. Aachen | 17 | 37 | 27 | 73,0 | - | 56.344 | 53,2 | 4.621 | 8,2 | 7,3 | 9,0 | 19,7 |
| 2. An der Agger | 27 | 58 | 28 | 48,3 | - | 50.633 | 54,7 | 6.500 | 12,8 | 12,1 | 13,4 | 10,4 |
| 3. Altenkirchen | 16 | 38 | 15 | 39,5 | - | 21.967 | 54,1 | 2.981 | 13,6 | 12,1 | 14,8 | 15,0 |
| 4. Barmen | 11 | 16 | 8 | 50,0 | - | 21.447 | 59,0 | 1.211 | 5,6 | 5,3 | 5,9 | 12,6 |
| 5. Birkenfeld | 26 | 58 | 10 | 17,2 | - | 16.899 | 55,2 | 1.604 | 9,5 | 8,4 | 10,4 | 14,2 |
| 6. Bonn | 10 | 19 | 15 | 78,9 | - | 32.940 | 56,4 | 3.819 | 11,6 | 10,7 | 12,3 | 14,6 |
| 7. Braunsfeld | 32 | 44 | 17 | 38,6 | - | 24.913 | 55,0 | 4.121 | 16,5 | 14,9 | 17,9 | 13,0 |
| 8. Dinslaken | 9 | 26 | 22 | 84,6 | - | 46.749 | 55,9 | 5.582 | 11,9 | 11,7 | 12,2 | 14,5 |
| 9. Düsseldorf-Mettmann | 11 | 22 | 12 | 54,5 | - | 52.743 | 57,9 | 5.086 | 9,6 | 9,8 | 9,5 | 16,4 |
| 10. Düsseldorf-Nord | 10 | 13 | 12 | 92,3 | - | 38.483 | 58,9 | 3.144 | 8,2 | 6,7 | 9,2 | 11,4 |
| 11. Düsseldorf-Ost | 8 | 11 | 8 | 72,7 | - | 23.264 | 58,9 | 1.716 | 7,4 | 6,7 | 7,8 | 11,7 |
| 12. Düsseldorf-Süd | 7 | 15 | 12 | 80,0 | - | 33.740 | 58,7 | 2.651 | 7,9 | 6,3 | 8,9 | 11,8 |
| 13. Duisburg | 17 | 28 | 18 | 64,3 | - | 53.394 | 58,1 | 4.271 | 8,0 | 7,0 | 8,7 | 14,1 |
| 15. Elberfeld | 11 | 25 | 8 | 32,0 | - | 24.711 | 59,1 | 2.012 | 8,1 | 7,8 | 8,4 | 17,0 |
| 16. Essen-Mitte | 7 | 11 | 3 | 27,3 | - | 16.371 | 59,0 | 1.195 | 7,3 | 6,5 | 7,9 | 8,3 |
| 17. Essen-Nord | 11 | 20 | 11 | 55,0 | - | 30.682 | 55,6 | 1.972 | 6,4 | 5,3 | 7,3 | 17,7 |
| 18. Essen-Süd | 13 | 17 | 11 | 64,7 | - | 28.803 | 58,4 | 3.313 | 11,5 | 10,7 | 12,1 | 20,9 |
| 19. Gladbach-Neuss | 18 | 39 | 23 | 59,0 | 9 | 65.166 | 56,0 | 5.704 | 8,8 | 7,7 | 9,6 | 21,9 |
| 20. Bad Godesberg-Voreifel | 13 | 19 | 17 | 89,5 | - | 44.730 | 56,6 | 6.304 | 14,1 | 13,3 | 14,7 | 19,0 |
| 21. Jülich | 20 | 36 | 25 | 69,4 | - | 53.397 | 54,1 | 5.208 | 9,8 | 8,6 | 10,7 | 24,4 |
| 22. Kleve | 19 | 22 | 16 | 72,7 | - | 34.509 | 54,3 | 3.223 | 9,3 | 8,1 | 10,3 | 20,6 |
| 23. Koblenz | 25 | 52 | 35 | 67,3 | - | 67.911 | 55,4 | 6.727 | 9,9 | 9,1 | 10,5 | 21,2 |
| 24. Köln-Mitte | 6 | 14 | 10 | 71,4 | - | 28.082 | 56,3 | 1.834 | 6,5 | 5,2 | 7,5 | 19,5 |
| 25. Köln-Nord | 15 | 34 | 16 | 47,1 | - | 35.458 | 54,5 | 2.703 | 7,6 | 6,3 | 8,7 | 16,6 |
| 26. Köln-Rechtsrheinisch | 23 | 46 | 25 | 54,3 | - | 51.372 | 56,5 | 4.924 | 9,6 | 8,7 | 10,2 | 17,7 |
| 27. Köln-Süd | 18 | 24 | 18 | 75,0 | - | 46.395 | 56,6 | 4.337 | 9,3 | 8,2 | 10,2 | 23,7 |
| 28. Krefeld-Viersen | 23 | 37 | 26 | 70,3 | 2 | 72.982 | 56,5 | 6.070 | 8,3 | 7,9 | 8,6 | 15,2 |
| 29. Lennep | 20 | 26 | 14 | 53,8 | - | 51.144 | 57,8 | 5.648 | 11,0 | 11,2 | 10,9 | 17,3 |
| 30. Leverkusen | 13 | 25 | 14 | 56,0 | - | 42.254 | 57,4 | 4.437 | 10,5 | 9,9 | 10,9 | 15,1 |
| 31. Moers | 28 | 36 | 34 | 94,4 | 1 | 99.100 | 57,1 | 10.538 | 10,6 | 9,6 | 11,4 | 11,1 |
| 32. An Nahe und Glan | 32 | 69 | 20 | 29,0 | - | 25.589 | 54,9 | 4.204 | 16,4 | 15,9 | 16,8 | 15,9 |
| 33. Niederberg | 11 | 24 | 12 | 50,0 | - | 30.679 | 56,4 | 3.628 | 11,8 | 10,9 | 12,6 | 15,8 |
| 34. Oberhausen | 12 | 18 | 12 | 66,7 | - | 42.857 | 56,5 | 3.676 | 8,6 | 7,6 | 9,3 | 14,8 |
| 35. Ottweiler | 17 | 31 | 19 | 61,3 | - | 32.249 | 54,4 | 3.542 | 11,0 | 9,6 | 12,1 | 20,1 |
| 36. An der Ruhr | 13 | 16 | 11 | 68,8 | - | 42.038 | 58,8 | 5.541 | 13,2 | 12,8 | 13,4 | 17,9 |
| 37. Saarbrücken | 13 | 18 | 7 | 38,9 | - | 17.005 | 56,0 | 1.852 | 10,9 | 9,8 | 11,8 | 22,5 |
| 38. St. Wendel | 20 | 33 | 10 | 30,3 | - | 10.366 | 54,0 | 1.575 | 15,2 | 13,5 | 16,6 | 11,1 |
| 39. An Sieg und Rhein | 33 | 50 | 39 | 78,0 | - | 95.724 | 55,2 | 10.597 | 11,1 | 9,8 | 12,1 | 16,9 |
| 40. Simmern-Trarbach | 47 | 82 | 8 | 9,8 | - | 4.178 | 52,4 | 1.023 | 24,5 | 22,8 | 26,0 | 14,5 |
| 41. Solingen | 10 | 15 | 12 | 80,0 | - | 41.005 | 59,2 | 3.900 | 9,5 | 8,7 | 10,0 | 16,8 |
| 43. Trier | 24 | 49 | 31 | 63,3 | - | 35.224 | 54,0 | 3.659 | 10,4 | 9,6 | 11,0 | 19,1 |
| 44. Völklingen | 22 | 25 | 19 | 76,0 | - | 35.754 | 54,4 | 3.722 | 10,4 | 10,1 | 10,7 | 22,6 |
| 45. Wesel | 13 | 21 | 20 | 95,2 | 1 | 35.259 | 54,5 | 5.674 | 16,1 | 15,0 | 17,0 | 18,3 |
| 46. Wetzlar | 25 | 28 | 13 | 46,4 | - | 18.541 | 55,7 | 2.605 | 14,0 | 13,3 | 14,7 | 9,2 |
| 47. Wied | 18 | 37 | 20 | 54,1 | - | 32.424 | 54,4 | 4.644 | 14,3 | 13,5 | 15,0 | 15,5 |
| Insgesamt 2004 | 794 | 1.384 | 763 | 55,1 | 13 | 1.765.475 | 56,2 | 183.298 | 10,4 | 9,5 | 11,0 | 16,7 |
| - Großstädte | 267 | 445 | 282 | 63,4 | 4 | 816.114 | 57,6 | 72.785 | 8,9 | 8,2 | 9,5 | 16,6 |
| - Ballungsrandgebiete | 111 | 210 | 147 | 70,0 | 3 | 380.853 | 55,9 | 39.556 | 10,4 | 9,5 | 11,1 | 16,3 |
| - Kleinstädte | 133 | 240 | 143 | 59,6 | 1 | 316.285 | 54,8 | 31.937 | 10,1 | 9,2 | 10,8 | 18,7 |
| - Ländliche Gebiete | 279 | 485 | 190 | 39,2 | 4 | 251.887 | 54,2 | 38.908 | 15,4 | 14,2 | 16,5 | 15,6 |
| - Anstaltskirchengem. | 4 | 4 | 1 | 25,0 | 1 | 336 | 51,2 | 112 | 33,3 | 25,6 | 40,7 | 31,3 |
| Insgesamt 2000 | 805 | 1.451 | 915 | 63,1 | 13 | 2.013.213 | 56,2 | 207.987 | 10,3 | 9,4 | 11,1 | 16,1 |
| Insgesamt 1996 | 814 | . | . | . | 14 | 2.188.144 | 56,3 | 239.853 | 11,0 | 9,7 | 11,9 | 14,8 |
| Insgesamt 1992 | 818 | . | . | . | 15 | 2.425.739 | 55,7 | 274.184 | 11,3 | 10,4 | 12,0 | 13,8 |
| Insgesamt 1988 | 813 | 1.557 | 1.232 | 79,1 | 18 | 2.470.160 | . | 297.490 | 12,0 | . | . | 14,3 |

*) ohne Kirchengemeinden, die Bevollmächtigtenausschüsse bildeten. **) zur Wahl der Presbyter/-innen gem. Vorschlagsliste 1 (Gemeindeglieder)

| Wahlvorschläge | | | | | | | | | | | | | | | Kkr. |
|---|------------------|-------------------|------------------|---------------------------------------|--------|-------------------|---------------|---|------------------|-------------------|---------------------------------------|--------|-------------------|------|------|
| in Vorschlagsliste 1 (Gemeindeglieder) | | | | davon wurden gewählt | | | | in Vorschlagsliste 2 (Mitarbeitende) | | | davon wurden gewählt | | | | |
| insg. | Frauen | bisher. Mitgl. | neue Kand. | insg. | Frauen | bisher. Mitgl. | neue Kand. | insg. | Frauen | bisher. Mitgl. | insg. | Frauen | bisher. Mitgl. | | |
| Anzahl | in % v. Sp.13 | in % v. Sp.13 | in % v. Sp.13 | in % der jeweiligen Wahlvorschläge | | | | Anzahl | in % v. Sp.21 | in % v. Sp.21 | in % der jeweiligen Wahlvorschläge | | | | |
| 13 | 14 | 15 | 16 | 17 | 18 | 19 | 20 | 21 | 22 | 23 | 23 | 24 | 25 | | |
| 158 | 48,1 | 36,1 | 63,9 | 69,6 | 71,1 | 87,7 | 59,4 | 24 | 58,3 | 54,2 | 95,8 | 85,7 | 100,0 | 1. | |
| 197 | 45,7 | 41,1 | 58,9 | 76,6 | 73,3 | 92,6 | 65,5 | 44 | 68,2 | 65,9 | 90,9 | 93,3 | 96,6 | 2. | |
| 120 | 47,5 | 48,3 | 51,7 | 79,2 | 71,9 | 93,1 | 66,1 | 23 | 65,2 | 56,5 | 91,3 | 93,3 | 100,0 | 3. | |
| 81 | 53,1 | 61,7 | 38,3 | 85,2 | 83,7 | 92,0 | 74,2 | 17 | 58,8 | 76,5 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 4. | |
| 122 | 54,1 | 59,0 | 41,0 | 89,3 | 84,8 | 93,1 | 84,0 | 20 | 60,0 | 70,0 | 80,0 | 75,0 | 92,9 | 5. | |
| 98 | 55,1 | 29,6 | 70,4 | 69,4 | 63,0 | 89,7 | 60,9 | 18 | 66,7 | 72,2 | 88,9 | 91,7 | 92,3 | 6. | |
| 159 | 55,3 | 45,3 | 54,7 | 81,1 | 83,0 | 88,9 | 74,7 | 27 | 70,4 | 77,8 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 7. | |
| 111 | 48,6 | 44,1 | 55,9 | 68,5 | 61,1 | 95,9 | 46,8 | 21 | 66,7 | 76,2 | 85,7 | 85,7 | 100,0 | 8. | |
| 118 | 41,5 | 38,1 | 61,9 | 76,3 | 77,6 | 93,3 | 65,8 | 16 | 62,5 | 62,5 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 9. | |
| 78 | 56,4 | 42,3 | 57,7 | 70,5 | 68,2 | 87,9 | 57,8 | 22 | 59,1 | 59,1 | 90,9 | 84,6 | 100,0 | 10. | |
| 67 | 44,8 | 46,3 | 53,7 | 80,6 | 83,3 | 96,8 | 66,7 | 11 | 81,8 | 90,9 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 11. | |
| 61 | 55,7 | 45,9 | 54,1 | 75,4 | 73,5 | 85,7 | 66,7 | 22 | 59,1 | 59,1 | 81,8 | 84,6 | 100,0 | 12. | |
| 152 | 58,6 | 58,6 | 41,4 | 80,3 | 78,7 | 89,9 | 66,7 | 37 | 73,0 | 59,5 | 89,2 | 88,9 | 86,4 | 13. | |
| 93 | 46,2 | 61,3 | 38,7 | 88,2 | 88,4 | 93,0 | 80,6 | 10 | 80,0 | 80,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 15. | |
| 61 | 52,5 | 59,0 | 41,0 | 93,4 | 93,8 | 100,0 | 84,0 | 21 | 42,9 | 71,4 | 85,7 | 77,8 | 93,3 | 16. | |
| 88 | 47,7 | 45,5 | 54,5 | 81,8 | 83,3 | 95,0 | 70,8 | 29 | 75,9 | 79,3 | 96,6 | 95,5 | 100,0 | 17. | |
| 89 | 49,4 | 46,1 | 53,9 | 77,5 | 75,0 | 85,4 | 70,8 | 20 | 75,0 | 70,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 18. | |
| 245 | 52,2 | 39,6 | 60,4 | 75,5 | 72,7 | 94,8 | 62,8 | 35 | 74,3 | 60,0 | 85,7 | 84,6 | 90,5 | 19. | |
| 113 | 46,0 | 37,2 | 62,8 | 66,4 | 69,2 | 78,6 | 59,2 | 17 | 76,5 | 58,8 | 82,4 | 84,6 | 90,0 | 20. | |
| 147 | 58,5 | 42,9 | 57,1 | 75,5 | 76,7 | 96,8 | 59,5 | 27 | 77,8 | 44,4 | 81,5 | 81,0 | 100,0 | 21. | |
| 123 | 44,7 | 44,7 | 55,3 | 72,4 | 70,9 | 87,3 | 60,3 | 18 | 77,8 | 61,1 | 88,9 | 85,7 | 81,8 | 22. | |
| 199 | 54,3 | 34,7 | 65,3 | 70,4 | 67,6 | 88,4 | 60,8 | 28 | 78,6 | 60,7 | 92,9 | 95,5 | 88,2 | 23. | |
| 70 | 61,4 | 52,9 | 47,1 | 81,4 | 76,7 | 83,8 | 78,8 | 13 | 76,9 | 84,6 | 92,3 | 90,0 | 90,9 | 24. | |
| 138 | 58,0 | 44,2 | 55,8 | 83,3 | 83,8 | 95,1 | 74,0 | 22 | 72,7 | 72,7 | 95,5 | 93,8 | 100,0 | 25. | |
| 189 | 48,1 | 40,7 | 59,3 | 81,5 | 76,9 | 92,2 | 74,1 | 31 | 74,2 | 80,6 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 26. | |
| 114 | 45,6 | 50,0 | 50,0 | 74,6 | 71,2 | 94,7 | 54,4 | 13 | 61,5 | 53,8 | 84,6 | 75,0 | 100,0 | 27. | |
| 181 | 51,9 | 43,1 | 56,9 | 76,8 | 77,7 | 89,7 | 67,0 | 47 | 66,0 | 63,8 | 87,2 | 90,3 | 96,7 | 28. | |
| 143 | 53,8 | 49,0 | 51,0 | 83,2 | 80,5 | 94,3 | 72,6 | 37 | 62,2 | 54,1 | 78,4 | 73,9 | 95,0 | 29. | |
| 109 | 46,8 | 47,7 | 52,3 | 81,7 | 84,3 | 94,2 | 70,2 | 23 | 73,9 | 73,9 | 87,0 | 82,4 | 94,1 | 30. | |
| 223 | 49,3 | 40,8 | 59,2 | 70,4 | 67,3 | 91,2 | 56,1 | 43 | 72,1 | 74,4 | 88,4 | 87,1 | 93,8 | 31. | |
| 213 | 52,6 | 45,5 | 54,5 | 82,6 | 79,5 | 95,9 | 71,6 | 34 | 73,5 | 67,6 | 94,1 | 92,0 | 95,7 | 32. | |
| 89 | 40,4 | 52,8 | 47,2 | 76,4 | 75,0 | 87,2 | 64,3 | 25 | 72,0 | 52,0 | 72,0 | 61,1 | 76,9 | 33. | |
| 105 | 56,2 | 37,1 | 62,9 | 71,4 | 74,6 | 87,2 | 62,1 | 20 | 55,0 | 80,0 | 95,0 | 100,0 | 100,0 | 34. | |
| 109 | 53,2 | 41,3 | 58,7 | 74,3 | 74,1 | 86,7 | 65,6 | 22 | 81,8 | 59,1 | 95,5 | 94,4 | 100,0 | 35. | |
| 117 | 41,9 | 46,2 | 53,8 | 70,9 | 75,5 | 87,0 | 57,1 | 18 | 55,6 | 66,7 | 88,9 | 90,0 | 91,7 | 36. | |
| 72 | 50,0 | 47,2 | 52,8 | 87,5 | 88,9 | 97,1 | 78,9 | 20 | 50,0 | 60,0 | 95,0 | 90,0 | 91,7 | 37. | |
| 94 | 56,4 | 61,7 | 38,3 | 87,2 | 84,9 | 96,6 | 72,2 | 18 | 83,3 | 94,4 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 38. | |
| 242 | 52,1 | 36,8 | 63,2 | 72,3 | 67,5 | 97,8 | 57,5 | 49 | 71,4 | 61,2 | 89,8 | 88,6 | 93,3 | 39. | |
| 179 | 54,2 | 50,8 | 49,2 | 93,3 | 87,6 | 100,0 | 86,4 | 9 | 88,9 | 88,9 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 40. | |
| 95 | 56,8 | 47,4 | 52,6 | 73,7 | 64,8 | 93,3 | 56,0 | 18 | 55,6 | 77,8 | 88,9 | 90,0 | 92,9 | 41. | |
| 167 | 54,5 | 28,1 | 71,9 | 71,9 | 75,8 | 91,5 | 64,2 | 16 | 62,5 | 50,0 | 81,3 | 80,0 | 87,5 | 43. | |
| 145 | 56,6 | 43,4 | 56,6 | 68,3 | 61,0 | 88,9 | 52,4 | 26 | 76,9 | 69,2 | 88,5 | 90,0 | 100,0 | 44. | |
| 114 | 55,3 | 26,3 | 73,7 | 70,2 | 68,3 | 83,3 | 65,5 | 21 | 71,4 | 76,2 | 90,5 | 86,7 | 93,8 | 45. | |
| 124 | 49,2 | 48,4 | 51,6 | 81,5 | 83,6 | 96,7 | 67,2 | 19 | 78,9 | 63,2 | 89,5 | 86,7 | 100,0 | 46. | |
| 133 | 60,2 | 37,6 | 62,4 | 73,7 | 76,3 | 92,0 | 62,7 | 19 | 68,4 | 68,4 | 84,2 | 100,0 | 100,0 | 47. | |
| 5.845 | 51,7 | 43,9 | 56,1 | 77,1 | 75,5 | 92,1 | 65,4 | 1.070 | 69,2 | 66,7 | 90,0 | 89,3 | 95,7 | 2004 | |
| 2.297 | 52,2 | 46,4 | 53,6 | 77,6 | 76,0 | 90,8 | 66,2 | 472 | 66,7 | 70,8 | 91,1 | 90,5 | 95,2 | Gr | |
| 952 | 49,3 | 40,7 | 59,3 | 72,3 | 69,3 | 92,0 | 58,8 | 198 | 70,2 | 61,6 | 86,9 | 83,5 | 95,1 | B | |
| 995 | 50,6 | 41,3 | 58,7 | 75,0 | 74,6 | 91,5 | 63,4 | 172 | 68,6 | 59,3 | 88,4 | 88,1 | 94,1 | K | |
| 1.577 | 52,9 | 43,6 | 56,4 | 80,5 | 78,6 | 94,5 | 69,7 | 227 | 74,0 | 68,3 | 91,6 | 92,9 | 98,1 | L | |
| 24 | 50,0 | 66,7 | 33,3 | 91,7 | 91,7 | 100,0 | 75,0 | 1 | - | 100,0 | 100,0 | - | 100,0 | A | |
| 6.225 | 51,8 | 41,2 | 58,8 | 74,0 | 72,1 | 90,9 | 62,1 | 1.192 | 65,2 | 56,9 | 84,9 | 84,0 | . | 2000 | |
| 6.616 | 48,7 | 40,6 | 59,4 | 70,6 | 69,7 | 87,8 | 58,9 | *) | | | | | | 1996 | |
| 6.911 | 47,6 | 37,7 | 62,3 | 66,6 | 64,2 | 86,6 | 54,4 | *) | | | | | | 1992 | |
| 7.133 | 42,4 | 37,8 | 62,2 | 66,1 | 62,9 | 87,6 | 53,0 | 1.353 | 61,1 | 52,1 | 78,3 | 77,4 | 91,8 | 1988 | |

*) keine Erfassung der Wahlvorschläge und der Stellen für Mitarbeitende.

| Kirchenkreis | Gewählte Mitglieder in den Presbyterien - Gesamtzahl - | | | Presbyter und Presbyterinnen | | | | Gewählte Mitarb. | | Gewählte Mitglieder in den Presbyterien - Altersgruppen - | | | |
|----------------------------|--|--------------|------------------|------------------------------|-------------|------------------------------|------------------|---------------------|-------------|---|------------------|------------------|------------------|
| | insg. | Frauen | | insg. | Frauen | erstmalig gewählte Presb. | | insg. | Frauen | bis 29 Jahre | 30 - 44 Jahre | 45 - 59 Jahre | 60 - 74 Jahre |
| | | Anzahl | in % v. Sp.26 | | | Anzahl | in % v. Sp.29 | | | | | | |
| | 26 | 27 | 28 | 29 | 30 | 31 | 32 | 33 | 34 | jeweils in % von Spalte 26 | | | |
| | | | | | | | | | | 35 | 36 | 37 | 38 |
| 1. Aachen | 228 | 119 | 52,2 | 205 | 52,2 | 60 | 51,7 | 23 | 52,2 | 3,1 | 30,7 | 42,5 | 23,7 |
| 2. An der Agger | 337 | 157 | 46,6 | 297 | 43,4 | 76 | 48,7 | 40 | 70,0 | 3,9 | 30,3 | 43,9 | 22,0 |
| 3. Altenkirchen | 197 | 101 | 51,3 | 176 | 49,4 | 41 | 36,6 | 21 | 66,7 | 3,6 | 31,5 | 34,0 | 31,0 |
| 4. Barmen | 152 | 80 | 52,6 | 135 | 51,9 | 23 | 60,9 | 17 | 58,8 | 3,3 | 28,9 | 39,5 | 28,3 |
| 5. Birkenfeld | 227 | 118 | 52,0 | 211 | 51,7 | 42 | 52,4 | 16 | 56,3 | 2,2 | 28,2 | 43,6 | 26,0 |
| 6. Bonn | 152 | 80 | 52,6 | 136 | 50,7 | 42 | 52,4 | 16 | 68,8 | 1,3 | 26,3 | 49,3 | 23,0 |
| 7. Braunsfeld | 270 | 151 | 55,9 | 243 | 54,3 | 65 | 66,2 | 27 | 70,4 | 3,0 | 27,8 | 41,5 | 27,8 |
| 8. Dinslaken | 166 | 85 | 51,2 | 148 | 49,3 | 29 | 44,8 | 18 | 66,7 | 4,2 | 25,9 | 46,4 | 23,5 |
| 9. Düsseldorf-Mettmann | 178 | 83 | 46,6 | 162 | 45,1 | 48 | 41,7 | 16 | 62,5 | 3,4 | 24,2 | 29,8 | 42,7 |
| 10. Düsseldorf-Nord | 131 | 68 | 51,9 | 111 | 51,4 | 26 | 57,7 | 20 | 55,0 | 6,1 | 30,5 | 38,2 | 25,2 |
| 11. Düsseldorf-Ost | 114 | 59 | 51,8 | 103 | 48,5 | 24 | 54,2 | 11 | 81,8 | 1,8 | 28,1 | 47,4 | 22,8 |
| 12. Düsseldorf-Süd | 106 | 62 | 58,5 | 88 | 58,0 | 22 | 59,1 | 18 | 61,1 | 4,7 | 39,6 | 37,7 | 17,9 |
| 13. Duisburg | 224 | 129 | 57,6 | 191 | 55,0 | 42 | 64,3 | 33 | 72,7 | 3,1 | 33,5 | 37,1 | 26,3 |
| 15. Elberfeld | 172 | 74 | 43,0 | 162 | 40,7 | 29 | 41,4 | 10 | 80,0 | 2,3 | 25,6 | 38,4 | 33,7 |
| 16. Essen-Mitte | 132 | 65 | 49,2 | 114 | 50,9 | 21 | 57,1 | 18 | 38,9 | 3,8 | 25,0 | 39,4 | 31,8 |
| 17. Essen-Nord | 175 | 94 | 53,7 | 147 | 49,7 | 34 | 50,0 | 28 | 75,0 | 4,0 | 35,4 | 34,9 | 25,7 |
| 18. Essen-Süd | 155 | 79 | 51,0 | 135 | 47,4 | 34 | 47,1 | 20 | 75,0 | 4,5 | 27,1 | 40,0 | 28,4 |
| 19. Gladbach-Neuss | 351 | 186 | 53,0 | 321 | 51,1 | 93 | 46,2 | 30 | 73,3 | 3,1 | 28,2 | 43,6 | 25,1 |
| 20. Bad Godesberg-Voreifel | 141 | 75 | 53,2 | 127 | 50,4 | 42 | 57,1 | 14 | 78,6 | 2,1 | 25,5 | 42,6 | 29,8 |
| 21. Jülich | 243 | 148 | 60,9 | 221 | 59,3 | 50 | 66,0 | 22 | 77,3 | 2,5 | 29,2 | 42,4 | 25,9 |
| 22. Kleve | 174 | 88 | 50,6 | 158 | 48,1 | 41 | 43,9 | 16 | 75,0 | 1,7 | 24,7 | 50,6 | 23,0 |
| 23. Koblenz | 300 | 174 | 58,0 | 274 | 55,8 | 79 | 55,7 | 26 | 80,8 | 3,0 | 28,0 | 38,7 | 30,3 |
| 24. Köln-Mitte | 115 | 63 | 54,8 | 103 | 52,4 | 26 | 61,5 | 12 | 75,0 | 7,0 | 23,5 | 47,8 | 21,7 |
| 25. Köln-Nord | 223 | 127 | 57,0 | 202 | 55,4 | 57 | 59,6 | 21 | 71,4 | 2,7 | 28,7 | 45,3 | 23,3 |
| 26. Köln-Rechtsrheinisch | 311 | 155 | 49,8 | 280 | 47,1 | 83 | 47,0 | 31 | 74,2 | 5,1 | 29,6 | 36,3 | 28,9 |
| 27. Köln-Süd | 171 | 83 | 48,5 | 160 | 48,1 | 31 | 48,4 | 11 | 54,5 | 2,3 | 26,3 | 42,1 | 29,2 |
| 28. Krefeld-Viersen | 300 | 169 | 56,3 | 259 | 54,4 | 69 | 53,6 | 41 | 68,3 | 2,7 | 37,3 | 34,7 | 25,3 |
| 29. Lennep | 255 | 135 | 52,9 | 226 | 52,2 | 53 | 54,7 | 29 | 58,6 | 2,7 | 31,0 | 43,5 | 22,7 |
| 30. Leverkusen | 186 | 86 | 46,2 | 166 | 43,4 | 40 | 50,0 | 20 | 70,0 | 3,8 | 28,0 | 41,4 | 26,9 |
| 31. Moers | 327 | 162 | 49,5 | 289 | 46,7 | 74 | 48,6 | 38 | 71,1 | 4,3 | 28,4 | 44,3 | 22,9 |
| 32. An Nahe und Glan | 361 | 193 | 53,5 | 329 | 51,7 | 83 | 56,6 | 32 | 71,9 | 2,5 | 29,1 | 44,0 | 24,4 |
| 33. Niederberg | 153 | 64 | 41,8 | 135 | 39,3 | 27 | 48,1 | 18 | 61,1 | 3,9 | 27,5 | 37,9 | 30,7 |
| 34. Oberhausen | 164 | 89 | 54,3 | 145 | 53,8 | 41 | 63,4 | 19 | 57,9 | 4,9 | 34,8 | 34,1 | 26,2 |
| 35. Ottweiler | 182 | 99 | 54,4 | 161 | 50,9 | 42 | 54,8 | 21 | 81,0 | 5,5 | 28,6 | 41,8 | 24,2 |
| 36. An der Ruhr | 179 | 87 | 48,6 | 163 | 47,9 | 36 | 50,0 | 16 | 56,3 | 5,0 | 29,6 | 46,9 | 18,4 |
| 37. Saarbrücken | 134 | 67 | 50,0 | 115 | 50,4 | 30 | 43,3 | 19 | 47,4 | 2,2 | 20,9 | 45,5 | 31,3 |
| 38. St. Wendel | 178 | 101 | 56,7 | 160 | 53,8 | 26 | 65,4 | 18 | 83,3 | 1,7 | 18,0 | 48,9 | 31,5 |
| 39. An Sieg und Rhein | 374 | 193 | 51,6 | 330 | 49,1 | 88 | 47,7 | 44 | 70,5 | 3,5 | 30,5 | 42,0 | 24,1 |
| 40. Simmern-Trarbach | 311 | 167 | 53,7 | 302 | 52,6 | 76 | 50,0 | 9 | 88,9 | 1,6 | 24,1 | 47,9 | 26,4 |
| 41. Solingen | 144 | 74 | 51,4 | 128 | 50,8 | 28 | 67,9 | 16 | 56,3 | 4,2 | 33,3 | 41,0 | 21,5 |
| 43. Trier | 204 | 113 | 55,4 | 191 | 55,0 | 77 | 61,0 | 13 | 61,5 | 3,4 | 24,0 | 41,2 | 31,4 |
| 44. Völklingen | 212 | 120 | 56,6 | 189 | 54,0 | 43 | 46,5 | 23 | 78,3 | 2,8 | 27,8 | 36,8 | 32,5 |
| 45. Wesel | 170 | 87 | 51,2 | 151 | 49,0 | 55 | 60,0 | 19 | 68,4 | 4,1 | 31,2 | 42,4 | 22,4 |
| 46. Wetzlar | 208 | 110 | 52,9 | 191 | 50,8 | 43 | 55,8 | 17 | 76,5 | 5,3 | 22,6 | 39,9 | 32,2 |
| 47. Wied | 190 | 121 | 63,7 | 174 | 62,1 | 52 | 65,4 | 16 | 81,3 | 2,1 | 30,5 | 42,6 | 24,7 |
| Insgesamt 2004 | 9.377 | 4.940 | 52,7 | 8.414 | 50,9 | 2.143 | 53,4 | 963 | 68,6 | 3,3 | 28,6 | 41,6 | 26,5 |
| - Großstädte | 3.766 | 1.975 | 52,4 | 3.336 | 50,7 | 815 | 53,5 | 430 | 66,3 | 3,9 | 30,1 | 39,8 | 26,2 |
| - Ballungsrandgebiete | 1.478 | 760 | 51,4 | 1.306 | 49,3 | 332 | 47,6 | 172 | 67,4 | 2,9 | 28,4 | 41,2 | 27,5 |
| - Kleinstädte | 1.540 | 830 | 53,9 | 1.388 | 52,3 | 370 | 51,9 | 152 | 68,4 | 3,3 | 29,0 | 41,6 | 26,1 |
| - Ländliche Gebiete | 2.553 | 1.357 | 53,2 | 2.345 | 51,2 | 620 | 57,1 | 208 | 75,0 | 2,8 | 26,5 | 44,2 | 26,4 |
| - Anstaltskirchengem. | 40 | 18 | 45,0 | 39 | 46,2 | 6 | 66,7 | 1 | - | - | 12,5 | 52,5 | 35,0 |
| Insgesamt 2000 | 9.786 | 4.987 | 51,0 | 8.774 | 49,4 | 2.274 | 55,7 | 1.012 | 64,5 | 4,3 | 29,5 | 41,7 | 24,5 |
| Insgesamt 1996 | 9.976 | 4.870 | 48,8 | 8.948 | 47,3 | 2.315 | 53,6 | 1.028 | 62,2 | 5,0 | 28,1 | 46,1 | 20,8 |
| Insgesamt 1992 | 10.113 | 4.654 | 46,0 | 9.055 | 43,7 | 2.343 | 52,1 | 1.058 | 65,5 | 5,4 | 27,0 | 47,3 | 20,3 |
| Insgesamt 1988 | 10.115 | 4.178 | 41,3 | 9.055 | 39,1 | 2.353 | 46,8 | 1.060 | 60,4 | 4,8 | 25,7 | 50,4 | 19,1 |

Monats erstattet, der auf den Beginn der Erkrankung oder sonstigen Verhinderung folgt. Bei Stellung einer Vertretung tritt keine Unterbrechung oder Kürzung der Erstattung ein.

Artikel 11

Die gemäß Art. 7 bis 9 zu erstattenden Kosten und Pauschalsummen werden auf Nachweisung vom Land der Evangelischen Kirche im Rheinland und der Evangelischen Kirche der Pfalz (Protestantische Landeskirche) vierteljährlich nachträglich überwiesen.

Artikel 12

Die Vertragsschließenden werden eine etwa in Zukunft auftretende Meinungsverschiedenheit über die Auslegung einer Bestimmung dieser Vereinbarung auf freundschaftliche Weise beseitigen.

Artikel 13

- (1) Diese Vereinbarung tritt am 1. August 2004 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Vereinbarung vom 22. Juli 1977 außer Kraft.
- (3) Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann von jedem Vertragspartner mit dreijähriger Frist zum Ende eines Kalenderjahres gekündigt werden.

Saarbrücken, den 3. September 2004

Namens des Ministerpräsidenten
Die Ministerin der Justiz
gez. Unterschrift

Düsseldorf, den 20. September 2004

Evangelische Kirche im Rheinland
Die Kirchenleitung
gez. Unterschriften

Speyer, den 10. September 2004

Evangelische Kirche der Pfalz
(Protestantische Landeskirche)
Der Landeskirchenrat
gez. Unterschriften

Siegel

Urkunde über die Herstellung der pfarramtlichen Verbindung zwischen den Evangelischen Kirchengemeinden Neuerkirch-Biebern und Altkülz

Nach Anhören der Beteiligten wird aufgrund von Artikel 10 Absatz 1 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland in Verbindung mit § 8 Ziffer 1 Buchstabe c) der Dienstordnung für das Landeskirchenamt folgendes festgesetzt:

Artikel 1

Die Evangelischen Kirchengemeinden Neuerkirch-Biebern und Altkülz, Kirchenkreis Simmern-Trarbach, werden pfarramtlich verbunden.

Artikel 2

Diese Urkunde tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.

Düsseldorf, den 8. März 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Das Landeskirchenamt

Siegel

Urkunde über die Namensänderung der Evangelischen Kirchengemeinde Thalfang

Nach Anhörung der Beteiligten wird auf Grund von Artikel 11 Absatz 1 der Kirchenordnung der Evangelischen Kirche im Rheinland in Verbindung mit § 8 Buchstabe b) der Dienstordnung für das Landeskirchenamt folgendes festgesetzt:

Artikel 1

Die Evangelische Kirchengemeinde Thalfang, Kirchenkreis Trier, wird in Evangelische Kirchengemeinde Thalfang-Morbach umbenannt.

Artikel 2

Diese Urkunde tritt am 1. Mai 2005 in Kraft.

Düsseldorf, den 2. März 2005

Evangelische Kirche im Rheinland
Das Landeskirchenamt

Siegel

10. Änderung der Satzung der Gemeinsamen Versorgungskasse

vom 7.12.2004/16.12.2004/7.12.2004

§ 1

10. Änderung der Satzung

Die Satzung der Gemeinsamen Versorgungskasse für Pfarrer und Kirchenbeamte der Evangelischen Kirche im Rheinland, der Evangelischen Kirche von Westfalen und der Lippischen Landeskirche in der Fassung der neunten Änderung vom 9. Dezember 2003/19. Februar/30. April 2004 (KABI. R 2004 S. 430/KABI. W. 2004 S. 247/Ges.- u. VoBl. L. 2004 S. 315), wird wie folgt geändert:

1. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 1 Satz 1 erhält folgende Fassung:
„Der Verwaltungsrat bestimmt die Anzahl des ausschließlich aus hauptamtlichen Mitgliedern bestehenden Vorstandes.“
 - b) In Absatz 1 Satz 2 wird das Wort „jedoch“ gestrichen und die Worte „hauptamtlich tätigen Vorstandsmitgliedern“ durch das Wort „Mitgliedern“ ersetzt.
 - c) In Absatz 2 wird folgender Satz 2 eingefügt:
„Die Vorstandsmitglieder vertreten sich gegenseitig.“
 - d) Satz 2 wird Satz 3.
2. In § 4 Abs. 3 Satz 1 wird nach dem Wort „die“ das Wort „Vorsitzende“ eingefügt.

3. § 13 Abs. 1 erhält die folgende Fassung:
„Die Kasse zahlt die Beihilfe in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen, die von der zuständigen Landeskirche für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger aufgrund gesetzlicher Bestimmungen zu tragen oder zugesichert sind. Die Kosten der Beihilfe sind Bestandteil des Beitragssatzes nach § 18 Abs. 4. Sie werden auf Basis der Kosten des Vorjahres festgestellt und in Prozentpunkten im Jahresabschluss gesondert ausgewiesen. Die anteiligen Prozentpunkte werden auf die nächste durch fünf teilbare Nachkommastelle aufgerundet. Ändern sich die Kosten, so kann durch übereinstimmende Beschlüsse der Kirchenleitungen der Beitragssatz nach § 18 Abs. 4 für das Folgejahr entsprechend angepasst werden, unbeschadet der regelmäßigen Anhebung nach § 18 Abs. 4 Satz 2. „Die Höhe des neuen Beitragssatzes und der erstmalige Erhebungszeitpunkt werden in den Amtsblättern der Landeskirche veröffentlicht.“
4. § 18 Abs. 4 Satz 1 und 2 erhalten die folgende Fassung:
„Der Beitragssatz beträgt 49 % der Bemessungsgrundlage nach Absatz 1 bis 3. Ab Beginn des Jahres 2006 erhöht sich der Beitragssatz nach Satz 1 mit Wirkung vom 1. Januar eines jeden Jahres um einen Prozentpunkt.“
5. Die Übergangsvorschrift zu § 5 in der bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Fassung der Satzung wird aufgehoben.

§ 2 In-Kraft-Treten

Diese Satzungsänderung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft.

Düsseldorf, 14. Feb. 2005

Evangelische Kirche im Rheinland

Siegel Die Kirchenleitung

Bielefeld, den 25. Januar 2005

Evangelische Kirche von Westfalen

Siegel Die Kirchenleitung

Detmold, den 8. März 2005

Lippische Landeskirche

Siegel Lippischer Landeskirchenrat

Satzung zur Aufhebung der Satzung für das Gemeinsame Evangelische Verwaltungsamt in Elberfeld

Artikel 1

Satzung für das Gemeinsame Evangelische Verwaltungsamt in Elberfeld vom 5. November 1999/26. November 1999/18. November 1999 (KABI. S. 383) wird aufgehoben.

Artikel 2

Die Satzung zur Aufhebung der Satzung für das Gemeinsame Evangelische Verwaltungsamt in Elberfeld tritt zum 1. Januar 2005 in Kraft.

Wuppertal, den 17. Januar 2005

Kirchenkreis Elberfeld

Siegel gez. Unterschriften

Wuppertal, den 19. Januar 2005

Verband Evangelischer Kirchengemeinden
in Wuppertal-Elberfeld

Siegel gez. Unterschriften

Wuppertal, den 18. Januar 2005

Gesamtverband
Evangelischer Kirchengemeinden
des Kirchenkreises Elberfeld

Siegel gez. Unterschriften

Genehmigt

Düsseldorf, den 28. Februar 2005
Evangelische Kirche im Rheinland

Siegel Das Landeskirchenamt

Satzung für die „Stiftung Florinskirche“

Präambel

Das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Koblenz-Mitte hat durch Beschluss vom 15. November 2004 die Stiftung Florinskirche errichtet und ihr diese Satzung gegeben. Zweck der Stiftung ist die Erhaltung der evangelischen Florinskirche zu Koblenz und die Förderung der kirchlichen Arbeit in der Florinskirche.

Alle Personen, die die kirchliche und kulturelle Arbeit der Evangelischen Kirchengemeinde Koblenz-Mitte fördern wollen, sind herzlich eingeladen durch Zustiftungen, Einbringung von Stiftungsfonds, Vermächtnissen und Spenden dieses Werk zu unterstützen.

§ 1

Name, Rechtsform, Sitz der Stiftung

- (1) Die Stiftung trägt den Namen „Stiftung Florinskirche“.
- (2) Sie ist eine unselbständige kirchliche Stiftung mit Sitz in Koblenz.

§ 2

Gemeinnütziger, kirchlicher Zweck

- (1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Zweck der Stiftung Florinskirche ist die Erhaltung der Florinskirche zu Koblenz als evangelische Kirche sowie die materielle und ideelle Unterstützung der geistlichen und kulturellen Programmgestaltung in der Florinskirche in Trägerschaft der Evangelischen Kirchengemeinde Koblenz-Mitte.
- (3) Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht durch
 - Förderung der baulichen Erhaltung des Denkmals Florinskirche,
 - Förderung der kulturellen und geistlichen Programmangebote der Evangelischen Kirchengemeinde Koblenz-Mitte in der Florinskirche.
- (4) Die Stiftung ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (5) Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Stifter und ihre Erben haben keinen Rechtsanspruch auf Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung.

(6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Stiftungsvermögen

(1) Das Stiftungsvermögen beträgt 33.824,54 € aus dem Erbe Gereke (33.000,- €) und Zustiftungen von Gemeindegliedern (824,54 €). Es wird als Treuhandvermögen der Kirchengemeinde verwaltet.

(2) Das Stiftungsvermögen ist in seinem Wert ungeschmälert zu erhalten. Dem Stiftungsvermögen wachsen die Zuwendungen Dritter zu, die dazu bestimmt sind.

(3) Die Stiftung kann weitere unselbständige Stiftungen (Stiftungsfonds) tragen.

(4) Die Stiftung kann ihr Kapitalvermögen in der Form anlegen, dass sie es gegen Zahlung banküblicher Zinsen an die Kirchengemeinde ausleiht.

§ 4 Verwendung der Vermögenserträge und Zuwendungen

Die Erträge des Stiftungsvermögens und die dem Vermögen nicht zuwachsenden Zuwendungen sind zur Erfüllung des Stiftungszweckes zu verwenden.

§ 5 Rechtsstellung der Begünstigten

Den durch die Stiftung Begünstigten steht aufgrund dieser Satzung ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung nicht zu.

§ 6 Stiftungsrat

(1) Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat.

(2) Der Stiftungsrat besteht aus sechs Personen, die vom Presbyterium gewählt werden. Drei Mitglieder sollen dem Presbyterium angehören, darunter die oder der für die Florinskirche zuständige Pfarrerin oder Pfarrer. Ein Mitglied soll dem Vorstand des Florinsförderkreises angehören.

(3) Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden und deren bzw. dessen Stellvertretung.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Stiftungsrates beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich. Mit Vollendung des 75. Lebensjahres scheidet die Mitglieder aus. Mitglieder des Stiftungsrates können vom Presbyterium aus wichtigem Grund abberufen werden.

(5) Die Mitglieder des Stiftungsrates sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile zugewendet werden.

(6) Für die Einladung und Durchführung der Sitzungen gelten die Bestimmungen der Kirchenordnung für Presbyterien sinngemäß.

(7) Der Stiftungsrat tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

§ 7 Rechte und Pflichten des Stiftungsrates

Der Stiftungsrat hat im Rahmen dieser Satzung den Willen der Stifter so wirksam wie möglich zu erfüllen. Seine Aufgabe ist insbesondere

- a) die Verwaltung des Stiftungsvermögens einschließlich der Führung von Büchern und der Aufstellung des Jahresabschlusses, soweit dies nicht dem Evangelischen Gemeindeverband übertragen ist.
- b) Die Beschlussfassung über die Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens.
- c) Die Fertigung eines ausführlichen Jahresberichtes einschließlich des Nachweises der Mittelverwendung zur Vorlage an das Presbyterium und die Stifter.
- d) Die jährliche Einladung der Stifter zu einer Zusammenkunft.

§ 8 Rechtsstellung des Presbyteriums

(1) Unbeschadet des Rechts des Stiftungsrates wird die Gesamtleitung der Stiftung vom Presbyterium wahrgenommen.

(2) Dem Presbyterium bleiben folgende Rechte vorbehalten:

- a) Vertretung der Stiftung bei notariellen Erklärungen. Bevollmächtigungen sind möglich.
- b) Änderung der Satzung,
- c) Auflösung der Stiftung,
- d) Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit, die in ihrer Bedeutung über die laufende Verwaltung der Stiftung und ihres Vermögens hinausgehen. Hierzu gehören alle Zustiftungen mit Auflage sowie alle aufsichtlich zu genehmigenden oder anzuzeigenden Angelegenheiten (z. B. Grundstücksangelegenheiten und Erbschaften).

(3) Entscheidungen des Stiftungsrates kann das Presbyterium aufheben, wenn sie gegen diese Satzung, die Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsrechts oder andere Rechtsvorschriften verstoßen.

(4) Presbyterium und Stiftungsrat sollen sich um einvernehmliches Handeln bemühen.

§ 9 Kuratorium

Das Presbyterium kann ein Kuratorium berufen, das den Stiftungsrat berät. Dem Kuratorium gehören maximal 15 Personen des kirchlichen und öffentlichen Lebens an. Die Amtszeit beträgt vier Jahre. Wiederberufung ist möglich.

§ 10 Anpassung an veränderte Verhältnisse

Verändern sich die Verhältnisse derart, dass die Erfüllung des Stiftungszweckes vom Stiftungsrat nicht mehr für sinnvoll gehalten wird, so kann der Stiftungsrat mit einer Mehrheit von 3/4 der Mitglieder dem Presbyterium einen neuen Stiftungszweck vorschlagen. Über die entsprechende Satzungsänderung entscheidet das Presbyterium. Der neue Stiftungszweck hat gemeinnützig und evangelisch-kirchlich zu sein und muss der Kirchengemeinde zugute kommen.

§ 11 Auflösung

Der Stiftungsrat kann dem Presbyterium die Aufhebung der Stiftung mit einer Mehrheit von 3/4 seiner Mitglieder vorschlagen, wenn die Umstände es nicht mehr zulassen, den Stiftungszweck dauernd und nachhaltig zu erfüllen.

§ 12

Vermögensanfall bei Auflösung

Bei Auflösung oder Aufhebung der Stiftung fällt das Vermögen an die Evangelische Kirchengemeinde Koblenz-Mitte, die es unmittelbar und ausschließlich für Aufgaben der Kirchengemeinde zu verwenden hat.

§ 13

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt nach Erteilung der kirchenaufsichtlichen Genehmigung, die auch für Satzungsänderungen und die Auflösung der Stiftung erforderlich ist, mit der Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Koblenz, den 15. November 2004

Evangelische Kirchengemeinde
Koblenz-Mitte

Siegel gez. Unterschriften

Genehmigt

Düsseldorf, den 1. März 2005
Evangelische Kirche im Rheinland

Siegel Das Landeskirchenamt

**Satzung des Trägerverbundes der
Evangelischen Kirchenkreise Ottweiler,
Saarbrücken und Völklingen zum Zweck
der Leitung der gemeinsamen Einrichtungen
und Dienste**

Auf der Grundlage des § 1 Abs. 2 des Kirchengesetzes über die Zusammenarbeit von Kirchengemeinden und Kirchenkreisen in gemeinsamen Angelegenheiten und die Errichtung von Verbänden (Verbandsgesetz) vom 11. Januar 2002 (KABl. S. 91) erlassen die Evangelischen Kirchenkreise Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen folgende gemeinsame Satzung für die Leitung der gemeinsamen Einrichtungen der drei Kirchenkreise:

§ 1

Satzungszweck

(1) Die Kirchenkreise Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen bilden einen Trägerverbund zum Zweck der Leitung der gemeinsamen Einrichtungen und Dienste

- Arbeit der Frauenbeauftragten,
- Kirchensteuerverteilung,
- Kirchlicher Dienst in der Arbeitswelt,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Polizeiseelsorge,
- Rechnungsprüfung,
- Schulreferat,
- Strafgefangenenseelsorge,
- Telefonseelsorge

und – soweit sie nicht durch eigene Satzung geregelt sind – der Wahrnehmung von Leitungsaufgaben für

- das Diakonische Werk an der Saar,
- die Arbeit der Erwachsenenbildung,
- das Ev. Jugendwerk an der Saar,
- die Gehörlosenseelsorge,

- die Kirchenmusik,
- die Notfallseelsorge,
- die Arbeit des Bezirksbeauftragten für Religionsunterricht an Berufsbildenden Schulen,
- weitere Aufgaben, die im Gemeinsamen Haushalt veranschlagt sind
- sowie deren Vertretung in der Öffentlichkeit.

(2) Sie regeln die Kirchensteuerverteilung für die drei Kirchenkreise.

§ 2

Organe

Organe des Verbandes sind die Gemeinsame Versammlung und der Vorstand.

§ 3

Gemeinsame Versammlung

(1) Höchstes Leitungsgremium des Verbandes ist die Gemeinsame Versammlung.

(2) Die Gemeinsame Versammlung wird jeweils zusammen mit der Wahl zu den Kreissynodalvorständen der drei Kirchenkreise neu gebildet. Die Mitgliedschaft erlischt, wenn eine der Voraussetzungen der Entsendung entfällt.

(3) Der Gemeinsamen Versammlung gehören die jeweils stimmberechtigten Mitglieder des Kreissynodalvorstandes eines jeden Kirchenkreises an.

Die Gemeinsame Versammlung kann die Stellvertreterinnen und Stellvertreter ihrer Mitglieder zu ihren Sitzungen mit beratender Stimme hinzuziehen.

(4) Die oder der Vorsitzende der Gemeinsamen Versammlung und die oder der stellvertretende Vorsitzende werden aus dem Kreis der Gemeinsamen Versammlung gewählt. Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich.

(5) Die Gemeinsame Versammlung tagt mindestens einmal jährlich. Sie muss einberufen werden, wenn ein Kreissynodalvorstand, fünf Mitglieder des Vorstandes oder die Kirchenleitung dies beantragen.

(6) Für die Sitzungen gelten die Bestimmungen des Verfahrensgesetzes sinngemäß.

§ 4

Aufgaben der Gemeinsamen Versammlung

(1) Die Gemeinsame Versammlung entscheidet insbesondere über:

- a) die Wahl der oder des Vorsitzenden und der Stellvertretung,
- b) die Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Vorstandes und die Festlegung von dessen Vorsitz,
- c) die Aufteilung der gemeinsamen Einrichtungen, Dienste und Aufgaben in Arbeitsbereiche und deren Zuordnung zu den Kirchenkreisen nach § 6,
- d) die Einstellung und Kündigung der Mitarbeitenden ab Vergütungsgruppe V b (Eingangsvergütung),
- e) die Feststellung des Schlüssels zur Verteilung der in den drei Kirchenkreisen aufkommenden Kirchensteuer auf die Kirchenkreise,
- f) die Aufteilung der Umlagen für die gemeinsamen Einrichtungen, Dienste und Aufgaben auf die drei Kirchenkreise,
- g) die Feststellung der Haushaltspläne einschließlich der Stellenpläne,
- h) die Feststellung der Jahresrechnungen,
- i) die Organisation der Verwaltung,

- j) die Vorlagen an die Kreissynoden – insbesondere
 ja) zur Aufnahme oder Aufgabe von Arbeitsgebieten,
 jb) zur Errichtung und Aufhebung von Pfarrstellen der gemeinsamen Einrichtungen.

(2) Die Gemeinsame Versammlung ist zu hören vor der Wahl in Pfarrstellen der gemeinsamen Einrichtungen. Sie kann dem zuständigen Kreissynodalvorstand eine Empfehlung aussprechen.

§ 5

Vorstand

(1) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte.

Zu den laufenden Geschäften gehören alle Maßnahmen, die im Rahmen des Haushaltsplanes zur Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes erforderlich sind, insbesondere der Abschluss von Verträgen, soweit die Satzung nichts anderes bestimmt oder die Gemeinsame Versammlung nicht eine gesonderte Regelung getroffen hat.

(2) Der Vorstand ist verantwortlich für die Weiterentwicklung der von den Kirchenkreisen gemeinsam getragenen Arbeit.

(3) Dem Vorstand gehören an:

- a) die Superintendentinnen oder Superintendenten der drei Kirchenkreise,
 b) je ein theologisches Mitglied der drei Kreissynodalvorstände,
 c) je zwei Synodalälteste aus jedem Kreissynodalvorstand.

(4) Für jedes Mitglied ist eine Stellvertretung zu berufen. Diese kann auch aus dem Kreis der stellvertretenden Mitglieder der Kreissynodalvorstände gewählt werden.

(5) Die Amtsdauer beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich.

(6) Über die Sitzungen des Vorstandes sind Niederschriften anzufertigen und an die Mitglieder der Gemeinsamen Versammlung zu versenden.

§ 6

Zuordnung der Arbeitsbereiche zu den Kirchenkreisen

(1) Zur Wahrnehmung der Leitungsverantwortung werden die gemeinsamen Einrichtungen, Dienste und Aufgaben der Kirchenkreise Ottweiler, Saarbrücken und Völklingen in drei Arbeitsbereiche aufgeteilt.

(2) Jeder Arbeitsbereich wird einem Kirchenkreis zugeordnet.

(3) Die Dienstaufsicht über die Mitarbeitenden wird von der Superintendentin oder dem Superintendenten des Kirchenkreises wahrgenommen, dem der Bereich zugeordnet ist.

(4) Die Dienstaufsicht über die Pfarrerinnen und Pfarrer der gemeinsamen Einrichtungen lässt die bzw. der nach Art 121 KO zuständige Superintendentin oder Superintendent in der Regel durch die Superintendentin oder den Superintendenten des Kirchenkreises wahrnehmen, dem der Bereich zugeordnet ist.

(5) Die Anordnungsberechtigung liegt jeweils bei der Superintendentin oder dem Superintendenten, der oder dem die Einrichtung, der Dienst oder die Aufgabe zugeordnet ist.

§ 7

Finanzbeirat

(1) Zur Vorbereitung ihrer finanzrelevanten Entscheidungen beruft die Gemeinsame Versammlung einen Finanzbeirat. Zu seinen Aufgaben gehört:

- a) der Vorschlag der Verteilung der in den drei Kirchenkreisen aufkommenden Kirchensteuer auf die Kirchenkreise,
 b) der Vorschlag für die Aufteilung der Umlagen für die gemeinsamen Einrichtungen und Dienste auf die drei Kirchenkreise,
 c) die Erstellung der Entwürfe des Gemeinsamen Haushaltes,
 d) Vorschläge zur Deckung von außer- und überplanmäßigen Ausgaben,
 e) die Feststellung, welche Beträge jeweils den Einrichtungen und Diensten aus Überschüssen verbleiben,
 f) die Vorbereitung der Feststellung der Jahresrechnungen,
 g) der Vorschlag über die Verwendung von Überschüssen oder die Deckung von Defiziten,
 h) die Kenntnisnahme der Berichte über die vom Rechnungsprüfungsamt durchgeführten Kassenprüfungen, soweit nicht Beanstandungen in einer Sitzung der Gemeinsamen Versammlung beraten werden müssen.

(2) Dem Finanzbeirat gehören jeweils drei Mitglieder jedes Kreissynodalvorstandes an. Es können auch stellvertretende Mitglieder der Kreissynodalvorstände vorgeschlagen werden. Sie werden auf Vorschlag der Kreissynodalvorstände von der Gemeinsamen Versammlung gewählt.

(3) Der Finanzbeirat wählt seine Vorsitzende oder seinen Vorsitzenden und deren oder dessen Stellvertretung aus seiner Mitte.

§ 8

Vertretung im Rechtsverkehr

(1) Alle für den Rechtsverkehr bedeutsamen Urkunden sind von allen drei Kirchenkreisen gemeinschaftlich auszufertigen.

(2) Soweit Entscheidungen nach § 6 auf nur einen Kirchenkreis übertragen sind, sind Urkunden und Vollmachten von diesem Kirchenkreis allein auszufertigen.

§ 9

Anstellungsträgerschaft

Die Stellen der Mitarbeitenden werden gemeinsam getragen. Anstellungsträger der Mitarbeitenden ist jeweils der Kirchenkreis, dem die Einrichtung, der Dienst oder die Aufgabe zugeordnet ist.

§ 10

Finanzierung

(1) Die Kosten für die Arbeit der Gemeinsamen Versammlung und des Vorstandes werden im Gemeinsamen Haushalt veranschlagt.

(2) Die Gemeinden bringen die Kosten nach Maßgabe des Betrages auf, der den beteiligten Kirchenkreisen und ihren Gemeinden aus dem Kirchensteueraufkommen nach Abzug der Verwaltungskostenerstattung an das Finanzamt sowie der landeskirchlichen Umlagen und Abrechnung des übersynodalen Finanzausgleichs jeweils verbleibt.

§ 11

Zustandekommen, Änderung und Aufhebung der Satzung

Für Zustandekommen, Änderung und Aufhebung dieser Satzung gelten die Bestimmungen von § 17 des Verbandsgesetzes (KABl. 2002 S. 91).

§ 12
In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt nach der Genehmigung durch die Kirchenleitung mit der Veröffentlichung im Kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Siegel Evangelischer Kirchenkreis
Ottweiler
gez. Unterschriften

Siegel Evangelischer Kirchenkreis
Saarbrücken
gez. Unterschriften

Siegel Evangelischer Kirchenkreis
Völklingen
gez. Unterschriften

Siegel Genehmigt
Düsseldorf, den 21. Februar 2005
Evangelische Kirche im Rheinland
Das Landeskirchenamt

- e) Die neue Ziffer 7 erhält folgende Fassung:
„7. Zum Ausschuss gehörende Personen, die die Voraussetzungen von § 3 Ziffer 6 nicht erfüllen, nehmen an den Ausschusssitzungen mit beratender Stimme teil.“
- f) In der neuen Ziffer 8 wird das Wort „muss“ durch das Wort „soll“ ersetzt.

§ 2

Die Satzung tritt nach kirchenaufsichtlicher Genehmigung am Tag nach der Veröffentlichung im kirchlichen Amtsblatt in Kraft.

Solingen, den 14. Oktober 2004

Siegel Evangelische Kirchengemeinde
Widdert
gez. Unterschriften

Siegel Genehmigt
Düsseldorf, den 11. März 2005
Evangelische Kirche im Rheinland
Das Landeskirchenamt

**Satzung
zur Änderung der Satzung der Evangelischen
Kirchengemeinde Widdert für den
Gemeindlichen Jugendausschuss (GJA)**

§ 1

Die Satzung der Evangelischen Kirchengemeinde Widdert für den Gemeindlichen Jugendausschuss (GJA) vom 20. März 2002 (KABl. S. 160) wird wie folgt geändert:

1. Die Überschrift wird dahingehend geändert, dass die Bezeichnung „Gemeindlicher Jugendausschuss (GJA)“ durch die Bezeichnung „Gemeindlicher Ausschuss für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen in der Evangelischen Kirchengemeinde Widdert (AKJ)“ ersetzt wird.
2. Im gesamten Text der Satzung wird die Bezeichnung „GJA“ durch die Bezeichnung „AKJ“ ersetzt.
3. § 1 wird wie folgt verändert:
 - a) Es wird folgende Ziffer 8 eingefügt:
„8. Der AJK koordiniert mit der Kindergartenleitung und der Gemeindeleitung eine Zusammenarbeit in der Arbeit mit Kindern. Der AKJ dient als Gremium zum Austausch von Informationen, Wissen und Plänen.“
 - b) Der bisherigen Ziffer 8 wird zu Ziffer 9.
4. § 3 wird wie folgt verändert:
 - a) In Ziffer 3 werden die Wörter „Mindestens vier“ gestrichen.
 - b) Es wird folgende Ziffer 5 eingefügt:
„5. Ein Mitglied der Kindergartenleitung wird mit beratender Stimme hinzugezogen.“
 - c) Die bisherigen Ziffern 5 bis 7 werden zu Ziffer 6 bis 8.
 - d) Die neue Ziffer 6 erhält folgende Fassung:
„6. Stimmberechtigt ist, wer Mitglieder der Kirchengemeinde und mindestens 16 Jahre alt ist.“

**Satzung der unselbstständigen Stiftung
anak-anak maybrat –
Jugend-Bildungs-Stiftung des Evangelischen
Kirchenkreises Wied**

Präambel

Die Synode des Kirchenkreises Wied hat durch Beschluss vom 06.11.2004 die Stiftung errichtet und ihr diese Satzung gegeben.

Zweck der Stiftung ist die Förderung der kirchlichen und diakonischen Arbeit des Kirchenkreises Wied im Blick auf seine ökumenische Partnerschaft mit dem Kirchenkreis Maybrat, West-Papua, Indonesien.

Alle natürlichen und juristischen Personen des öffentlichen und privaten Rechts, die die kirchliche und diakonische Arbeit des Kirchenkreises Wied fördern wollen, sind herzlich eingeladen, durch Zustiftungen, Einbringung von Stiftungsfonds, Vermächtnissen und Spenden dieses Werk zu unterstützen.

§ 1

Name, Rechtsform und Sitz der Stiftung

(1) Die Stiftung trägt den Namen anak-anak maybrat – Jugend-Bildungs-Stiftung des Evangelischen Kirchenkreises Wied.

(2) Sie ist eine unselbstständige kirchliche Stiftung in der Trägerschaft des Evangelischen Kirchenkreises Wied mit Sitz in Neuwied.

§ 2

Gemeinnütziger kirchlicher Zweck

(1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und kirchliche Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.

(2) Zweck der Stiftung ist es, den Kirchenkreis Wied in die Lage zu versetzen, seine ökumenische Verantwortung gegenüber dem Partnerkirchenkreis Maybrat dauerhaft zu erfüllen.

(3) Der Stiftungszweck wird insbesondere verwirklicht dadurch, dass der Evangelische Kirchenkreis Wied

- die berufliche Aus-, Fort- und Weiterbildung von Jugendlichen beiderlei Geschlechts aus dem Kirchenkreis Maybrat unterstützt;
- Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen fördert, die die kirchliche und diakonische Arbeit im Kirchenkreis Maybrat sichern.

(4) Die Stiftung ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(5) Die Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Stifter und ihre Erben haben keinen Rechtsanspruch auf Zuwendungen aus Mitteln der Stiftung.

(6) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Stiftung fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Stiftungsvermögen

(1) Das Stiftungsvermögen beträgt 30.000.– €.

(2) Das Stiftungsvermögen ist in seinem Wert ungeschmälert zu erhalten. Dem Stiftungsvermögen wachsen die Zuwendungen Dritter zu, die dazu bestimmt sind.

§ 4 Verwendung der Vermögenserträge und Zuwendungen

Die Erträge des Stiftungsvermögens und die dem Vermögen nicht zuwachsenden Zuwendungen sind zur Erfüllung des Stiftungszweckes zu verwenden.

§ 5 Rechtsstellung der Begünstigten

Den durch die Stiftung Begünstigten steht aufgrund dieser Satzung ein Rechtsanspruch auf Leistungen der Stiftung nicht zu.

§ 6 Stiftungsrat

(1) Organ der Stiftung ist der Stiftungsrat.

(2) Der Stiftungsrat besteht aus fünf stimmberechtigten Mitgliedern und der Rentamtsleiterin/dem Rentamtsleiter als beratendem Mitglied.

Die stimmberechtigten Mitglieder werden von der Kreissynode des Kirchenkreises Wied gewählt. Sie müssen die Befähigung zum Presbyteramt haben oder Inhaberin/Inhaber einer Pfarrstelle im Kirchenkreis sein. Ein stimmberechtigtes Mitglied soll dem Kreissynodalvorstand und zwei Mitglieder dem Ausschuss für Ökumene und Partnerschaft angehören.

Die Superintendentin/Der Superintendent ist zu den Sitzungen einzuladen.

(3) Der Stiftungsrat wählt aus seiner Mitte eine Vorsitzende/einen Vorsitzenden und deren/dessen Stellvertretung.

(4) Die Amtszeit der Mitglieder des Stiftungsrates beträgt vier Jahre. Wiederwahl ist möglich. Mitglieder des Stiftungsrates können von der Kreissynode aus wichtigem Grund abberufen werden.

(5) Die Mitglieder des Stiftungsrates sind ehrenamtlich für die Stiftung tätig. Ihnen dürfen keine Vermögensvorteile aus der Stiftung zugewendet werden.

(6) Für die Einladung und Durchführung der Sitzungen gelten die Bestimmungen der Kirchenordnung für Presbyterien und der entsprechenden Ausführungsbestimmungen sinngemäß.

(7) Der Stiftungsrat tritt mindestens einmal jährlich zusammen.

§ 7 Rechte und Pflichten des Stiftungsrates

Der Stiftungsrat hat im Rahmen dieser Satzung den Willen der Stifter so wirksam wie möglich zu erfüllen. Seine Aufgabe ist insbesondere

- a) die Verwaltung des Stiftungsvermögens; die Führung von Büchern und die Aufstellung des Jahresabschlusses sowie weitere anfallende Verwaltungsaufgaben werden dem Rentamt des Kirchenkreises Wied übertragen,
- b) die Beschlussfassung über die Verwendung der Erträge des Stiftungsvermögens,
- c) die Fertigung eines ausführlichen Jahresberichtes einschließlich des Nachweises der Mittelverwendung zur Vorlage an die Kreissynode und die Stifter,
- d) die jährliche Einladung der Stifter zu einer Zusammenkunft.

§ 8 Rechtsstellung des Kirchenkreises Wied

(1) Unbeschadet der Rechte des Stiftungsrates wird die Gesamtleitung der Stiftung von der Kreissynode des Kirchenkreises Wied wahrgenommen, die durch den Kreissynodalvorstand vertreten wird.

(2) Dem Kreissynodalvorstand bleiben folgende Rechte vorbehalten:

- a) Vertretung der Stiftung bei notariellen Erklärungen; Bevollmächtigungen sind möglich.
- b) Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten von besonderer Wichtigkeit, die in ihrer Bedeutung über die laufende Verwaltung der Stiftung und ihres Vermögens hinausgehen. Hierzu gehören alle Zustiftungen mit Auflage (z. B. Grablegate) sowie alle aufsichtlich zu genehmigenden oder anzuzeigenden Angelegenheiten (z. B. Grundstücksangelegenheiten und Erbschaften).

(3) Über Änderungen der Satzung und Auflösung der Stiftung beschließt die Kreissynode.

(4) Entscheidungen des Stiftungsrates kann der Kreissynodalvorstand aufheben, wenn sie gegen diese Satzung, die Bestimmungen des Gemeinnützigkeitsrechts oder andere Rechtsvorschriften verstoßen.

(5) Kreissynodalvorstand und Stiftungsrat sollen sich um einvernehmliches Handeln bemühen.

§ 9 Anpassung an veränderte Verhältnisse

Verändern sich die Verhältnisse derart, dass die Erfüllung des Stiftungszweckes vom Stiftungsrat für nicht mehr sinnvoll gehalten wird, so kann er einen neuen Stiftungszweck beschließen. Der Beschluss bedarf einer Mehrheit von 2/3 der Mitglieder des Stiftungsrates und der Bestätigung durch die Kreissynode. Der neue Stiftungszweck hat gemeinnützig und evangelisch-kirchlich zu sein und muss dem Kirchenkreis Wied zugute kommen.

Eibach-Danzeglocke, Dr. Swantje aus Köln
 Fabian, Iris aus Bonn
 Freuling, Dr. Georg aus Tönisvorst
 Heimann Trosien, Angela aus Wetzlar
 Küsel, Johannes aus Bonn
 Lamsfuß, Carmen aus Köln
 Lüderitz, Ingo aus Ingelheim
 Maßmann, Corinna aus Moers
 Müller, Claudia aus Moers
 Rautenberg, Ulrike aus Königswinter
 Scherer, Karin aus Saarbrücken
 Theißen, Dr. Henning aus Bonn
 Tibbe, Daniela aus Essen
 Weber, Sascha Michael aus Köln

An den Vorprüfungen in Bibelkunde, Philosophie, Religionswissenschaft und Psychologie haben 14 Studentinnen und Studenten teilgenommen.

Das Landeskirchenamt

Dembek, Arne
 Eibach-Danzeglocke, Dr. Swantje
 Fabian, Iris
 Freuling, Dr. Georg
 Heimann Trosien, Angela
 Küsel, Johannes
 Lamsfuß, Carmen
 Lüderitz, Ingo
 Maßmann, Corinna
 Maßmann, Jens
 Müller, Claudia
 Rautenberg, Ulrike
 Scherer, Karin
 Theißen, Dr. Henning
 Tibbe, Daniela
 Weber, Sascha Michael
 Witthöft, Wolfram

Das Landeskirchenamt

Berufungen in den Kirchlichen Vorbereitungsdienst

581216 Az. 11-60:33623 Düsseldorf, 17. März 2005

In den Vorbereitungsdienst als Vikarin/Vikar wurden aufgenommen:

zum 1. April 2005

Carlitscheck, Mareike
 Dennig, Marco
 Glod, Nicole
 Hagemann, Nicole
 Hall, Joachim
 Kraft, Manuela
 Kuhns, Hubertus
 Löhr, Professor Dr. Gebhard
 Messerschmidt, Niko
 Neumann, Thora
 Schwan, Alexander
 Sorgatz, Steffen
 Valbert, Carolin

Das Landeskirchenamt

Berufungen in den Probendienst

581220 Az. 11-52-0 Düsseldorf, 17. März 2005

In den Probendienst als Pfarrerin/Pfarrer wurden aufgenommen:

zum 1. April 2005:

Bartholdi, Wenke
 Böcker, Christiane

Bekanntgabe eines neuen Kirchensiegels

581777 Az. 02-10-11:1502203 Düsseldorf, 4. April 2005

Kirchengemeinde: Goch
 Kirchenkreis: Kleve
 Umschrift des Kirchensiegels: Ev. Kirchengemeinde Goch



Das Landeskirchenamt

Bekanntgabe über das Außergebrauch- oder Außergeltungsetzen von Kirchensiegeln

582604 Az.03-10-11:15004 Düsseldorf, den 23. März 2005

Das Siegel des ehemaligen Kirchenkreises Barmen wird mit sofortiger Wirkung außer Geltung gesetzt.

Das Landeskirchenamt

Az. 02-10-11:1500602/02 Düsseldorf, 7. März 2005

Das Siegel – Normal- und Kleinsiegel – der Auferstehungskirchengemeinde Bonn, Kirchenkreis Bonn, mit dem Beizeichen ein Kreuz wird mit sofortiger Wirkung außer Gebrauch gesetzt.

Das Landeskirchenamt

582506 Az. 03-10-11:15015 Düsseldorf, den 23. März 2005

Das Siegel des ehemaligen Kirchenkreises Elberfeld wird mit sofortiger Wirkung außer Geltung gesetzt.

Das Landeskirchenamt

582369 Az. 02-10-11:1501512 Düsseldorf, 23. März 2005

Das Siegel der ehemaligen Kirchengemeinde Am Kolk Wuppertal-Elberfeld, ehemaliger Kirchenkreis Elberfeld, wird mit sofortiger Wirkung außer Geltung gesetzt.

Das Landeskirchenamt

582429 Az. 02-10-11:1502919 Düsseldorf, 23. März 2005

Das Siegel der Kirchengemeinde Wermelskirchen, Kirchenkreis Lennep, mit dem Buchstaben D als Beizeichen wird mit sofortiger Wirkung außer Gebrauch gesetzt.

Das Landeskirchenamt

Personal- und sonstige Nachrichten

Ordinationen:

Prädikantin Tanja Fuchs-Hemstege Kirchengemeinde Kaiserswerth, Kirchenkreis Düsseldorf-Nord, am 6. März 2005.

Prädikant Hans-Ulrich Hoffmann Friedenskirchengemeinde Bonn, Kirchenkreis Bonn, am 20. Februar 2005.

Prädikant Frank Klier Kirchengemeinde Sonsbeck, Kirchenkreis Kleve, am 6. Februar 2005.

Pfarrerin z. A. Tabitha Mangold am 13. Februar 2005 in der Kirchengemeinde Neuweiler, Kirchenkreis Ottweiler.

Prädikantin Renate Schmitz Friedens-Kirchengemeinde Düsseldorf, Kirchenkreis Düsseldorf-Süd, am 20. Februar 2005.

Pfarrer z. A. Hans-Joachim Stein am 23. Januar 2005 in der Kirchengemeinde Altenberg/Schildgen, Kirchenkreis Köln Rechtsrheinisch.

Pfarrer z. A. Edwin Tonn am 20. Februar 2005 in der Kirchengemeinde Reichenbach, Kirchenkreis St. Wendel.

Pfarrer z. A. Rolf Weinrich am 23. Januar 2005 in der Kirchengemeinde Kornelimünster-Zweifel, Kirchenkreis Aachen.

Berufungen von Pfarrerinnen und Pfarrern:

Ehemaliger Pastor im Sonderdienst Thomas Gerhold in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit.

Ehemalige Pastorin im Sonderdienst Kristiane Voll in das Pfarrdienstverhältnis auf Lebenszeit.

Übertragungen von Pfarrstellen:

Pfarrer Thomas Gerhold mit Wirkung vom 1. März 2005 die 4. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Ratingen, Kirchenkreis Düsseldorf-Mettmann.

Pfarrer Uwe Klein mit Wirkung vom 1. März 2005 die Pfarrstelle der Kirchengemeinde Orsoy, Kirchenkreis Moers.

Pfarrerin Tabea Luhmann mit Wirkung vom 1. April 2005 die 21. Pfarrstelle (Kinderklinik und Hospiz) des Kirchenkreises Wuppertal.

Pfarrerin Frauke Meier mit Wirkung vom 1. März 2005 die 8. Pfarrstelle (Erteilung Ev. Religionslehre) des Kirchenkreises Jülich.

Pfarrerin Kristiane Voll mit Wirkung vom 1. April 2005 die 2. Pfarrstelle der Kirchengemeinde Lüttringhausen, Kirchenkreis Lennep.

Freistellung:

Pfarrer PD Dr. Michael Klein, Kirchengemeinde Hamm (1. Pfarrstelle), mit Wirkung vom 11. April 2005 bis zum 16. Juli 2005. Die Pfarrstelle wurde belassen.

Abberufung:

Pfarrer Dirk Voos, Kirchengemeinde Rheinbach (2. Pfarrstelle), mit Wirkung vom 1. März 2005.

Ernennungen von Beamtinnen und Beamten:

Ehemalige Pfarrerinnen im Probedienst Eva Bernhardt in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit unter Ernennung zur Pastorin im Sonderdienst und Einweisung in die beim Pädagogisch-Theologischen Institut der Evangelischen Kirche im Rheinland eingerichtete Sonderdienststelle zum 1. März 2005.

Kirchenverwaltungs-Amtsrat Norbert Blaesy vom Kirchenkreis An Nahe und Glan zum Kirchenverwaltungs-Oberamtsrat.

Landeskirchen-Amtfrau Corinna Blasberg zur Landeskirchen-Amtsärztin.

Sabine Hammes, Martin-Butzer-Gymnasium Dierdorf, zur Studienrätin z. A. i. K. unter Berufung in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Probe.

Pfarrerinnen im Probedienst Annette Hohnwald in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit unter Ernennung zur Pastorin im Sonderdienst und Einweisung in die beim Kirchenkreisverband Düsseldorf eingerichtete Sonderdienststelle zum 1. April 2005.

Landeskirchen-Inspektorin Daniela Horsch zur Landeskirchen-Oberinspektorin.

Pastor Thomas Kautz in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit unter Ernennung zum Pastor im Sonderdienst und Einweisung in die bei der Kirchengemeinde Essen-Borbeck-Vogelheim eingerichtete Sonderdienststelle zum 1. April 2005.

Kirchenverwaltungs-Amtfrau Anja Neuser vom Kirchenkreis Krefeld-Viersen zur Kirchenverwaltungs-Amtsärztin.

Pfarrerinnen im Probedienst Beate Sträter in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit unter Ernennung zur Pastorin im Sonderdienst und Einweisung in die beim Kirchenkreis Bad Godesberg-Voreifel eingerichtete Sonderdienststelle zum 1. April 2005.

Ehemalige Pfarrerinnen im Probedienst Valentina Trützscher in das Kirchenbeamtenverhältnis auf Zeit unter Ernennung zur Pastorin im Sonderdienst und Einweisung in die beim Kirchenkreis Völklingen eingerichtete Sonderdienststelle zum 15. März 2005.

Landeskirchen-Amtmann Thomas Vis vom Martin-Butzer-Gymnasium in Dierdorf zum Landeskirchen-Amtsrat.

Entlassen:

Pastor im Sonderdienst Dr. Gotthard Fermor mit Ablauf des 31. März 2005.

Realschullehrerin i. K. Freia Gaß-Lehmann vom Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium Hilden mit Wirkung vom 1. April 2005.

Pastor im Sonderdienst Thomas Gerhold mit Ablauf des 28. Februar 2005.

Pastorin im Sonderdienst Jutta Heckel mit Ablauf des 31. März 2005.

Freistellung im Altersteildienst:

Pfarrerin Doris Straßburger, Kirchengemeinde Essen-Kray, vom 16. März 2005 bis 31. März 2007.

Eintritt in den Ruhestand:

Pfarrer i. W. Detlef Grohn mit Ablauf des 31. Dezember 2004.

Pfarrer Karl-Ernst Platt mit Wirkung vom 1. April 2005.

Dozent Dr. Karl-Heinz Pridik von der Kirchlichen Hochschule Wuppertal zum 1. April 2005.

Pfarrer Ernst Herbert Wirths, Kirchengemeinde Lüttringhausen (3. Pfarrstelle), mit Wirkung vom 1. April 2005.



*Der Herr wird seinen Engel mit dir senden
und Gnade zu deiner Reise geben.*

1. Mose 24,40

Verstorben sind:

Pfarrer i. R. Alexander Berges am 1. März 2005 in Brilon, zuletzt Pfarrer in der Kirchengemeinde Tönisheide, geboren am 27. Dezember 1927 in Solingen, ordiniert am 27. November 1960 in Neviges.

Pfarrer i. R. Gerhard Wullenkord, am 12. Februar 2005 in Düsseldorf, zuletzt Pfarrer in der Kreuz-Kirchengemeinde Düsseldorf, geboren am 18. April 1923 in Rargetta/Neuguinea, ordiniert am 28. November 1954 in Alstaden.

Errichtung von Pfarrstellen:

In der Kirchengemeinde Roggendorf, Kirchenkreis Aachen, ist mit Wirkung vom 1. August 2005 eine 3. Pfarrstelle errichtet worden.

Beim Kirchenkreis Wuppertal sind mit Wirkung vom 1. April 2005 zwei Pfarrstellen (Krankenhausseelsorge sowie Seelsorge in der Kinderklinik und Hospizarbeit) errichtet worden.

Aufhebung von Pfarrstellen:

In der Kirchengemeinde Essen-Kray, Kirchenkreis Essen-Nord, ist mit Wirkung vom 1. Februar 2005 die 1. Pfarrstelle aufgehoben worden.

In der Kirchengemeinde Köln-Klettenberg, Kirchenkreis Köln-Mitte, ist mit Wirkung vom 1. März 2005 die 5. Pfarrstelle aufgehoben worden.

In der Kirchengemeinde Essenberg, Kirchenkreis Moers, ist mit Wirkung vom 1. Februar 2005 die Pfarrstelle aufgehoben worden.

In der Kirchengemeinde Elberfeld-West in Wuppertal, Kirchenkreis Wuppertal, sind mit Wirkung vom 1. April 2005 die 6. und 7. Pfarrstelle (Krankenhausseelsorge und Altenheimseelsorge) aufgehoben worden.

In der Kirchengemeinde Uellendahl in Wuppertal-Elberfeld, Kirchenkreis Wuppertal, ist mit Wirkung vom 1. März 2005 die 1. Pfarrstelle aufgehoben worden.

Pfarrstellenausschreibungen:

Die Kirchengemeinde Roggendorf sucht zum 1. August 2005 eine Pfarrerin/einen Pfarrer für die 3. Pfarrstelle (100% Gemeindegliederarbeit). Die Pfarrstelle ist auf Vorschlag der Kirchenleitung zu besetzen. Bisher bestand die Kirchengemeinde aus den Bezirken Mechernich und Blankenheim. Die Gemeindegliederzahl ist in den vergangenen Jahren durch große Neubaugebiete gestiegen, so dass der Bezirk der 1. Pfarrstelle in zwei Bereiche geteilt wird (I+II). Der Inhaber der 1. Pfarrstelle (bisher 100% Gemeindegliederarbeit) ist seit 1990 tätig. Er führt den kleineren Bereich weiter und übernimmt die Seelsorge im Kreiskrankenhaus. Der Bezirk der 3. Pfarrstelle liegt im Stadtgebiet Mechernich. Die neugotische Kirche von 1867 liegt im Ortsteil Roggendorf, das Gemeindezentrum am Stadtrand von Mechernich. Mechernich liegt am Rande des Köln-Bonner Ballungsraumes als „Tor zur Eifel“. Durch große Neubaugebiete hat die Flächengemeinde kleinstädtische Konturen angenommen. Alle Schultypen finden sich am Ort. Vielfältige Freizeitangebote, Naherholung und der neue Nationalpark geben Lebensqualität. Die Verkehrsanbindung erfolgt über die A 1 und die Bundesbahn. Das sichere Führen eines Fahrzeuges ist unabdingbar. Viele Pendler und eine Garnison der Bundeswehr mit logistischen Aufgaben prägen das Bild. Die Kirchengemeinde Roggendorf ist eine großflächige Diasporagemeinde. Der Bezirk der 3. Pfarrstelle umfasst den Kernort Mechernich und ca. 20 Dörfer mit ca. 2.300 Gemeindegliedern. Die Verbundenheit der Bezirke mit der Kirche in Roggendorf, dem gemeinsamen Gemeindezentrum in Mechernich und zwischen den neu aufgeteilten Bereichen soll erhalten bleiben. Die spezifischen Tätigkeiten im Bezirk der 3. Pfarrstelle regelt die Dienstanweisung und erfolgt in Absprache. Zwei Altenheime, große Neubaugebiete und Schulen liegen im Bezirk. Die Gottesdienste, die Amtshandlungen, Leitungsaufgaben und das Fördern des Gemeindelebens werden aufgeteilt. Für die Veränderungen liegen konzeptionelle Leitlinien vor. In der Gemeinde ist der Kleine Katechismus D. Martin Luthers in Gebrauch. Die Gemeinde wünscht sich eine motivierende und kommunikative Pfarrerin/einen motivierenden und kommunikativen Pfarrer für die Herausforderungen der Zukunft. Er/Sie muss bereit sein, mit den beiden Pfarrern und den haupt-, bzw. ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammenzuarbeiten. Zu den Aufgaben zählen Gottesdienste in unterschiedlicher Form (Schulen, Familien, Mini, Altenheime), Amtshandlungen (ca. 30 Taufen und Bestattungen im Jahr). Ein zentraler Arbeitsschwerpunkt liegt in der Arbeit mit Kindern, Familien

und Jugendlichen: Das Kindergottesdienst-Team soll unterstützt werden, Konfirmandenunterricht erteilt werden (ca. 45–50 pro Jahrgang) und Projekte mit Jugendlichen durchgeführt werden. Zusätzlich sollen durch neue Ideen der Gemeindeaufbau und die Ehrenamtlichen gefördert werden. Dazu gehören Angebote für Neuzugezogene, die Gemeindebriefredaktion, die Pflege der Homepage und die Kontaktpflege zu Institutionen und Einrichtungen vor Ort. Es warten auf Sie ein engagiertes Team von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, bunte Gruppen von Ehrenamtlichen, kooperative Institutionen und zielorientierte Kollegen. Das geräumige Pfarrhaus (1985) mit Garten liegt neben dem D. Bonhoeffer-Haus. Weitere Informationen erhalten Sie von Pfarrer Michael Stöhr, Tel. (0 24 43) 23 71, und dem Vorsitzenden des Presbyteriums, Pfarrer Christoph Cäsar, Tel. (0 24 49) 16 77. Die Bewerbungsfrist beträgt 3 Wochen ab Erscheinungsdatum dieses Amtsblattes. Ihre Bewerbung richten Sie bitte an das Landeskirchenamt, Postfach 30 03 39, 40403 Düsseldorf.

Die Matthäus-Kirchengemeinde Hürth ist eine Gemeinde mit etwa 7.000 Gemeindemitgliedern in einer Stadt mit ca. 52.000 Einwohnern an der südwestlichen Stadtgrenze von Köln. Die Gemeinde gliedert sich in drei Bezirke mit jeweils einem Gemeindezentrum und einer Pfarrstelle. Zur Gemeinde gehört eine Kindertagesstätte. Neben einem Diakon sind ein Jugendmitarbeiter und eine Kantordin tätig. Die Gemeinde verfügt über ein Gemeindebüro und ist an das Gemeindeamt Köln-West angeschlossen. In der unierten Gemeinde ist der lutherische Katechismus im Gebrauch. Die wegen Altersteildienst frei werdende 1. Pfarrstelle ist zum 1. Dezember 2005 im Umfang 100 % durch Gemeindevahl zu besetzen. Die Gemeinde wünscht sich eine Pfarrerin oder einen Pfarrer, die/der eigene Erfahrungen und Ideen einbringt, theologische Akzente setzt, auch im Blick auf den Gemeindeaufbau, Bewährtes und Gewachsenes fortführt, Kirche vor Ort – auch mit begrenzten Mitteln – gestaltet. Sie erwartet die Bereitschaft im Team der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeitenden vertrauensvoll und eng zusammenzuarbeiten. Weitere Auskünfte erteilen Pfarrer Thomas Hennig, Tel. (0 22 33) 96 54 08, Eckard Halstenbach, Presbyter, Tel. (0 22 33) 40 05 58, und Edeltraud Kuhna-Höveler, Presbyterin, Tel. (0 22 33) 7 73 09. Die Bewerbungsfrist beträgt drei Wochen ab Erscheinungsdatum dieses Amtsblattes. Bewerbungen sind an die vorgenannte Anstellungskörperschaft über den Superintendenten des Kirchenkreises Köln-Süd, Comesstr. 45, 50321 Brühl, zu richten.

Stellenausschreibung einer Sonderdienststelle:

In der Kirchengemeinde Bad Münster am Stein-Hüffelsheim - Traisen, Kirchenkreis An Nahe und Glan, ist ab sofort eine Sonderdienststelle zum missionarischen Gemeindeaufbau (Dienstumfang 50%) zu besetzen. Die zum 1. Januar 2003 fusionierte Kirchengemeinde hat rund 2.000 Gemeindeglieder in drei Bezirken (die ehemalige Kurstadt Bad Münster am Stein und die beiden ländlich geprägten Gemeinden Hüffelsheim und Traisen) mit einer Pfarrstelle, drei Predigtstätten, zwei Gemeindehäusern und einem Kindergarten. Unter Beachtung des eingeschränkten Dienstumfangs und im Hinblick auf die Strukturveränderungen in der Gemeinde durch den fusionsbedingten Wegfall einer Pfarrstelle hat sich das Presbyterium für folgende Schwerpunkte Ihrer Arbeit entschieden: Aufbau und Begleitung sich später selbsttragender Gemeindeglieder, und zwar eines Besuchsdienstkreises für Geburtstage, Neuzugezogene und Kranke, Aufbau und Begleitung der Jugendarbeit im Gemeindeteil Hüffelsheim (Jungchar und Jugendliche), der Kindergottes-

dienstkreise sowie Predigt- und Kasualdienst und Seelsorge in Vertretung und nach Absprache. Die Gemeinde wünscht sich eine kreative und kommunikationsfreudige Pfarrerin/einen kreativen und kommunikationsfreudigen Pfarrer, die/der Freude daran hat, in Zusammenarbeit mit dem Kollegen und den Mitarbeitenden Bewährtes zu erhalten und neue Wege in die Zukunft zu suchen und zu beschreiten. Bei der Wohnungssuche unterstützt Sie das Presbyterium. Kindergärten und sämtliche Schulformen sind in unmittelbarer Nähe vorhanden. Das wenig entfernte Bad Kreuznach bietet zudem städtisches Ambiente. Weitere Informationen erhalten Sie von Pfarrer Jens Kölsch-Ricken, Tel. (0 67 08) 64 16 65, E-Mail koelsch.ricken@ekir.de. Ihre Bewerbung richten Sie bitte über den Superintendenten des Kirchenkreises An Nahe und Glan, Pfarrer Hartmut Eigemann, Kurhausstraße 6, 55543 Bad Kreuznach, an den Vorsitzenden des Presbyteriums, Pfarrer Jens Kölsch-Ricken.

Stellenausschreibungen:

(ohne Textverantwortung des Landeskirchenamtes)

Die Kirchengemeinde Köln-Deutz/Poll sucht schnellstmöglich für ihre B-Stelle (80 %) eine Kirchenmusikerin oder einen Kirchenmusiker, die oder der die Kirchenmusik mit der Gemeinde für die Gemeinde gestaltet und pflegt. Die Gemeinde umfasst zwei Bezirke (Deutz und Poll) mit rund 4.500 Gemeindegliedern nahe der Kölner Innenstadt. Beide Bezirke sind mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen. Grundschulen, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien und eine Sonderschule sind vor Ort. Jeder Bezirk hat ein Gemeindezentrum mit Predigtstätte. Die Kapelle Poll besitzt eine einmanualige Orgel, mechanisch, mit angehängtem Pedal; in der Deutzer St.-Johannes-Kirche steht eine frisch renovierte Peter-Orgel zur Verfügung (Baujahr 1963, zwei-manualig mit 27 Registern und mechanischer Traktur). Im Zusammenhang mit der Konzeption einer neuen Gemeinde-satzung hat die Gemeinde ihr Profil für die kommenden Jahre entwickelt: wir verstehen uns als „Gemeinde, die Kinder und Jugendliche fördert und unterschiedliche Gottesdienstformen anbietet“. Daher legen wir besonderen Wert auf pädagogische Fähigkeiten der Bewerberin oder des Bewerbers im Umgang mit Kindern und Jugendlichen. Schwerpunkte der kirchenmusikalischen Arbeit sollen sein: die Ausgestaltung der sonntäglichen Gottesdienste in den Bezirken Deutz und Poll einschließlich Sondergottesdienste und Kasualien; die Durchführung von kirchenmusikalischen Projekten im Rahmen der Kinder-, Jugend- und jungen Erwachsenenarbeit; die Förderung und der Ausbau der Chorarbeit (Blechblasinstrumente sind vorhanden) die Durchführung von Konzerten auch mit gemeindeeigenen Gruppen. Wir wünschen uns eine Kirchenmusikerin oder einen Kirchenmusiker, die oder der ein hohes Motivationspotenzial mitbringt und bereit und in der Lage ist, im interdisziplinären Team mit Hauptamtlichen (Erzieherinnen der Kindertagesstätte, Jugendleiterin, 2,5 Pfarrstellen) und Ehrenamtlichen zusammen zu arbeiten. Die Anstellung und Vergütung erfolgt nach BAT-KF. Die Gemeinde ist bei der Wohnungssuche gern behilflich. Bewerbungen erbitten wir bis zum 15. Mai 2005 an das Presbyterium der Evangelischen Kirchengemeinde Köln-Deutz/Poll, Tempelstr. 29, 50679 Köln. Nähere Auskünfte zur Gemeinde erteilt gerne Pfarrer Roger Schwind, Tel. (02 21) 81 82 15, sowie für den fachlichen Bereich Herr Landeskirchenmusikdirektor Cyganek, Tel. (02 11) 45 62-381.

Die Kirchengemeinde Weiden (am westlichen Stadtrand von Köln) sucht für ihre Pfarrbezirke Weiden/Lövenich, Wid-

dersdorf, Brauweiler und Sinthern eine Kirchenmusikerin/einen Kirchenmusiker für eine 100%-B-Stelle. (Wegen der Elternzeit der Stelleninhaberin kann zunächst nur befristet für drei Jahre besetzt werden) Die Stelle beinhaltet folgende Aufgabenbereiche: Sonntäglicher Orgeldienst an zwei Predigtstätten weitere Gottesdienste zu besonderen Anlässen (Amtshandlungen (kein Friedhofsdienst); Schulgottesdienste; Feiertage u.ä.) Leitung der Singschule; Aufsicht und Begleitung der Honorarkräfte und Übernahme eines Teils der Kinderchorarbeit, Leitung der Kantorei (chorische Stimmbildung hat hohen Stellenwert) und ggf. eines Posaunenchores, Aufbau und Leitung eines Chors mit modernem Liedgut, Konzerte und Projekte, Nachwuchsförderung, hier auch Erteilung von Unterricht. Wir bieten: eine Welte-Orgel (II/16, 2003 restauriert von Sauer), eine Peter-Orgel (II/12, Bj. 1991) und eine Peter-Orgel (II/12 Bj.1966), mehrere Klaviere und zwei Cembali, großzügige Probenräumlichkeiten an allen Orten mit reichem Orff-Instrumentarium und umfangreichem Notenarchiv, eine lebendige musikalische Arbeit und viele Menschen, die Freude an der Musik haben, Wir wünschen uns Bewerberinnen/Bewerber, denen lebendige Gottesdienstgestaltung und Konzerte gleichermaßen wichtig sind, die Freude an der Kinderchorleitung haben, die die Begabungen und Interessen aus der Gemeinde gerne aufnehmen, die offen sind für neue musikalische Formen bei Konfirmanden- und Familiengottesdiensten. Die Besoldung erfolgt nach BAT-KF. Ihre Bewerbung richten Sie bitte bis zum 7. Mai 2005 an die Evangelische Kirchengemeinde, Zum Dammfelde 37, 50859 Köln. Für Rückfragen stehen zur Verfügung: Pfarrerin Liane Scholz, Tel. (02 21) 50 46 28, Pfarrer Wolfram Behmenburg, Tel. (0 22 34) 7 48 58. Geplanter Vorstellungstermin: 23.Mai 2005 ca. 17-18 Uhr, und 24. Mai 2005 ab ca. 17 Uhr.

In der Johannes-Kirchengemeinde Bad Kreuznach ist ab dem 1. September 2005 die Stelle einer B-Kirchenmusikerin/eines B-Kirchenmusikers (50%) wieder zu besetzen. Die Johannes-Kirchengemeinde (mit 2 Predigtstätten, 3 Pfarrstellen und 7500 Gemeindegliedern die größte der drei evangelischen Kirchengemeinden in Bad Kreuznach) ist eine lebendige, einladende Gemeinde mit einem breitgefächerten Gottesdienst- und Gruppenangebot. Besonders ausgeprägt ist unsere Kinder- und Jugendarbeit. Wie in allen Bereichen der Gemeinde arbeiten auch in der Kirchenmusik Haupt-, Neben- und Ehrenamtliche eng zusammen: Zur Zeit haben wir einen „Singkreis“, einen „Chor Mosaik“, einen Instrumentalkreis, einen Flötenkreis und einen „Freundeskreis Musik“. Wir wünschen uns eine kirchenmusikerin/einen Kirchenmusiker die/der sich sowohl für traditionelle als auch für modernere Formen von Kirchenmusik begeistern kann und zu vertrauensvoller und kreativer Zusammenarbeit mit den übrigen Mitarbeitenden der Gemeinde bereit ist. Wir bieten eine zweimanualige Oberlinger-Orgel mit 32 Registern, erbaut 1969, und einen Steinway Konzertflügel (1999) in einer großen Kirche (1966). Zu den Aufgabenbereichen der Kirchenmusikerin/des Kirchenmusikers gehören Orgelspiel in

den Gottesdiensten in der Johanneskirche (in der kleineren unserer beiden Kirchen wird das Orgelspiel auch in Zukunft von zwei Musikern im Nebenamt versehen), Leitung des Singkreises, Aufbau eines Kinderchores, Amtshandlungen (keine Beerdigungen), Projektarbeit (denkbar wären Gospelprojekte, Aufbau einer Band, Kindermusicals etc.), Kirchenmusikalische Beratung und Unterstützung anderer Mitarbeitender – Beiträge zum Konzertleben der Gemeinde. Vergütung erfolgt nach BAT-KF. Anfragen und Bewerbungen bis zum 15. Mai 2005 an Pfarrer Dr. Claus Clausen, Lessingstr. 16, 55543 Bad Kreuznach, Tel. (06 71) 6 49 22. Die Vorstellung der Kandidatinnen/Kandidaten ist für Mitte Juni geplant.

Literaturhinweise:

„Ein Schritt zu mehr Freiheit“. **Veranstaltungen zum 450-jährigen Reformationsjubiläum in Elberfeld.** Eine Dokumentation, hrsg. im Auftrag des Evangelischen Kirchenkreises und des Verbandes Evangelischer Kirchengemeinden in Elberfeld von Karl Federsmidt. Wuppertal 2004, 63 S., Abb.

Hierin enthalten:

Eberlein, Hermann-Peter: Peter Lo, der Reformator Elberfelds.

Grözinger, Albrecht: Die Bildungsverantwortung der Kirche. Anstöße zur Diskussion.

Klappert, Berthold: Die Umkehr von Gewaltphantasien zum Evangelium der Liebe und Bildung. Lukas 9,51–56.

Mühl, Karl Otto: „Frühlicht der Reformation“. Szenenfolge zum Leben von Peter Lo.

Schulze, Manfred: „Wir erfahren jetzt in Deutschland nachdrücklich, wie man allenthalben die Schulen verkommen lässt ...“. Reformation und Bildung - (k)ein historisches Thema.

Zschoch, Hellmut: Die Bücher der Pfarrer und das Leben der Christen. Entdeckungen anhand der Historischen Bibliothek Elberfeld.

Akten und Protokolle der Classis Moers 1608–1701. Zeugnisse aus der Zeit der oranischen Herrschaft am Niederrhein, hrsg. u. erläutert von Heiner Faulenbach. Bonn: Habelt 2005, VIII, 488 S. (Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte 166). ISBN 3-7749-3303-0

Kirchenführer. Evang.-Luth. Kirchengemeinde Radevormwald. Radevormwald [2005], 18 S., Abb.

Kontrovers – Thema: **Arbeitsrecht von A bis Z.** Arbeitshilfe für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kirche und Diakonie, Hrsg.: Medienverband der Evangelischen Kirche im Rheinland gGmbH. Düsseldorf 2005, 35 S.

Bestattung, im Auftrag des Präsidiums hrsg. von der Kirchenkanzlei der UEK. Bielefeld: Luther-Verlag 2004, 416 S.

(Agende für die Union Evangelischer Kirchen in der EKD 5). ISBN 3-7858-0495-4

PVSt, Deutsche Post AG, · Entgelt bezahlt · O 4184

Herausgeber: Die Leitung der Ev. Kirche im Rheinland, Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf, Verlag: Landeskirchenamt, Hans-Böckler-Straße 7, 40476 Düsseldorf, Fernruf: 02 11/4 56 20, E-Mail: KABI.Redaktion@EKIR-LKA.de. KD-Bank eG Duisburg (BLZ 350 601 90), Konto-Nr. 10 10 177 037. Erscheinungsweise einmal monatlich. Fortlaufender Bezug sowie Bezug von Einzelnummern nur beim Verlag. Jahresbezugspreis 25,- Euro, Einzelexemplar 2,50 Euro. Druck: Toennes Druck+Medien GmbH, Niermannsweg 3–5, 40699 Erkrath

**Gedruckt auf umweltfreundlichem
holzfrei weißem Offsetpapier, 80 g/qm;
hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff.**
